

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

90. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 25. Jänner 1968

Tagesordnung

Debatte über die Erklärung des Bundeskanzlers

Inhalt

Bundesregierung

Schriftliche Anfrageantwortungen (S. 7145)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlage 710 (S. 7145)

Verhandlungen

Debatte über die Erklärung des Bundeskanzlers

Redner: Dr. Pittermann (S. 7145), Doktor Gorbach (S. 7153), Peter (S. 7160), Doktor Kreisky (S. 7164), Dr. van Tongel (S. 7175), Staudinger (S. 7179) und Zeillinger (S. 7187)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

700: Vertrag mit der Tschechoslowakei über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern (S. 7145)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Hertha Firnberg, Dr. Broda und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend unbesetzte Ordinariate (475/J)

Dr. Hertha Firnberg, Ströer und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, betreffend Förderung eines Buches (476/J)

Machunze, Dr. Gruber und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend Mißachtung der Bestimmungen des Mietrechtsänderungsgesetzes 1967 (477/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Bauten und Technik auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen (430/A. B. zu 411/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Meißl und Genossen (431/A. B. zu 409/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 88. Sitzung des Nationalrates vom 23. Jänner 1968 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Seit der letzten Haussitzung sind zwei schriftliche Anfragebeantwortungen eingelangt, die den Antragstellern zugegangen sind. Diese Anfragebeantwortungen wurden auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Von der Bundesregierung ist eine Regierungsvorlage eingelangt:

Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Regelung von wasserwirtschaftlichen Fragen an den Grenzgewässern (700 der Beilagen).

Diese Regierungsvorlage werde ich in der nächsten Sitzung zur Zuweisung bringen.

Die in der gestrigen Sitzung als eingebracht bekanntgegebene Regierungsvorlage (710 der Beilagen):

Vierte Niederschrift (Procès-Verbal), betreffend die Verlängerung der Deklaration über den provisorischen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, weise ich dem Zollausschuß zu.

Debatte über die Erklärung des Bundeskanzlers

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigen Punkt: Debatte über die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Pittermann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. Pittermann (SPÖ): Hohes Haus! Die Erklärung, die der Herr Bundeskanzler vorgestern hier im Hause verlesen hat, bestärkte den Eindruck, daß es sich bei der gegenwärtigen Bundesregierung um ein baufälliges, einsturzgefährdetes Gebäude handelt, für das die Wähler vom Herbst des vergangenen Jahres als eine Art Baubehörde bereits den Demobilisierungsbescheid (*Heiterkeit bei der ÖVP*) — „Demobilisierung“ wäre auch gut, aber es ist ein Demolierungs-

DDr. Pittermann

bescheid —, also den Demolierungsbescheid erlassen haben. (*Abg. Hartl: Er stottert schon am Anfang!*) Man hat aber versucht, es durch den Einzug von ein paar Trägern wieder etwas aus der Gefahrenzone zu bringen, was zweifellos auch nicht gelingen wird, zumal man für diese Träger als Werkstoff den neuen Werkstoff „Withalem“ genommen hat. (*Heiterkeit.*)

Die Bundesregierung in ihrer nunmehrigen Zusammensetzung gäbe Anlaß für ein Rechenbeispiel im Rechenbuch für Volksschulen etwa mit folgendem Wortlaut: Ein Bundeskanzler, der 5 Staatssekretäre hat, macht 2 davon zu Ministern und 2 davon schickt er weg; wieviel hat er dann? (*Ruf bei der ÖVP: 17!*) Das Ergebnis „4“ widerspricht zwar den algebraischen Regeln nach Adam Riese, ist aber durchaus verständlich, wenn man bedenkt, daß der besagte Bundeskanzler sich immer als Hort der Sparsamkeit hinstellt und immer wieder betont, wie sehr er dafür ist, daß der Verwaltungsaufwand auf das notwendigste Mindestmaß beschränkt ist. Wir nehmen also zur Kenntnis, daß für die Regierung Klaus das „notwendigste Mindestmaß“ an Staatssekretären vorläufig mit vier beschränkt ist. (*Abg. Weikhart: Die Regierung „lebt über ihre Verhältnisse“!*)

Bevor ich mich nun der Regierungserklärung im eigentlichen Sinn zuwende, möchte ich ein paar Sätze über die Vorgänge im Zusammenhang mit der Verlesung der Regierungserklärung, die vorgestern stattgefunden hat, sagen. Ich habe mir unter dem Eindruck des Hohen Hauses bei dieser Sitzung vorgenommen, der nächsten Präsidialsitzung vorzuschlagen, daß in Zukunft auf Regierungserklärungen sofort die Debatte zu erfolgen hat. Das entspricht eigentlich auch dem Sinn, ja sogar dem Wortlaut der Geschäftsordnung für die sonstigen Verhandlungen des Nationalrates. Es ist eben den Abgeordneten des Nationalrates nicht zumutbar, sich einseitige Erklärungen — noch dazu, wenn sie so arm an Inhalt, aber so anmaßend und belehrend im Ton sind — widerspruchslos anzuhören. (*Abg. Dr. Gruber: Wie war das früher?*) Es muß zur Kenntnis genommen werden, daß die Zeit für „Führerreden“ in Österreich vorüber ist! (*Beifall bei der SPÖ.*) Führen wir daher in Zukunft sofort auf die Erklärung der Regierung eine geordnete parlamentarische Debatte ab, und niemand wird Grund haben, sich über den Verlauf einer solchen Debatte zu beklagen. (*Abg. Glaser: Statt eurer Lärmszenen wäre es gar nicht schlecht! — Weitere Zwischenrufe.*) Wir haben volles Verständnis für Ihre gequälte Seele, Herr Dr. Gruber, Sie müssen sich das aus Parteidisziplin ohne Widerspruch anhören (*Abg. Glaser: Für Ihre Lärmszenen haben wir*

kein Verständnis! — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Sie haben Grund, über Lärmszenen zu sprechen!), wir aber nicht!

Nun lassen Sie mich zur Regierungserklärung kommen, die eine Fortsetzung des Kurses der Unzulänglichkeit und Inkonsequenz darstellt, wie ihn die bisherige Regierung Klaus gegangen ist. Ich möchte gleich sagen: Die Regierung gibt auch in ihrer neuen Zusammensetzung keine begründete Aussicht, daß sie diese Politik aufgeben werde.

Die Unzulänglichkeit und Inkonsequenz war ja schon während der eineinvierteljährigen Periode der Regierungsumbildung bemerkbar. Denn die Regierungsumbildung, deren vorläufiges Ergebnis wir nun auf der Regierungsbank sehen, begann ja bereits vor Weihnachten 1966, als der Herr Bundeskanzler und Bundesparteiohmann in einer Pressekonferenz erklärte, er werde die Ruhe der Feiertage benützen, um sich eine Umbildung der Regierung zu überlegen. Begreiflicherweise haben die davon überraschten Mitglieder der Bundesregierung bei der ersten Zusammenkunft der neuen Bundesregierung Erklärungen verlangt, wann sie ihr Amt — wie es jetzt heißt — „freiwillig niederzulegen“ hätten.

Damals war offenbar diese Erklärung des Herrn Bundeskanzlers noch nicht die Richtlinie der Partei, denn es wurde der Generalsekretär der Volkspartei, der jetzige Vizekanzler Dr. Withalm, beauftragt, jene bekannte Erklärung der Öffentlichkeit zu übergeben, daß eine Regierungsumbildung derzeit nicht in Frage käme, eine Erklärung, die in der nachfolgenden Bundesparteileitungs-Sitzung vom 19. Jänner des vergangenen Jahres bestätigt wurde.

Trotzdem hat natürlich die Öffentlichkeit nicht aufgehört, den Herrn Bundeskanzler zu fragen, ob er weiterhin überlege, welches Ergebnis diese Überlegungen hätten, und auch ich habe mich veranlaßt gefühlt, hier von diesem Platz am 28. November bei der Beratung über das Kapitel Oberste Organe an den Herrn Bundeskanzler die Frage zu richten, was er dem Hohen Hause über die geplante Regierungsumbildung zu sagen habe. Er hat sich damals, wie auch später, auf die mangelnde Vollzugskompetenz des Bundeskanzleramtes bezogen. Da das jedem Kenner der Bundesverfassung unverständlich war, haben begreiflicherweise andere Abgeordnete, die Herren Abgeordneten Probst und Broda und auch Abgeordnete der Freiheitlichen Partei, weiterhin auf Aufklärung bestanden, bis der Herr Bundeskanzler in der gestrigen Fragestunde zugeben mußte, daß sehr wohl die Vorbereitung von Vorschlägen für die Bestellung von Regierungsmitgliedern an das Staatsoberhaupt in

DDr. Pittermann

die Vollzugskompetenz des Bundeskanzlers falle (*Abg. Dr. Gruber: Das ist nie bestritten worden!*), wohl nicht die Bestellung, denn das sei eine Angelegenheit des Staatsoberhauptes, wie es die Verfassung vorschreibt.

Es ist also sehr wohl das Problem der Umbildung der Bundesregierung ein Problem der Vollziehung des Bundeskanzlers (*Abg. Dr. Gruber: Nicht allein!*), denn eine direkte Vollziehung bei der Bestellung der Regierung steht dem Staatsoberhaupt nur bezüglich der Person des Bundeskanzlers zu, bezüglich aller anderen Mitglieder ist er an die Vorschläge des Bundeskanzlers, die dieser in Ausübung seiner Vollziehung zu erstatten hat, gebunden.

So ist nun diese Frage klargestellt, daß es sehr wohl eine Angelegenheit der Vollziehung des Bundeskanzlers ist, Vorschläge für die Auswechslung oder Neubestellung von Regierungsmitgliedern zu erstatten, insbesondere wenn er sich in der Zwangslage befindet, durch den „freiwilligen Rücktritt“ solcher Mitglieder neue an ihre Stelle setzen zu müssen. (*Abg. Guggenberger: Erst von diesem Moment an! — Abg. Hartl: Jetzt stockt er!*) O nein!

Es war für uns hochinteressant, Herr Abgeordneter Hartl, das „Wiglwag!“ Ihres Fahrplanes für die Regierungsumbildung aus der Nähe zu beobachten. Da wurde nach den Weihnachtsferien mitgeteilt: Am Semmering — am Semmering, da kommt die Erleuchtung über uns; da werden wir die neue Kanzlermannschaft, das Wunderteam von Josef Klaus, kennenlernen und als Klub bestätigen! Aber kaum waren Sie nach den Feiertagen beisammen, ist Ihnen die Freude schon wieder durch eine Parteientscheidung genommen beziehungsweise weit hinausgeschoben worden. Da hieß es dann: Nein, da ist es nicht. Und der Herr Bundeskanzler hat am 10. Jänner hier im Hause seinen allerhöchsten Fahrplan verkündet: Zuerst müsse das Budget samt den Nebengesetzen einschließlich des Einspruchs des Bundesrates im Hause behandelt und erledigt sein, dann müsse die Regierung ein Arbeitsprogramm vorlegen — und dann werde man „prüfen“, ob eine Regierungsumbildung notwendig sei.

Durch die Störung dieses Fahrplans kommen ja die neuen Mitglieder der Bundesregierung in die für sie vielleicht unangenehme Lage, morgen, wenn über den Einspruch des Bundesrates hier verhandelt wird, die volle Mitschuld für alles zu übernehmen, was ihre „freiwillig zurückgetretenen“ Vorgänger gemacht oder unterlassen haben.

Der öffentlich verkündete Fahrplan ist also durch den Druck der Opposition dagegen in größtem Maße ebenso durcheinandergebracht worden wie die Ankündigung, diesmal werde

für die Auswahl der Regierungsmitglieder weder der Bünde- noch der Länderproporz maßgebend sein, sondern nur ihre Leistungsfähigkeit (*Abg. Hartl: Er zerbricht sich unseren Kopf!*) als künftige Mitglieder der Bundesregierung. Mit diesem Vorschlag sind die sogenannten Großen Fünf dann noch am vergangenen Dienstag in die Landesobmännerkonferenz der Bünde gegangen, es kam zu einer einstimmigen Annahme. Dann kam der Anmarsch aus Vorarlberg und Tirol, und schon am Mittwoch darauf war es wieder ganz anders. Da galt wiederum der Länderproporz und der Bünde- proporz. Ich weiß nicht, ob man auf die Leistungsfähigkeit verzichtet hat. Aber jedenfalls der Länderproporz hatte sich voll und ganz durchgesetzt (*Abg. Dr. van Tongel: Bis auf Tirol!*), wobei ich sagen muß: Ich verstehe die Aufregung nicht, denn wenn die Worte des Herrn Bundeskanzlers gelten, daß sie freiwillig zurückgetreten sind, dann müßte sich ja die Empörung der Bundesländerorganisationen von Tirol und Vorarlberg gegen Hetzenauer und Bobleter kehren, aber nicht gegen Dr. Klaus und die Bundesregierung (*Beifall bei der SPÖ*), denn die beiden sind ja desertiert, sie haben ja alles im Stich gelassen!

Es scheint mir aber hier eine Fülle von Inkonsequenzen vorzuliegen, die sozusagen die politischen Geburtshelfer dieses neuen, in seiner Bauart nicht verbesserten Gebildes geworden sind.

Ich möchte allerdings bei der Zusammensetzung der Bundesregierung in ihrer heutigen Form auf folgendes hinweisen: Als Staatssekretär wurde in die Bundesregierung der Vorsitzende des Bundesrates, also der Vorsitzende einer gesetzgebenden Körperschaft, berufen. Es ist weder in der österreichischen parlamentarischen Geschichte noch sonst in einem Parlament jemals der Fall gewesen, daß ein Mitglied der Regierung zugleich die Funktion eines Vorsitzenden oder Präsidenten einer gesetzgebenden Körperschaft ausübt. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Nur Geduld!*) Was heißt Geduld? (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Das wird sich schon entscheiden!*) Ja, es wird sich schon entscheiden, aber wir werden Ihnen auch zu dieser Entscheidung helfen. (*Abg. A. Schlager: Ein schwaches Argument!*) Denn das werden wir mit der parlamentarischen Demokratie in Österreich nicht aufführen lassen, was vielleicht in antiparlamentarischen Systemen einmal möglich wird. Die Trennung der Gewalten der Gesetzgebung und der Vollziehung muß komplett und eindeutig sein! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir verlangen daher, daß dieser unhaltbare Zustand, daß der Vorsitzende einer gesetzgebenden Körperschaft zugleich in der Bundes-

DDr. Pittermann

regierung sitzt ... (*Abg. Dr. Gruber: Warum ist das unhaltbar?*) Ja, glauben Sie denn, daß eine Opposition zur objektiven Vorsitzführung eines Regierungsmitgliedes das geringste Vertrauen haben kann? Mit solchen Spielereien gefährden Sie die ruhige Existenz der parlamentarischen Demokratie in Österreich. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Hören Sie auf, hier Personal- oder Länderproporzgründe dazu zu benutzen, um die parlamentarische Demokratie in ihrer Existenz zur Diskussion zu stellen. (*Abg. Dr. Gruber: Herr Dr. Pittermann! Warum waren Sie dann als Nationalrat in der Regierung? Trennung von Gesetzgebung und Vollziehung! — Abg. Czettel: Aber nicht als Präsident! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege Gruber, wir haben verwandte Berufe in unserer früheren Laufbahn gehabt. Ich bin gerne bereit, in einem kollegialen Nebengespräch Ihnen das noch deutlich zu machen, aber ich will nicht meine Rede damit unnötig ausdehnen.

Jedenfalls nehme ich das zum Anlaß, diese Forderung zu erheben, und hoffe, daß noch vor dem Zusammentreten des Bundesrates zu seiner nächsten Sitzung diese Angelegenheit geordnet ist und daß der Bundesrat einen ... (*Abg. A. Schlager: Sie kommen schon zu spät! — Abg. Dr. Kranzlmayr: Herr Kollege Pittermann! Das ist schon längst erledigt!*) Wir haben bisher, Herr Abgeordneter Kranzlmayr, vom Herrn Bundeskanzler in seiner Erklärung nicht ein Wort darüber gehört, und nur über die Erklärung des Bundeskanzlers über seine Regierung haben wir hier zu debattieren. (*Abg. Dr. Gruber: Sie kommen oft zu spät mit Ihren Meldungen! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Und nun zum sogenannten Inhalt dieser Erklärung des Herrn Bundeskanzlers.

Hinweise der sozialistischen Opposition auf die sich abzeichnende Änderung der Entwicklung in der Weltwirtschaft, von der die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers nur so strotzt, wurden noch vor kurzem innerhalb und außerhalb des Hauses von Ihnen als „Schwarzmalerei“ abgetan, dies zu einer Zeit, als Ihre Schwesterpartei in der Bundesrepublik, die CDU-CSU, wegen des Scheiterns ihrer Politik ihren Bundeskanzler und Parteiohmann, Professor Erhard, von seinen Funktionen entfernte und eine durch 21 Jahre von dieser Partei abgelehnte Koalition mit der deutschen Sozialdemokratieschließen mußte, um die katastrophalen Folgen der Wirtschaftspolitik der sogenannten sozialen Marktwirtschaft einigermaßen erträglich zu machen. (*Abg. Guggenberger: So katastrophal dürfte*

sie nicht gewesen sein!) Ich glaube, wenn Sie jetzt mit Ihrem Parteifreund, dem Finanzminister Strauß reden, könnte er Ihnen einige Details darüber sagen. (*Weitere Rufe des Abg. Guggenberger. — Abg. Dr. Kreisky: Wer redet heute noch von Erhard? Er ist verheißt worden!*)

Trotz der Umkehr der Politik ist dieses Vorhaben noch immer nicht gelungen. Vorausschätzungen über den Wirtschaftsablauf des Jahres 1967 in der Bundesrepublik haben ergeben, daß erstmals seit 1948 weder das Sozialprodukt noch das Nationaleinkommen in der Bundesrepublik im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind, ja man schließt nicht aus, daß die endgültig vorliegenden Ziffern unter Umständen ein leichtes Absinken ergeben könnten. (*Abg. Dr. Mussil: In England geht's aufwärts, Herr Kollege Pittermann!*) Ja, Herr Abgeordneter Mussil, Sie haben noch vor einem halben Jahr hier gesagt: Beeilen wir uns aufzusteigen, beeilen wir uns am Aufstieg teilzunehmen, der weitergeht in der Welt. Jetzt sagt der Herr Bundeskanzler nichts mehr vom Aufstieg.

Der „Vater der sozialen Marktwirtschaft“, wie man Professor Erhard bis vor eineinhalb Jahren nannte, ist seiner Funktionen enthoben worden, aber der österreichische Wundertäter der sozialen Marktwirtschaft ist noch immer Bundeskanzler.

Dabei gibt es den Ausweg der Bildung einer Koalitionsregierung nach der Kräfteverteilung in Österreich nicht, wie sie in der Bundesregierung gegenwärtig besteht, ganz abgesehen davon, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus ja seinen politischen Aufstieg in die jetzige Funktion darauf gegründet hat, daß er die Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Parteien in Österreich mit aller Entschiedenheit bekämpft hat und bekämpft. Er hat damals vor den Wahlen seinen Wählern, dem österreichischen Volk ein Paradies des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts in Aussicht gestellt, wenn es ihm durch die Wahlentscheidung im März 1966 möglich sein würde, eine Alleinregierung der Österreichischen Volkspartei zu bilden. Das Ergebnis dieser Alleinregierung zeigt sich am deutlichsten in der vorgestern vom Herrn Bundeskanzler verlesenen Erklärung, in der er den Konkurs seiner bisherigen Politik verkündet hat. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Seine Einstellung zur Zusammenarbeit hat auch die zuerst von beiden Parteien ins Auge gefaßte gemeinsame Regierung nach den Wahlen 1966 vereitelt. Sicher trägt der Bundeskanzler und Bundesparteiohmann daran nicht die Alleinschuld, denn diese Politik

DDr. Pittermann

wurde und wird von der Mehrheitspartei immer voll und ganz unterstützt — anders als in der Bundesrepublik im Jahre 1966, in der sich die konservative Partei zur radikalen Lösung der Abberufung ihres Bundeskanzlers und Parteibobannes wegen seiner erfolglosen Politik entschieden hat.

Ich habe als Klubobmann schon anlässlich der Regierungserklärung im April 1966 erklärt, daß sich die Opposition der sozialistischen Abgeordneten in diesem Haus immer gegen die Regierung und die Mehrheitspartei richten werde aber nie gegen die Interessen der Republik Österreich oder des österreichischen Volkes oder gar gegen die Demokratie.

Der Herr Bundeskanzler hat seine wiederholten — auch in dieser Erklärung wiederholten — Erklärungen, auf gewissen Gebieten, die die gemeinsamen Interessen des ganzen österreichischen Volkes sind, sei die Zusammenarbeit mit der Opposition im Parlament zu begrüßen, nie in die Tat umgesetzt. Es ist daher auch nie zu einer Mitarbeit der sozialistischen Opposition an Regierungsvorlagen gekommen, zu deren Verabschiedung im Parlament die Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Wenn es je im Parlament zur Verabschiedung von Gesetzen gekommen ist, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, dann auf Grund von Verhandlungen zwischen den Fraktionen der ÖVP und der SPÖ wie bei der Verlängerung der Geltungsdauer der Marktordnungsgesetze und beim Außenhandelsförderungsgesetz.

Der Herr Bundeskanzler kann allerdings für seine bisherige Regierungsperiode einen Rekord in Anspruch nehmen. Noch jedes von seiner Regierung dem Parlament zur Beratung vorgelegte und von der Mehrheit des Hauses beschlossene Finanzgesetz ist bisher vom Verfassungsgerichtshof in manchen Punkten als verfassungswidrig festgestellt worden. Das ist die Methode der Zusammenarbeit, wie sie der Bundeskanzler in seinen Erklärungen immer preist.

Wenn Alternativen der sozialistischen Opposition vorgelegt wurden, etwa bei den Wachstumsgesetzen, ist überhaupt nicht darüber debattiert worden, oder man hat sie in späterer Folge mit wenigen Ausnahmen abgelehnt. Als solche Ausnahmen — auch das sind Ergebnisse von Verhandlungen zwischen den Fraktionen — nenne ich zum Beispiel das ÖIG-Gesetz, das Gesetz über die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und zuletzt über die Abschaffung der Todesstrafe im standrechtlichen Verfahren. Dabei verstehen wir durchaus, wenn die Mehrheit Alternativen der sozialistischen Opposition ablehnt, die auf der Verschiedenheit der Ansichten über die

wünschenswerte wirtschaftliche oder gesellschaftliche Struktur beruhen. Aber wir haben ja viele Alternativen hier vorgelegt, die vorher als Vorschläge in den Interessenvertretungen der Arbeitnehmer beschlossen wurden, zum Teil von denselben ... (*Bundesminister Soronics beugt sich von der Regierungsbank vor. — Abg. Weikhart: Der Innenminister spioniert! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Bitte, ich möchte, Herr Bundesminister ... (*Abg. Weikhart zeigt auf einen auf dem Rednerpult liegenden Zettel: Da spioniert er! — Abg. Dr. Kreisky: Mehr Würde, Herr Innenminister! Man schaut dem anderen nicht ins Blatt! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Ich möchte feststellen: Der Herr Innenminister war bereits Staatssekretär im Innenministerium; vielleicht gilt auch für ihn das Sprichwort: „Die Katze läßt das Mäusen nicht.“ (*Heiterkeit.*)

Was ist mit diesen Alternativen? Was war mit den Vorschlägen Ihrer Arbeitnehmervertreter, denen Ihre Vertreter in den Gewerkschaften, auf den Arbeiterkammer-Vollversammlungen ihre Zustimmung gegeben haben? Da kann es ja keine grundsätzlichen Differenzen in den politischen Prinzipien zwischen Ihnen und uns geben. Da gibt es nur eines: Die Partei hat diesen Arbeitnehmervertretern aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften im Parlament nicht erlaubt, für das zu stimmen, wofür sie in den Arbeitnehmerorganisationen die Zustimmung gegeben haben (*Abg. Guggenberger: Personalvertretungsgesetz!*), ja manches sogar verlangt hatten. Hier durften sie also die Zustimmung nicht geben.

Die sozialistische Opposition hat bei Beratung von Regierungsvorlagen aber manchmal auch Vorschläge gemacht, die von der Mehrheitspartei unbeachtet geblieben sind. Das hervorstechendste Beispiel, das ich hier erwähne, waren die Beratungen über das Mietrechtsänderungsgesetz. Sie haben damals im Ausschuß mit Mehrheit den Antrag angenommen: „Schluß der Debatte“. Die hier im Haus von der sozialistischen Opposition gemachten Abänderungsvorschläge haben Sie ohne Debatte abgelehnt. Das Resultat ist, daß das größte Puschwerk eines Justizministeriums der Zweiten Republik nunmehr unverändert Gesetz geworden ist. (*Abg. Dr. Gruber: Das glauben Sie ja selber nicht!*) Herr Abgeordneter Gruber! Es ist zwar nicht Ihre Parteizeitung, aber ich nehme zu mir (*Abg. Dr. Gruber: Die „Oberösterreichischen Nachrichten“!*) die „Oberösterreichischen Nachrichten“ vom 23. ... (*Abg. Dr. Gruber: Die kenne ich!*) Ich glaube, daß Sie sie kennen, die stehen Ihnen ja vielleicht nahe. Am

DDr. Pittermann

Dienstag, dem 23. Jänner, heißt es: „Tausende Mieter suchen Rat, Sturm auf Beratungsstellen.“ (*Abg. Dr. Gruber: Weiß Sie sie aufgeputzt haben, das ist das Ganze! — Heiterkeit und Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Herr Dr. Pittermann, lesen Sie den letzten Absatz!*) Herr Gruber! Damit werden Sie nicht einmal mehr im Kindergarten Eindruck machen können! (*Abg. Dr. Gruber: Lesen Sie den letzten Absatz!*) Sofort. Da heißt es:

„Der alte Zwist zwischen Hausherrn und Mietern bekam mit 1. Jänner neuen Zündstoff. Nach einigen Tagen des beiderseitigen Abwartens präsentieren nun zahlreiche Hauseigentümer ihren vom neuen Mietrechtsänderungsgesetz inspirierten Wunschzettel.“ (*Abg. Dr. Gruber: Zwei Prozesse sind in Linz!*) „Die Folge davon ist in Oberösterreich der Ansturm von bisher rund 4000 Mietern auf die Beratungsstellen und die Sprechstage bei den Bezirksgerichten.“ „Soviel Staub zwischen Mietern und Vermietern aufgewirbelt wurde“ (*Abg. Dr. Gruber: Aufgewirbelt wurde!*), „so gering ist derzeit noch die Reaktion auf dem oberösterreichischen Wohnungsmarkt. Eine Umfrage unter Linzer Wohnungsvermittlungsbüros ergab die einhellige Meinung“ — (*Abg. Dr. Gruber: Ist ganz uninteressant!*) —: „Die Preislage der Wohnungen ist völlig unverändert, ein größeres Angebot nicht zu bemerken.“ (*Abg. Dr. Gruber: Die Preislage ist unverändert; und Sie haben gesagt, sie werde steigen!*) „In Kommentaren dazu wird auch die Chance, im Frühsommer mehr freie Wohnungen und damit einen Preisrückgang registrieren zu können, skeptisch bewertet.“

Ich sehe schon ein, Herr Dr. Gruber (*Abg. Dr. Gruber: Sie sagten, die Preise werden steigen!*), daß den schuldigen Mann das Grausen packt, denn dieses Puschwerk haben Sie auf dem Gewissen, weil Sie jede sachliche Debatte darüber verhindert haben! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Lesen Sie den letzten Absatz des Artikels!*)

Ich möchte allerdings sagen: Sie sind nicht der Alleinschuldige. Nach den Bestimmungen der Bundesverfassung ist der Verantwortliche der Herr Bundesminister für Justiz, der sich durch sein eigenes Puschwerk in eine so ausweglose Situation gebracht hat, daß er den an sich sowieso schon überlasteten Bezirksrichtern empfehlen mußte, den durch dieses Gesetz schutzbedürftig gewordenen Menschen unentgeltlichen Rechtsbeistand zu leisten. (*Abg. Mayr: Nur nach Ihrer Meinung! — Abg. Dr. Gruber: Na und?*) Das sind die Ergebnisse der Methode der Mehrheitspartei, die hier im Haus sachliche Beratungen über

den Inhalt des Gesetzes mit der Dampfwalzenmethode „Schluß der Debatte!“ abschloß. (*Abg. Dr. Gruber: Ihre Propaganda hat eine Pleite erlebt, das ist das Ganze! — Abg. Weikhart: In Oberösterreich haben Sie eine Pleite erlebt! — Weitere Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und ÖVP.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Vielleicht lassen wir jetzt wieder den Redner zu Wort kommen!

Abgeordneter DDr. Pittermann (*fortsetzend*): Die sozialistischen Abgeordneten haben bei der Beratung des neuen Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes darauf hingewiesen, daß die Lage der Staatsfinanzen Steuer geschenke an Millionäre und Großgrundbesitzer nicht gestattet.

In seiner vorgestern verlesenen Erklärung hat der Herr Bundeskanzler unter anderem gesagt: „Wir müssen offen zugeben, daß die Politik der vergangenen zehn Jahre allzu gebefreudig gewesen ist. Wir haben zunehmend über unsere Verhältnisse gelebt und müssen nun daraus die Konsequenzen ziehen.“

Das haben unter anderem in jüngster Zeit der Bundeskanzler und die Mehrheitspartei dieses Hauses beim Erbschafts- und Schenkungssteuergesetz unterlassen, wo sie den stärksten Vermögensträgern besondere Steuerermäßigungen gewährt haben.

Das gleiche wird aber die Regierung auch in der neuen Zusammensetzung morgen tun, wenn der Nationalrat über den Einspruch des Bundesrates gegen das Steueränderungsgesetz zu beschließen haben wird. Auch in diesem Gesetz sind Steuersenkungen für einen an sich kleinen Teil von Staatsbürgern enthalten. Die Bundesregierung und die Mehrheitspartei werden dafür stimmen, ungeachtet der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers, daß ein Ursachenkomplex von weittragender Bedeutung in der Überschätzung der Möglichkeiten der Staatsfinanzen für die Erfüllung von Gruppenwünschen oder Gesamtanliegen der Gesellschaft liegt. Die Inkonsequenz der bisherigen Regierungspolitik wird aber fortgesetzt.

In der Regierungserklärung vom 20. April sagte der Herr Bundeskanzler: „Ein wesentlicher Einfluß auf die Kaufkraft des Schillings geht vom Staatshaushalt aus. Der Umfang des Budgets muß sich nach der Entwicklung der laufenden Einnahmen richten.“ Das hat die Bundesregierung bei der Erstellung des Budgets für 1967 gründlich vernachlässigt, obwohl schon damals die Abschwächung der Weltwirtschaftskonjunktur und ihre Auswirkungen auf Österreich bemerkbar waren.

DDr. Pittermann

Der frühere Finanzminister Dr. Schmitz hat mit Zustimmung der Mehrheitspartei dieses Hauses den Grundsatz vom „währungsneutralen Budget“ vertreten, um ihn in den folgenden Budgetüberschreitungssetzen, vor allem im 3. und 4., bedenkenlos preiszugeben. Offenbar als Belohnung für diese gescheiterte Finanzpolitik hat die Mehrheitspartei ihn zum neuen Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank gemacht.

Hier möchte ich ein paar Bemerkungen anschließen.

Der Präsident einer Notenbank soll — und das ist in den Staaten mit einer stabilen Währung ausnahmslos der Fall — eine Persönlichkeit sein, zu deren fachlichen und sachlichen Qualitäten für dieses Amt die großen politischen und wirtschaftlichen Gruppen des Landes Vertrauen haben können. Man hat in Österreich in der Vergangenheit dafür auch Männer genommen, die vorher das Amt des Finanzministers bekleidet haben. Ungeachtet der politischen Auseinandersetzungen vorher um diese Personen, vor allem die Herren Dr. Margarétha und Dr. Kamitz, und ihre Politik haben die sozialistischen Mitglieder der seinerzeitigen Bundesregierungen ihrer Berufung zu Präsidenten der Oesterreichischen Nationalbank ihre Zustimmung geben können.

Es ist das erste Mal, daß ein Nationalbankpräsident nur von einer Partei vorgeschlagen wird, gegen dessen Berufung auf diesen Posten die sozialistische Opposition ihre sachlichen Bedenken (*Abg. Hartl: Den Wirlandner werden wir nehmen!*) mit Rücksicht auf die vorangegangene Schaukelpolitik als Finanzminister angemeldet hat.

Was soll die sozialistische Opposition im Hinblick darauf von der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers in seiner vorgestrigen Rede halten, wenn er sagt: „Der Erfolg für unser Land und jeden einzelnen Staatsbürger wird umso größer und sicherer sein, je mehr Schwerpunkte und Großaufgaben wir durch übereinstimmende Willensbildung außer Streit stellen können. Ich möchte in diesem Zusammenhang insbesondere Fragen der Außenpolitik, die Verteidigungspolitik und die Währungspolitik nennen. Die in der Regierungserklärung vom 20. April 1966 ausgesprochene Einladung an die in Opposition zur Regierung stehenden Parteien ist nach wie vor aufrecht.“

Das sagt der Bundeskanzler am gleichen Tag, an dem die Bundesregierung von der seit 1945 in Österreich geübten Gepflogenheit einseitig abgegangen ist, sich bei der Ernennung eines Nationalbankpräsidenten um die Zustimmung

auch der Sozialistischen Partei als der zweiten großen politischen Gruppe dieses Landes zu bemühen.

Dank der vom Herrn Bundeskanzler Klaus in der Vergangenheit und bis heute ungeachtet solcher Erklärungen immer bekämpften Politik der Zusammenarbeit konnte nach dem Zusammenbruch des zweiten Weltkrieges durch die erfolgreiche Zusammenarbeit der österreichische Schilling zu einer der bestfundierten Währungen in der Welt gemacht werden. Wir haben aber im Zusammenhang mit der, unsere Währung in keiner Weise berührenden Abwertung des englischen Pfunds in Österreich zwei Erscheinungen feststellen müssen: einmal, daß im Zusammenhang damit eine kleine und unwirksam gebliebene Spekulation versucht hat, sich auf den Schilling zu stürzen, und zweitens, daß es trotz des objektiv ausgezeichnet gedeckten Schillings zu einer Beunruhigung im österreichischen Volk gekommen ist. Denn die Angehörigen dreier Generationen haben die im Zuge der politischen Umwälzungen der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts vorgekommenen Währungsabwertungen nicht vergessen. Für sie ruft die deutsche Übersetzung des englischen Ausdrucks „devaluation“ mit „Abwertung“ immer wieder trübe Erinnerungen an traurige vergangene Zeiten der österreichischen Währung wach.

Umso notwendiger wäre es, daß an der Spitze der Oesterreichischen Nationalbank, der die Wacht über den Schilling anvertraut ist, als Präsident ein Mann steht, dem seine konsequente Haltung in seiner früheren Tätigkeit eine ausgedehnte Vertrauensbasis für etwa notwendige Erklärungen in der Währungspolitik verschafft hat. Wie soll aber diese Vertrauensbasis einem Mann wie Dr. Schmitz gezollt werden können, der bis zuletzt seine Vorschläge auf ein von ihm prognostiziertes Wirtschaftswachstum abgestellt hat, das durch die Entwicklung der Weltwirtschaft und insbesondere der europäischen Wirtschaft längst als Illusion hätte erkannt werden müssen? Dabei ist diese illusionistische Vorstellung eines Wirtschaftswachstums vom damaligen Finanzminister Dr. Schmitz, wenn auch im herabgesetzten Maße, den von ihm veranschlagten Ziffern des Budgets 1968 ebenfalls zugrunde gelegt worden. Kein Wunder, daß die im Oktober plötzlich über das österreichische Volk hereinbrechenden Mitteilungen über das Loch im Staatshaushalt zu einem Schock und zu einer schweren politischen Niederlage des Bundeskanzlers Dr. Klaus geführt haben. Diesen Schock hat Herr Dr. Withalm als heilsam für die ÖVP bezeichnet. Wir sind gerne bereit, auch weiterhin zu einer solchen Heilwirkung beizutragen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

DDr. Pittermann

Aber der Schock, den das österreichische Volk durch die Mitteilung des Zusammenbruchs seiner Staatsfinanzen erhalten hat, war in keiner Weise geeignet, eine anhaltende Wiederbelebung der österreichischen Wirtschaft in die Wege zu leiten. Man hat in den offiziellen Aussendungen der Bundesregierung dem Herrn Bundesminister Dr. Schmitz noch ein Denkmal gesetzt. (*Abg. Glaser: Der „positive Beitrag“ des Herrn Dr. Pittermann!*) In dieser Propagandaschrift der Bundesregierung kommen zwei Köpfe vor: Bundeskanzler Dr. Klaus und Finanzminister Dr. Schmitz. Dieser muß den Entschluß, „freiwillig“ zurückzutreten, jedenfalls erst nach Indrucklegung dieser Propagandaschrift gefaßt haben. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Einer der Köpfe dieser Propagandaschrift ist durch „freiwilligen“ Rücktritt bereits gefallen! Wir warten, bis der Herzog seinem Mantel folgt. (*Erneute Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Hartl: Sie sind schon gefallen!*)

Ich habe in einer Rede zum Kapitel Oberste Organe erklärt, daß das österreichische Volk Anspruch auf eine starke Regierung hat, die weiß, was sie will, die tut, was sie sagt, die hält, was sie verspricht. (*Abg. Hartl: Genau! — Abg. Dr. Gruber: Das kann aber keine Regierung Pittermann sein!*)

Die sozialistische Fraktion wird auch nach der neuen Zusammensetzung in Opposition zu dieser Regierung stehen. Aber wenn es Maßnahmen zu treffen gilt, die im Interesse der Republik Österreich, des österreichischen Volkes und der Demokratie liegen, dann werden wir eine sachkundige und objektive Mitarbeit, entsprechend unseren programmatischen Erklärungen, bei der Regierungsbildung nicht versagen. (*Abg. Dr. Mussil: So wie bisher! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Ruf bei der ÖVP: So wie Ihre heutige Rede!*)

Herr Abgeordneter Dr. Mussil! Sie sollten als Generalsekretär der Handelskammer anläßlich des Ergebnisses der Beratungen über das Außenhandelsförderungsgesetz anders reden. (*Abg. Dr. Mussil: Was ich als Generalsekretär der Handelskammer mache, ist meine Angelegenheit!*) Ihre Haltung könnte uns sehr wohl dazu veranlassen (*Abg. Glaser: Sie sollten als österreichischer Abgeordneter anders reden!*), zu der Erkenntnis zu kommen, daß solche gemeinsame Beratungen und Beschlüsse angesichts Ihrer Person in Zukunft unzweckmäßig sind. (*Beifall bei der SPÖ.*) Denken Sie daran, daß Sie das Außenhandelsförderungsgesetz natürlich auch durch die Zusammenarbeit mit uns erhalten haben (*Abg. Mayr: Mit Erpressungen!*), und sprechen Sie nicht davon, daß die Sozialisten im Parlament nicht bereit sind, mitzutun, wenn es um

österreichische Interessen geht. Nicht werden wir mittun, wenn es um Ihre Parteiinteressen geht! (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mayr: Parteipolitik, Vorstandspolitik, das ist eure Methode!*)

Diese Zusage kann aber nur für eine Regierung gelten, die in ihrem politischen Bereich die nötige Autorität besitzt, solche Maßnahmen auch dann durchzuführen, wenn ihre Anhänger und die sie unterstützenden Gruppen davon betroffen werden. Dazu war die Regierung Klaus bisher nicht imstande.

Bei der Erstellung des Budgets für 1967 hat der damalige Finanzminister Schmitz angekündigt, er werde die Staatskasse von der Last der Agrarsubventionen schrittweise befreien, indem er diese Belastung auf die Konsumentenpreise überwälzt. Die Preiserhöhungen sind geblieben, aber im Budget für 1968 sind die Agrarsubventionen wieder angehängen und haben sich dem Stand von 1966 weitgehend genähert.

In der Budgetdebatte für 1968 haben der frühere Finanzminister Dr. Schmitz wie auch Sprecher der ÖVP-Fraktion erklärt, daß die zumindest teilweise Durchführung des Eventualbudgets von der Bundesregierung schon für den Beginn des Jahres 1968 geplant sei. Diese Redner haben die Bedeutung des Eventualbudgets für die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und damit für die Sicherung der Arbeitsplätze unterstrichen.

In der vorgestern verlesenen und nun zur Debatte stehenden Erklärung des Herrn Bundeskanzlers kommt das Wort „Eventualbudget“ nicht einmal vor, geschweige denn, daß eine Ankündigung darüber enthalten ist, wann das Eventualbudget von dieser Regierung durchgeführt wird.

Die Einlösung des Regierungsversprechens, Arbeitsplätze zu sichern, wurde durch den ersten Beschluß dieser Bundesregierung über die Schließung des Kärntner Kohlenbergbaues in Wolkersdorf widerlegt. Dabei haben Mitglieder der Bundesregierung wie auch der Herr Bundeskanzler unter dem Eindruck des Unglücks durch den Grubenbrand wiederholt Erklärungen abgegeben, den dort beschäftigten Bergarbeitern die Arbeitsplätze zu erhalten.

Es besteht bei uns kein Vertrauen, daß diese Bundesregierung ihre Politik der Inkonsequenz aufgibt oder ihre eigenen Ankündigungen ernst nimmt und durchführt, über Fragen von gesamtösterreichischem Interesse mit der Opposition zusammenzuarbeiten. Es besteht bei uns kein Vertrauen, daß die Regierung Klaus imstande ist, immer dringlicher werdende Probleme der Wirtschaftspolitik in Österreich mit Entschiedenheit anzugehen und zu lösen. Da das österreichische Volk sein Urteil über

DDr. Pittermann

die Politik der Regierung Klaus erst im Frühjahr 1970 abgeben kann, kann aus dieser Politik der Schwäche und der Inkonsequenz der Wirtschaft unseres Landes und dem österreichischen Volk schwerer Schaden entstehen.

Die sozialistische Opposition hält diese Entwicklung in keiner Weise für wünschenswert und steht — wie ich abschließend nochmals wiederhole — nach wie vor auf dem Standpunkt, daß sich ihre Opposition nicht gegen die Interessen der Republik, des österreichischen Volkes oder gegen die österreichische Demokratie richtet. Die Regierung Klaus gibt vor allem durch die Person ihres Bundeskanzlers keine Hoffnung, daß eine Unterstützung seiner Politik den Interessen der Republik oder des österreichischen Volkes dienen kann.

Die sozialistische Opposition in diesem Haus wird ihren Kampf gegen die Politik der Regierung Klaus fortsetzen, die bereits zur Auswechslung einiger Personen geführt hat. Die Berufung anderer in die Regierung Klaus kann diese Regierungspolitik nicht vor dem Zusammenbruch bewahren, sondern ihn bestenfalls eine Zeitlang hinausschieben. (*Abg. Glaser: Schwach, schwächer — Pittermann!*)

Herr Dr. Withalm hat die Ablehnung der Regierung Dr. Klaus durch die Wähler bei den letzten lokalen Wahlen als einen heilsamen Schock bezeichnet. Die Medizin lehrt, daß bei gewissen Krankheiten die Schocktherapie nicht in einer einmaligen, sondern in einer fortgesetzten Anwendung dieser Behandlung allein Erfolg bringen kann. Wir werden daher bemüht sein, diese Schockbehandlung der Regierung fortzusetzen, bis das österreichische Volk in der Lage ist, einen Nationalrat zu bilden, der einer Regierung die Mehrheit gibt, die weiß, was sie will (*Abg. Dr. Gruber: Medizinalrat! Medizinmann! Zauberer!*), die tut, was sie sagt, die hält, was sie verspricht. Wie immer unsere Regierung dann in Zukunft zusammengesetzt sein wird, eines kann heute schon mit Sicherheit gesagt werden (*Abg. Glaser: Der Pittermann wird ihr nicht angehören!*): Es wird keine Regierung Dr. Klaus sein. (*Langanhaltender Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Gorbach. Ich erteile es ihm. (*Abg. Dr. Gruber: Ich habe schon bessere Reden gehört von Pittermann! — Abg. Ing. Häuser: Ihre Reden sind anmaßender! Das Lachen wird Ihnen schon vergehen! — Abg. Dr. Pittermann: Der Gruber hält kurze Reden: Schluß der Debatte! — Abg. Dr. Gruber: Eine Politik von vorgestern ist das! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Das Wort hat Dr. Gorbach.

Abgeordneter Dr. **Gorbach** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Ich stehe heute unter anderem auch als ein Vertreter der älteren Semester an diesem Rednerpult, der mehrere Regierungsbildungen, auch Umbildungen, mitgemacht hat und daher mit einigen Erfahrungen aufwarten kann. In einer solchen Position glaube ich sagen zu dürfen, daß man für sich das Privileg in Anspruch nehmen kann, Lob und Tadel nach mehreren Seiten zu verteilen, also nicht einseitig zu sein und nicht alles zu billigen, was selbst die eigene Partei für gut hält.

Damit stehe ich freilich auch den Verpflichtungen näher, die das gemeinsame Wohl insbesondere dem Politiker auferlegt. Bei der Umbildung einer Regierung geht es gerade um dieses gemeinsame Wohl oder konkret um die Schaffung der entsprechenden Bedingungen für die Beseitigung wohl nicht eines wirtschaftlichen Notstandes in unserem Vaterland, aber der Bannung von Gefahren, die einen solchen herbeiführen könnten. Darum habe ich mich der Aufgabe nicht entschlagen, die Regierungs-umbildung heute vor dem Hohen Hause zu vertreten.

Bevor ich aber in medias res eingehe, möchte ich doch zu zwei Fragen Stellung nehmen, als erstes zu der Frage, die Herr Kollege Vizekanzler a. D. Dr. Pittermann angezogen hat, nämlich zur behaupteten Inkompatibilität der Funktion eines Staatssekretärs und eines Vorsitzenden des Bundesrates.

Darf ich hiezu folgendes feststellen: Am Tage nach der Angelobung des jetzigen Staatssekretärs Bürkle hat er den Präsidenten des Vorarlberger Landtages gebeten, ihn von der „Erstnennung“ als Bundesrat zu entheben. Am 24. Jänner 1968 hat der Vorarlberger Landtag beschlossen, daß Pitschmann der erstgenannte Bundesrat Vorarlbergs sei. (*Abg. Dr. Gruber: Das war gestern! — Abg. Dr. Kreisky: Bessere Demokraten als Sie, Herr Dr. Gruber!*) Er ist daher seit gestern Vorsitzender des Bundesrates.

Ich möchte mit Shakespeare zu Ihnen sprechen, Herr Dr. Pittermann. Was war's? Viel Lärm um nichts! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Gruber: Das war beim Pittermann nicht das erste Mal! — Abg. Dr. Kreisky: Lärm hat ja der Dr. Gruber gemacht!*)

Und nunmehr zu einer anderen Angelegenheit. (*Andauernde Zwischenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte nicht zuviel Lärm! (*Abg. Weikhart: Der Gruber hat sich die Antwort geholt! — Abg. Mayr: Rede Pittermann: Viel Lärm um nichts! — Abg. Benya: Die Blamage bleibt bei Gruber und Glaser!*)

Abgeordneter Dr. **Gorbach** (fortsetzend): Vielleicht lassen Sie mich fortfahren, auch ohne Unterstützung des Herrn Präsidenten, den ich nicht allzusehr strapazieren will.

Ich möchte nämlich kurz auf die Ereignisse am vergangenen Dienstag anlässlich der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers zu sprechen kommen. (Abg. Gertrude Wondrack: Viel Lärm um nichts! — Abg. Hartl: Ihr macht doch den Lärm!) Das war ein Lärm, der sehr gefährlich werden kann.

Das, was sich hier in diesem Hohen Hause ereignet hat, hat mich befremdet. Es hat mich sogar bedrückt. Ich glaube, auch eine lebendige Diskussion in einer aufgeschlossenen Demokratie verlangt ein Minimum an Form. (Abg. Hartl zur SPÖ: Die habt ihr nicht! — Abg. Dr. Hertha Firnberg: Der Herr Doktor Gruber hat sie!) Ich habe den Eindruck gehabt, den subjektiven Eindruck, daß es einigen Zwischenrufern der Oppositionsparteien darum zu tun war, den Herrn Bundeskanzler lächerlich zu machen und ihn durch unnötige Lärmentwicklung sogar an seiner Rede zu behindern. (Abg. Weikhart: Das hat der Herr Bundeskanzler mit seiner Rede selber getan!) Das war von Ihnen offenbar — und die Ausführungen des Herrn Vizekanzlers haben mich darin bestärkt — auf die Person des Herrn Bundeskanzlers gemünzt. Aber übersehen Sie dabei doch nicht, daß man einem Repräsentanten einer Funktion letzten Endes mit einem entsprechenden, angemessenen Respekt gegenüberzutreten hat. (Abg. Gertrude Wondrack: Das hätte er sich vorher überlegen müssen, was er redet! — Lebhaftige Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Dann wäre eine andere Rede am Platz gewesen!)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Bitte sich etwas zurückzuhalten! (Abg. Dr. van Tongel: Es wäre noch schöner, wenn keine Zwischenrufe gemacht werden könnten!)

Abgeordneter Dr. **Gorbach** (fortsetzend): Meine Frauen und Herren! Auf alle Fälle wird das für mich kein Anlaß sein, heute offensiver zu reden. Im Interesse der Institutionen der Demokratie und des Parlamentes möchte ich mich daher heute bei meinen Ausführungen auf dem Boden der Sachlichkeit bewegen, weil das allein dem Gegenstand angemessen ist, mit dem wir uns heute zu beschäftigen haben.

Hohes Haus! Wenn sich Ihnen, meine Damen und Herren, die Regierung Klaus am 23. Jänner 1968 in einer geänderten Zusammensetzung vorgestellt hat, dann nicht deswegen, weil sich ihre Zielsetzungen geändert haben, sondern weil sie einer neuen wirtschaftlichen Situation zu begegnen hat.

Es ist schon mancher Regierung widerfahren, daß sich ihre Ausgangsposition durch unerwartete Geschehnisse verändert hat. Wenn in einer solchen Situation eine Regierung flexibel genug ist, sich den veränderten Bedingungen anzupassen, dann ist das meiner Meinung nach nicht ein Zeichen des Versagens, sondern ein Zeichen der Bewährung. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Das ist das Gegenteil von dem, was der Herr Bundeskanzler behauptet hat! — Abg. Czettel: Das ist eine andere Version! — Weitere Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Herr Abgeordneter, ich bin Ihnen nicht böse, daß Sie nicht mit allen meinen Ausführungen einverstanden sind. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Das ergibt sich eben in einer Demokratie, in der die Parteien verschiedene Auffassungen über Ideologien und Personen haben.

Aber lassen Sie mich jetzt fortfahren und sagen, daß kaum einer anderen Regierungs-umbildung so viele Erörterungen, Mutmaßungen und Prognosen vorausgegangen sind und kaum in einem anderen Fall sich diese Erörterungen über einen so langen Zeitraum hingezogen haben. Es ist selbstverständlich das gute Recht besonders der Presse, derartige Mutmaßungen anzustellen. Wir leben in einem freien Gemeinwesen, in dem es allen Faktoren der Meinungsbildung unbenommen ist, echte oder vermeintliche Anlässe dazu zu benutzen, sich in politischen Kombinationen zu ergehen. Man sollte jedoch loyalerweise unterscheiden, ob sich an solchen Kombinationen die verantwortlichen politischen Instanzen beteiligen oder ob sich ihnen in erster Linie andere Faktoren hingeben haben.

Die maßgebenden Instanzen der Österreichischen Volkspartei haben sich mit der Frage einer Regierungs-umbildung erst zu einem Zeitpunkt beschäftigt, als sich jene wirtschaftlichen Notwendigkeiten unabweislich aufdrängten, auf die sich die heute geänderte Zusammensetzung der Regierung zurückführt. Das möchte ich gleich eingangs festgestellt haben, um die wirklichen Vorgänge ins rechte Licht zu rücken. (Abg. Moser: Warum mußte Hetzenauer gehen?)

Deshalb sage ich jetzt nochmals: Die Regierung Klaus ist nicht deswegen umgebildet worden, weil sie in ihrer ursprünglichen Zusammensetzung ihre Aufgabe nicht erfüllt hat. In Wirklichkeit ist die Frage, warum es zu dieser Regierungs-umbildung gekommen ist, höchst einfach zu beantworten. Ich darf darauf hinweisen, daß es in Österreich nach der mehr als 20 Jahre umfassenden Koalitions-ära nach dem 6. März 1966 zu einem nicht unerheblichen Wandel des Regierungssystems

Dr. Gorbach

gekommen ist, einem Wandel, an dem übrigens eine Entscheidung der heutigen sozialistischen Oppositionspartei wesentlich mitgewirkt hat.

Mit einem solchen Wandel sind aber selbstverständlich auch ganz neue Erfahrungen verbunden und mit den Erfahrungen Konsequenzen, an denen die Regierung unter keinen Umständen vorbeigehen konnte. Man durfte sich deswegen von vornherein niemals der naiven Erwartung hingeben, die erste Einparteienregierung der Zweiten Republik werde bis zum Ende der jetzigen Legislaturperiode in jener Zusammensetzung weiterbestehen, in der sie sich dem Hohen Hause am 20. April 1966 vorgestellt hat.

Daher muß man gerade dem Chef der Regierung, die zum erstenmal seit 1945 die wesentlichen politischen Gegensätze unseres Landes nicht mehr im Schoß einer Koalitionsregierung integrieren kann, sondern ihnen auf dem offenen Felde des Parlaments begegnen muß, das Recht einräumen, aus den in der Folge gewonnenen Erfahrungen die entsprechenden Lehren zu ziehen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist die eigentliche Grundvoraussetzung, unter der die jetzige Regierungs-umbildung vorgenommen wurde.

Dazu kommt noch jener zweite Umstand, den ich bereits kurz angedeutet habe. Die Regierung hatte auch einer neuen wirtschaftlichen Situation zu begegnen, deren voller Ernst sich erst in den letzten Monaten mit der Erfahrung herausgestellt hat, daß die Konjunkturverflachung, mit der wir es in allen westeuropäischen Staaten zu tun haben, zum Unterschied von ähnlichen Rezessionen früherer Jahre nicht nur eine Augenblickerscheinung ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Zu dieser Erkenntnis hat sie lange gebraucht!*) Demnach fühlen wir uns zu gesteigerter Bemühung aufgerufen, und wir sind entschlossen, alles zu tun, damit unter den heutigen monocoloren Verhältnissen das Notwendige möglich gemacht und jeder Schaden von unserem Volke abgewendet wird. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir sind weiters entschlossen, Fehlerhaftes und gegenstandslos Gewordenes abzuwerfen, um deutlicher als bisher sichtbar zu machen, was unsere Partei in Wirklichkeit ist und will.

Ich weiß, daß diese Regierung der Opposition dieses Hauses einen willkommenen Anlaß bietet, ihre in diesem Hause schon wiederholt vorgetragene politische These von einem Versagen der ersten Einparteienregierung der Zweiten Republik sozusagen von der Regierung selbst als bestätigt anzusehen.

Der Herr Vizekanzler Dr. Pittermann (*Abg. Dr. Pittermann: a. D.!*) — außer Dienst (*Heiterkeit bei der ÖVP*) — hat sich in bemerkenswerter Anstrengung bemüht, dieser

alten und reichlich überspielten Schallplatte überzeugendere Töne als bisher zu entlocken. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Bei den Wahlen war es ein Bestseller!*) Ich besitze ein Schweinsohr, mir kam daher, was Sie gestern und vorgestern gespielt haben, heute als von derselben Tonart vor. Es war ein gut gemischter Cocktail, Herr Kollege Pittermann, von brisanter Eloquenz, von Witz, Humor, beißender Satire und gut gespielter Untergangsstimmung. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Es kann daher sein, daß einige wirklich glauben, was Sie gesagt haben. (*Neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber die, die sich das näher überlegen und das analysieren, werden höchstwahrscheinlich nicht so leicht davon zu überzeugen sein, daß die Verkehrung der Tatsachen ins Gegenteil jeweils das richtige ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Für den Redner der Österreichischen Volkspartei gehörte aber heute keine Prophetengabe dazu, eine solche Reaktion der Opposition dieses Hauses — ich warte noch auf die Oppositionsredner der Freiheitlichen Partei — vorauszu sehen, deren stärkster Flügel — ich meine Sie, meine Herren von der linken Seite — dabei allerdings zu vergessen beliebt, daß auch schon Koalitionsregierungen der Zweiten Republik umgebildet worden sind. (*Abg. Dr. Pittermann: Stimmt, Herr Kanzler Gorbach! Sie sind Zeuge dafür! — Abg. Dr. Kreisky: Sie sind ein passives Material dieser Politik geworden!*) Ich kann daher derart haltlosen Behauptungen mit der Feststellung entgegentreten, daß die Regierung Klaus bis zu diesem Zeitpunkt — das sage ich wirklich mit Überzeugung — mehr als drei Viertel ihres dem Hohen Hause am 20. April vorgetragenen Programms erfüllt hat. Sie hat es in einem solchen Maß erfüllt, daß der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom vergangenen Dienstag feststellen konnte, der Regierung gehe es nunmehr in den folgenden zwei Jahren nicht mehr in erster Linie um Akte der Gesetzgebung, sondern vorwiegend um Akte der Völlziehung.

Übersehen wir doch nicht, was schon geschehen ist! Ich hätte mir das gerne erspart. Aber mit Rücksicht auf die Argumentation der Oppositionspartei, die das anscheinend geflissentlich übersieht, möchte ich doch auf die Reform des Rundfunks aufmerksam machen (*ironische Heiterkeit bei der SPÖ*), auf die organisatorische Reform der verstaatlichten Betriebe, die Sicherstellung des Vorranges für Bildung und Forschung — Sie waren da sogar dabei, meine Herren —, ferner auf die Inangriffnahme der Wohnungsreform (*Abg. Weikhart: Aber wie sieht das aus!*) und die versprochene Steuerreform. (*Abg. Dr. Kleiner:*

Dr. Gorbach

Das ist erst etwas! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Hier sollen die Vertreter der Gewerkschaft nicht allzu laut Stellung nehmen, denn sie haben sich sehr wohl in Verhandlungen mit dem Finanzminister mit dieser Regelung einverstanden erklärt. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich verweise auf die neuen Erleichterungen zugunsten der Familie, aber auch auf die ersten Ansätze einer Strukturreform der Wirtschaft sowie auch auf die Schaffung besserer Voraussetzungen für die Kapitalausstattung der Betriebe. Aber hier, glaube ich, ist noch einiges zu tun, das möchte ich dem hinzugefügt haben.

Daher sollte man doch einer Regierung gegenüber, die in zwei Jahren eine Reihe jener Probleme lösen konnte, für die unter den politischen Voraussetzungen früherer Regierungen *(Abg. Eberhard: So wie die Schließung der LAKOG! Auch eine Lösung der Probleme!)* auch nicht in vielen Jahren eine Lösung gefunden werden konnte, mit dem Vorwurf des Versagens etwas vorsichtiger umgehen. *(Abg. Pay: Sie haben heute eine undankbare Aufgabe übernommen, Herr Dr. Gorbach!)* Ich bin ein Steirer! Sie haben auch manches hier zu reden, was Ihnen letzten Endes nicht besonders leicht erscheint! *(Ruf bei der SPÖ: Ihnen erscheint es auch nicht leicht! — Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Vollends unglaublich aber ist es, die jetzige Regierungsumbildung mit angeblichen Mangelleistungen der früheren Regierung oder einer Nichterfüllung der gestellten Aufgaben in Zusammenhang zu bringen. Einen solchen Zusammenhang sollte insbesondere nicht die sozialistische Opposition des Hauses herstellen. Ich darf Sie bei der Gelegenheit daran erinnern, daß einer Ihrer Gesinnungsfreunde und kein Geringerer als der englische Premierminister Wilson seine Regierung seit seiner ersten Zusammensetzung nicht weniger als fünfmal umgebildet hat! *(Abg. Dr. Kreisky: Immer das Ausland!)* Auch hier waren es in erster Linie die Wirtschaftsministerien, an deren Spitze neue Männer gestellt wurden. Was für Premierminister Wilson billig ist, wird daher auch für Bundeskanzler Klaus recht sein müssen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was macht man hier für ein Aufheben wegen der Regierungsumbildung? Das ist doch ein normaler demokratischer Vorgang, für den es verschiedene Gründe geben kann. Vor allem muß man eine solche Maßnahme dem Urteil des Regierungschefs überlassen. *(Abg. Dr. Pittermann: Sagen Sie das den Tirolern!)* Sein begründetes Recht, sich jene Mitarbeiter zu wählen, die er in einer gegebenen Situation für die richtigen hält, sollte doch von nieman-

dem bestritten werden. Er als Träger der Hauptverantwortung muß weiter die Möglichkeit haben, Zeitpunkt und Ausmaß einer Regierungsumbildung zu bestimmen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Probst: Wieder eine neue Version!)*

Nunmehr, meine Frauen und Herren, bin ich Ihnen eine überzeugende Aussage über den Zweck der Regierungsumbildung schuldig. *(Abg. Dr. Kreisky: Das war eine Lektion, die Sie dem Herrn Bundeskanzler Klaus erteilt haben! Denn er hat Sie nicht so behandelt; er hat Ihnen nicht zugestanden, Ihre Regierung umzubilden!)* Ich habe in dieser Frage nicht nach einem Biblexegeten gerufen! *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* Hier können wir beide kontroversieller Auffassungen sein. *(Abg. Weikhardt: Wir sind es gar nicht! — Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Aber lassen Sie mich jetzt wieder zu dem der Sache gebotenen Ernst zurückkommen und folgendes sagen: Der Zweck, dem die Umbildung der Regierung dienen soll, ist mit wenigen Worten zu umreißen. Zuvor möchte ich ganz allgemein feststellen, daß für die Umbildung ausschließlich sachliche Gründe maßgebend waren, aber nicht irgendwelche persönlichen Vorbehalte, die gegen einzelne ausgeschiedene Regierungsmitglieder geltend zu machen gewesen wären. *(Abg. Dr. Pittermann: Die sind ja „freiwillig“ ausgetreten!)*

Meine Damen und Herren! Aber selbst wenn es solche Vorbehalte gäbe, so sollten Politiker auch Ministern das Recht auf ihre eigene Meinung und auf ihren eigenen Stil zubilligen, wofür sie ja wieder mit ihrer eigenen Verantwortung einzustehen haben.

An der Spitze der Zwecke, denen diese Regierungsumbildung dienen soll, steht eine Verbesserung der Koordinierung zwischen den Faktoren, von denen die Politik dieser Regierung getragen wird. Hier hat man es mit einer der ersten Erfahrungen zu tun, die mit dem System der Einparteienregierung seit dem 20. April 1966 gemacht wurden. Da die Konfrontation von Regierung und Opposition, die zum Wesen dieses Systems gehört, heute der Opposition — ich sage es ganz offen — viel größere Möglichkeiten in die Hand gibt, Koordinationslücken gegen die Regierung auszuspielen, wird die Regierung künftig die Einheitlichkeit ihrer Zielsetzung klarer als in der Vergangenheit herausstellen. *(Abg. Dr. Pittermann: Auch ein Eingeständnis!)* Man hat innerhalb der Regierung bisher dem Prozeß der Meinungsbildung ein höheres Maß an Öffentlichkeit eingeräumt, als es dem Regierungskurs gutgetan hat. Daher wird man in Hinkunft ein größeres Augenmerk darauf legen, erst mit den Ergebnissen dieses Prozesses vor die Öffentlichkeit zu treten.

Dr. Gorbach

Das hat nichts mit Geheimpolitik zu tun, sondern entspricht lediglich den härteren Bedingungen der heutigen Konfrontation von Regierung und Opposition, die von der Regierung selbstverständlich in Rechnung zu stellen ist. (*Abg. Dr. Kreisky: Mit der Begründung sind Sie gestürzt worden, Herr Bundeskanzler!*)

Niemand hat ein erbliches Recht auf einen Ministerposten oder als Bundeskanzler. Aber es kommt sehr wesentlich darauf an, mit welchen Methoden das vor sich geht. (*Lebhafter demonstrativer Beifall bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Das glauben wir Ihnen! — Rufe bei der ÖVP: Olah! Olah!*)

Dieser Grundsatz ist von allgemeiner Gültigkeit und entspricht nicht einer Confessio in meiner ureigenen Angelegenheit. Aber, Herr Vizekanzler, Herr Minister Kreisky — na, reden wir davon nicht, wir haben im eigenen Hause dort und da über diese Dinge lange Diskussionen geführt. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Kreisky: Aber anders erledigt!*)

Lassen Sie mich fortfahren: Ein weiterer Zweck der Regierungsumbildung — ich muß Ihnen das doch hier so verständlich wie möglich sagen (*Heiterkeit bei der ÖVP — Abg. Dr. Pittermann: Dem Dr. Gruber!*) — liegt in der Sicherstellung eines höheren Maßes an Informierung der Bevölkerung. Um auf diesem Gebiet künftig zwischen Regierung und Opposition gleiche Bedingungen herzustellen, wird die Regierung der Informierung der Öffentlichkeit in Zukunft ein wesentlich höheres Augenmerk schenken. (*Ruf bei der SPÖ: Plakate!*) Die Regierung erblickt in der sachlichen Informierung des Wählers nicht zuletzt eine notwendige Voraussetzung für die politischen Entscheidungen, die von diesem verlangt werden.

Man wird es der Regierung daher nicht verübeln können, wenn sie eine Beobachtung beherzigt, auf die der frühere amerikanische Präsident John Kennedy in seinem Buch „Zivilcourage“ hingewiesen hat, wenn er dort schreibt: „Unser Leben steht dermaßen unter dem Einfluß der Massenmedien, daß jede unpopuläre oder ungewöhnliche Handlung Proteststürme hervorruft, wie man sie sich früher niemals vorgestellt hätte.“ Eine Regierung von heute und für morgen kann diese Tatsachen nicht ignorieren.

Und als dritten Zweck der Regierungsumbildung nenne ich die noch stärkere Konzentration auf die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit. Unter ihnen hebe ich wieder die möglichst baldige Überwindung der heutigen wirtschaftlichen Rezession hervor. (*Abg. Pay: „Zusperrten“ der Betriebe!*) Wenn

die Gegner dieser Regierung vielleicht nicht gewillt sein sollten, die beiden von mir vorher zum Ausdruck gebrachten Zwecke gelten zu lassen, weil sie ihrer eigenen Argumentation das Feld überlassen sehen möchten, dann werden sie sich wohl nicht dagegen sträuben können, daß die Regierung den ihr in der jetzigen Situation gestellten wirtschaftlichen Problemen ihr ganzes, ihr volles und ernstestes Interesse zuwendet. (*Abg. Dr. Kleiner: Das war so in der Zeit der bisherigen Zusammenarbeit!*) Ich möchte es daher wiederholen, Sie haben es anscheinend nicht ganz gehört, Herr Abgeordneter (*Abg. Hartl: Herr Dr. Kleiner redet zu leise!*): Einer der Hauptzwecke der vorgenommenen Regierungsumbildung ist die Schaffung der besten Voraussetzungen für den Wiederaufstieg der österreichischen Wirtschaft. Wenn sich der Herr Bundeskanzler entschlossen hat, einen anerkannten Wissenschaftler und Fachmann wie Universitätsprofessor Dr. Koren an jene Stelle zu setzen, an der auf die ökonomische Entwicklung unseres Landes der wesentliche Einfluß ausgeübt werden kann, dann ist das eine eindeutige Demonstration des Willens der Regierung, den von ihr nicht verschuldeten weltweiten wirtschaftlichen Rückschlag zu überwinden. Ich möchte mich als Optimist in diesem Hohen Hause sogar der Hoffnung hingeben, daß auch die Oppositionsparteien den Sinn dieser Demonstration nicht übersehen.

Noch etwas in diesem Zusammenhang: Es entspricht meiner persönlichen, durch reiche Erfahrungen erhärteten Überzeugung, daß die Sorge um den gesicherten Arbeitsplatz, um die Gewährleistung des täglichen Brotes, um die weiteren Aufstiegschancen unserer Jugend, ja selbst um die Mehrung des Wohlstandes in einem Lande, dessen Bevölkerung eine solche Mehrung noch durchaus verträgt, niemals nur eine Angelegenheit der Regierung sein kann. Eine totale Opposition, für die nur noch das Interesse der eigenen Partei, aber nicht auch das Interesse der Gemeinschaft zählt, müßte gerade in diesen Fragen unverständlich bleiben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Benya: Wir sehen nur die Gemeinschaft! — Abg. Weikhart: Und der Vizekanzler Dr. Withalm die Partei! — Abg. Pay: Dazu hat er sich im „Kurier“ bekannt! — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für diese Rastpause. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Vielleicht bringen es meine Jahre mit sich, daß man etwas kurzatmiger wird als seinerzeit auf dem Fußballplatz, Herr Vizekanzler. (*Neuerliche Heiterkeit.*) Aber wenn ich das sage, dann hat das alles nichts mit

Dr. Gorbach

sozialer Pathetik zu tun, sondern es ist der Ausdruck der nüchternen Erkenntnis, daß die Gegensätze in den wirtschaftspolitischen Auffassungen der Parteien dieses Hauses doch bei Gott nicht mehr so groß sind, daß sie nicht mit dem Aufwand einigen guten Willens im Interesse aller derer überwunden werden könnten, für die wir als gewählte Mandatäre einzustehen haben. Wir leben in dieser Beziehung ja auch nicht mehr in den dreißiger Jahren, aus denen noch der Ruf in meinen Ohren ist: Hie Kapitalismus — hie Sozialismus! Die beiden großen Parteien dieses Hauses haben vielmehr seit 1945 gemeinsam eine wirtschaftliche und soziale Ordnung aufgebaut, deren Erhaltung und Ausbau unser gemeinsames Anliegen sein sollte. Ich schließe selbstverständlich die andere Oppositionspartei nicht aus. (*Abg. Dr. Pittermann: Obwohl der Gredler nicht Außenminister wurde?*) Es hat in Österreich nach unserer Freiheitsauffassung jeder das Recht, auch nein zu sagen, wenn er nicht will. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Ich stehe aber auch nicht an, zu dem, was ich gesagt habe, noch hinzuzufügen, daß die Regierung manche Dinge nicht nur mit den eigenen Augen, sondern auch mit den Augen der Opposition sehen soll, um ihre Hand am Puls des Volkes zu haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Da ist Klaus leider kurzsichtig!*)

Selbstverständlich weiß sich die Regierung auch noch allen jenen Aufgaben verpflichtet, für die noch keine Lösung gefunden werden konnte. Sie wird es weder in der Frage eines Sondervertrages Österreichs mit der EWG noch in der uns so nahegehenden Südtirolfrage an neuen Initiativen fehlen lassen, aber es sollte doch endlich anerkannt werden, daß die Regierung in diesen beiden Fragen auch von politischen Faktoren abhängig ist, die von ihr nicht oder nur außerordentlich schwer beeinflusst werden können.

Der Regierung zum Vorwurf zu machen, daß sie in diesen beiden Fragen bisher mit keinen endgültigen Lösungen aufzuwarten in der Lage war, ist daher angesichts dieser Faktoren so ungereimt, als hätte man seinerzeit die zehnjährige Verzögerung des österreichischen Staatsvertrages den damaligen Koalitionsregierungen in die Schuhe geschoben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Die haben ihn allerdings zustande gebracht!*) Die Legislaturperiode ist noch nicht aus! (*Abg. Dr. Pittermann: Er wird nichts zustande bringen! Je länger er bleibt, desto größer ist der Schaden!*)

Anders steht es mit der Neuregelung der Kompetenzen, für die uns von der Regierung ein Gesetzesvorschlag angekündigt wurde. Ich

bin der Meinung, daß diese Neuregelung ehebaldigst erfolgen sollte, damit die einzelnen Verantwortungsbereiche klar abgegrenzt werden können.

Das Regierungsteam, das alle diese Aufgaben in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode neuerlich in Angriff nehmen will, vereinigt erfahrene Politiker, geschulte Diplomaten und angesehene Wissenschaftler. Man könnte diese Regierung als eine Konzentrationsregierung auf monocolorer Grundlage bezeichnen, da sie alle Kräfte in sich schließt, die eine so große Partei wie die Österreichische Volkspartei aufzuweisen hat. (*Abg. Dr. van Tongel: Mit Ausnahme von Tirol!*)

In dieser Feststellung liegt auch schon die Antwort auf gewisse Unterstellungen, nach denen diese Regierung kein langes Leben haben werde. Im politischen Kleinkrieg gehören solche Prophezeiungen zu den vielfach praktizierten Methoden der Abwertung einer Regierung, mit der der Gegner eben deswegen keine Freude hat, weil sie ihm in die Quere zu kommen verspricht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Österreichische Volkspartei hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie die sich nach dem 6. März 1966 gestellte Aufgabe erst nach dem Auslaufen der gegenwärtigen Legislaturperiode erfüllt sieht. (*Abg. Pay: Nach dem Ende dieser Regierung!*) Wenn es zur jetzigen Regierungsumbildung gekommen ist — ich muß Ihnen das sagen, mein Herr steirischer Kollege —, dann sind dafür allein die von mir früher angeführten Gründe entscheidend gewesen.

Etwas anderes sollte man in Ansehung der politischen Realität in die jetzige Regierungsumbildung nicht hineingeheimnissen. Eine Regierung, welcher neben dem Bundesparteiobmann auch der Generalsekretär der Partei angehört, kann sich nur eine Aufgabe stellen: die restlose Erfüllung des Auftrages, den ihr die Wähler am 6. März 1966 erteilt haben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Pay: Das war die letzte Auftragserteilung durch das Volk!*) Herr Abgeordneter Pay! Sie haben viel Sinn für Humor. Sie werden es mir daher nicht versagen, wenn ich Ihnen rate, das russische Sprichwort zu beherzigen, daß Gott der Herr dem Menschen zwei Ohren, aber nur eine Zunge verliehen hat. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Gerade dieser Regierung kommt daher ein hohes Maß an geballter Kraft zu, mit der sich erst recht die Hoffnung auf die Erfüllung des vorgenannten Auftrages verbindet. Im übrigen sollte aber auch der politische Gegner so viel Fairneß aufbringen, einer umgebildeten Regierung, bevor sie verdammt wird, eine angemessene Bewährungsfrist einzuräumen. Der

Dr. Gorbach

Abgeordnete Pittermann ist aber nicht einmal für eine Henkersmahlzeit. *(Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Klaus ist ja nicht umgebracht worden!)*

Es obliegt mir aber nun noch eine Aufgabe: den scheidenden ... *(Abg. Probst: Klaus hat den ausgeschiedenen Ministern nicht ein Wort des Dankes hier ausgesprochen!)* Moment, ich bin ja nicht fertig! *(Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: Das überläßt er Ihnen! — Abg. Dr. Pittermann: Si tacuisses, philosophus mansisses!)*

Es obliegt mir nun noch, den scheidenden Regierungsmitgliedern den Dank der Österreichischen Volkspartei auszusprechen. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: Ein paar Tage zu spät!)* Wenn ich in Verbindung damit den früheren Vizkanzler, Handelsminister Dr. Bock namentlich erwähne, dann deswegen *(Abg. Dr. Pittermann: Weil es der Klaus versäumt hat!)*, weil er das am längsten dienende Regierungsmitglied war. Dr. Bock hat einer ganzen Reihe von Regierungen der Zweiten Republik angehört und sich um den Wiederaufbau Österreichs besondere Verdienste erworben. Als langjähriger Handelsminister hat er einen wesentlichen Anteil daran, daß Österreich in den letzten Jahren in vielfältige wirtschaftliche Verbindungen mit dem Ausland eingetreten ist.

Wenn die Herren Kollegen von ganz hinten einen Zwischenruf gemacht haben — ich habe ihn nicht verstanden —, so paßt vielleicht jetzt meine grundsätzliche Feststellung darauf: Jeder Politiker hat, insbesondere dann, wenn er auch ein Regierungsamt bekleidet hat, ein Anrecht darauf, daß seine gesamte politische Tätigkeit und nicht nur einzelne ihrer Phasen zur Grundlage der Urteilsbildung gemacht wird. *(Erneuter Beifall bei der ÖVP.)*

Nunmehr bin ich zu Ihrer Erleichterung zu der Feststellung verhalten, daß ich in absehbarer Zeit schließe. Aber ehe ich das tue, möchte ich noch die Worte eines Mannes zitieren, der zu den Großen der sozialistischen Publizistik gehört. Ich meine den verstorbenen Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Dr. Oskar Pollak, der in einer anderen sozialistischen Zeitschrift, der „Zukunft“, einmal folgende Meinung zum Ausdruck gebracht hat. Er schrieb dort: „Blicken wir von der Vergangenheit weg in die Zukunft. Natürlich wird einmal, eines schönen demokratischen Tages, das Zweiparteiensystem auch in Österreich seine klassische Form annehmen: die stärkere Partei regiert, die nur wenig schwächere bildet die Opposition — und beide vertrauen einander so weit, daß keine von den beiden die Stellung, die ihr die Demokratie einräumt, mißbrauchen wird.“

An dieses Wort eines Mannes, dem es um das Ansehen der Demokratie ernst gewesen ist, möchte ich am Schlusse erinnern, weil meiner Meinung nach alles darauf ankommt, ob wir seiner hohen Auffassung über das Vertrauen, das auch politische Gegner miteinander verbinden sollte, in den kommenden zwei Jahren gerecht werden.

Die erste monocolor Regierung der Zweiten Republik hat das Wohl des gesamten österreichischen Volkes zum Leitstern ihres Handelns gemacht. Diesem Ziel will sie — wie sie es hier durch ihren Repräsentanten erklärt hat — auch weiter dienen. Mögen die Wege, die zu diesem Ziel führen, verschieden angelegt sein — denn darin unterscheiden sich politische Parteien nun einmal —, so sollte es auf der Basis des aufrichtigen Willens dieser Regierung, allen Schichten der Bevölkerung gerecht zu werden, in den kommenden zwei Jahren auch eine Verständigung mit ihren politischen Gegnern darüber geben können, daß Österreich aus dem Wellental der Konjunktur so rasch wie möglich herausgeführt werden soll.

Und wenn alles gut werden soll, dann soll die Toleranz zum Gesetz unserer politischen Begegnung erhoben werden. Nur Toleranz scheint uns der Würde des Menschen gerecht zu werden. Politik schlechthin ist nur insofern moralisch zu rechtfertigen, als es sich um Bemühungen um den Menschen handelt und als sie aus der Bereitschaft besteht, Idee und Würde des Menschen zum Maßstab des politischen Anliegens und der Verwirklichung zu machen.

Die Konfrontation an Stelle der Koalition kann eine gute Sache sein, aber nur so lange — das gestatten Sie mir zu sagen —, als traghafte Brücken in genügender Zahl die Ufer unseres politischen Lebens verbinden, solange also das Bewußtsein, daß es für alle Österreicher mehr Verbindendes als Trennendes gibt, vorhanden ist. Ich möchte es — ich sage das als einer der Ältesten in diesem Hause, mein Freund Prinke, glaube ich, kann mich noch abordnen, um ihm einen Schnupftabak zu holen *(Heiterkeit)* — nicht wahrhaben, daß da und dort Sprengkommandos unterwegs sind, die alle Brücken bis auf den letzten schmalen Steg abbrechen wollen. All dem heißt es widerstehen, soll nicht eines Tages wieder Feuer auf dem Dache sein, auf dem Dache der Republik, deren fünfzigjährigen Bestand wir in diesem Jahre gemeinsam feiern. *(Langanhaltender starker Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Peter (FPÖ)**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als einer der jüngeren Abgeordneten dieses Hohen Hauses begrüße ich es außerordentlich, daß die Österreichische Volkspartei Altbundeskanzler Dr. Gorbach zu ihrem heutigen Sprecher erkoren hat. Versetzt uns das doch in die Lage, am Wesen und Verhalten von zwei Kanzlern dieser Republik Vergleiche zu ein und demselben Gegenstand anzustellen.

Daß sich die Kampfmannschaft des ÖVP-Reformers Dr. Klaus in einer schlechten Verfassung befindet, geht daraus hervor, daß die Österreichische Volkspartei heute den Landsturm in der Person des Antireformers Dr. Gorbach aufbieten mußte, um das Kabinett Klaus III aus dem Engpaß, in dem es sich befindet, herauszuboxen.

Herr Altbundeskanzler! Sie warfen den Oppositionsfractionen vor, sie hätten sich vorgestern würdelos benommen, als der Kanzler seine Erklärung abgegeben hat. Sie sind damit einverstanden, meine Damen und Herren der Mehrheitspartei, daß wir uns sachlich und nicht polemisch mit diesem Vorwurf auseinanderzusetzen.

Sie, Herr Altbundeskanzler, haben heute etwas getan, was nach meiner Überzeugung eigentlich Aufgabe des Kanzlers Dr. Klaus gewesen wäre: den Dank an die scheidenden Regierungsmitglieder abzustatten. Kein Wort davon war in der Rede des Bundeskanzlers Dr. Klaus enthalten!

Sie haben ein zweites getan, Herr Altbundeskanzler, wofür ich Ihnen sehr verbunden bin. Sie haben heute die erste Erklärung und Begründung für die Notwendigkeit der Regierungsumbildung abgegeben. Herr Bundeskanzler Dr. Klaus hat es vorgestern nicht der Mühe wert gefunden, dem Nationalrat mit einem einzigen Satz zu erklären, warum er sich zur Umbildung seines Kabinetts entschlossen hat. (*Lebhafte Zustimmung bei der FPÖ.*)

Wenn Herr Bundeskanzler Dr. Klaus der Meinung ist, es genüge, außerhalb des Parlaments diese Argumente zu setzen, so ist das seine Sache. Wir Freiheitlichen sind aber der Meinung — und da müssen wir Ihnen, Herr Altbundeskanzler Dr. Gorbach, widersprechen —, daß es zur Pflicht eines Bundeskanzlers gehört, die Abgeordneten des Nationalrates und damit auch die der Oppositionsparteien nicht schlechter zu behandeln als die Presse und andere Institutionen des Staates. Darf ich Sie bitten, die „Erklärung des Bundeskanzlers“ — eine Regierungserklärung war es ja nicht — dahin gehend zu prüfen, inwieweit sie sich mit der Umbildung beschäftigt und darüber ausläßt, dann stellen

Sie fest, daß der Kanzler bei einer 13 Seiten umfassenden Rede mit sechs dürren Zeilen auf die Regierungsumbildung eingegangen ist. Nach dem diesbezüglichen ersten Absatz kommt dann die Feststellung von der „Halbzeit“ dieser Legislaturperiode. Anschließend geht der Kanzler bis zum Ende dem Hauptgegenstand unserer heutigen Diskussion aus dem Weg.

Wenn der Herr Vizekanzler Dr. Withalm laut „Salzburger Nachrichten“ erklärt hat, daß das Verhalten der Oppositionsfraction vorgestern skandalös gewesen sei, dann wollen Sie mir, bitte, nicht verübeln, wenn ich die Art und Weise, wie der Herr Bundeskanzler vorgestern vorgegangen ist, vom Standpunkt der freiheitlichen Fraktion aus als skandalös bezeichne. (*Zustimmung bei der FPÖ.*) Hier, Herr Altbundeskanzler, steht nun einmal Ansicht gegen Ansicht.

Nachdem Sie, meine Damen und Herren der Regierungspartei, den Terminus der „Hofübergabe“ in die Diskussion geworfen haben, gestatten Sie mir mit Hilfe dieses Begriffes einen anderen Vergleich: Der Auszugbauer Dr. Gorbach mußte heute aufgeboten werden, um dem materiell und ideell verschuldeten Jungbauern Dr. Klaus aus der Klemme zu helfen. Damit es der ÖVP in Zukunft besser geht als bisher, hat der verschuldete Jungbauer Dr. Klaus zugleich einen Vormund in der Person des Generalsekretärs und Vizekanzlers Dr. Withalm bekommen. (*Beifall bei der FPÖ. — Zwischenrufe.*) Den Vergleich mit der „Hofübergabe“, meine Damen und Herren, haben Sie von der Österreichischen Volkspartei angestellt.

Nun möchte ich aber noch einmal zum Thema des „Landsturms“ und zum Aufbieten des Herrn Altbundeskanzlers Dr. Gorbach zurückkommen. Ich räume ein, daß sich der „Landsturm“ der Österreichischen Volkspartei in einer ausgezeichneten Kampfverfassung befindet. Zum Unterschied von dieser Kampfverfassung des ÖVP-Landsturmes betrachte ich das Kabinett Klaus III als eine Mischung von eiserner Reserve, die in der Person Dr. Withalms zu früh eingesetzt wurde, des Volkssturms am Ende des zweiten Weltkrieges (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber*), repräsentiert durch den Bundeskanzler, und durch das letzte Aufgebot, das hier draußen am linken Flügel der Regierungsbank in der Person Karl Pisas sitzt.

Meine Damen und Herren! Wir haben zwar vorgestern eine Erklärung des Herrn Bundeskanzlers gehört, aber den eigentlichen Grund für diese Regierungsumbildung hat uns dankenswerterweise der „Kurier“ an Hand einer Feststellung mitgeteilt, die der Vizekanzler

Peter

Dr. Withalm getroffen hat. Er sagte unter anderem: „Für uns“ — die ÖVP — „war entscheidend, was der Partei nützt, einzig und allein davon haben wir uns“ — bei der Regierungsumbildung — „bestimmen lassen.“ (*Vizekanzler Dr. Withalm: Ein verstümmeltes Zitat!*) Ein unvollständiges Zitat, sagt der Herr Vizekanzler Dr. Withalm. Ich zitiere weiter. (*Vizekanzler Dr. Withalm: Vorher!*) Herr Withalm sagte: „Es geht ja um die Partei ... Wir müssen schauen, daß alle Kräfte konzentriert werden auf die Erreichung des letzten Wahlziels, das ist die absolute Mehrheit 1970.“

Wir Freiheitlichen nehmen zur Kenntnis, daß das der entscheidende Grund für die Regierungsumbildung gewesen ist. Sie, Herr Altbundeskanzler, bezeichneten diesen Akt der Umbildung nicht als ein Zeichen des Versagens, sondern als einen solchen der Bewährung. Darüber kann man geteilter Meinung sein. Ich gehe nicht so weit wie der Abgeordnete Dr. Pittermann und möchte über dieses Kabinett Klaus III heute nicht verfrüht urteilen, sondern namens meiner Fraktion zum Ausdruck bringen, daß die Vorgänge um diese Regierungsumbildung äußerst unerfreulich sind. (*Abg. Dr. Pittermann: Also die Tür offenlassen!*) Natürlich. Ich habe von Ihnen, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann, als dem älteren und damit auch reiferen Parlamentarier öfter gehört, daß eine demokratische Politik die Türen immer offenlassen muß. Es darf in der Demokratie nie ein Niemals geben. Das könnte unter Umständen den Staat und die Republik in eine äußerst unerfreuliche Situation bringen. (*Abg. Dr. Gorbach: Numquam!*)

Des weiteren hat uns der Herr Altbundeskanzler Dr. Gorbach erklärt, es handle sich um eine Konzentrationsregierung auf monocolorer Grundlage. Nun, was da noch an Konzentration vorhanden ist, werden wir im Laufe der nächsten Wochen und Monate vor Augen geführt bekommen.

Jedenfalls sind wir Freiheitlichen dem Vizekanzler Dr. Withalm verbunden, daß er klar und prägnant von seiner Sicht aus den Beweggrund für die Regierungsumbildung dargelegt hat. In diesem Punkt unterscheidet sich der Herr Vizekanzler Dr. Withalm vom Bundeskanzler Dr. Klaus: Beim brutalen Charme des Dr. Withalm weiß man jederzeit, wie man dran ist! Das ist eine schätzenswerte Eigenschaft in der Politik. Allerdings darf ich Dr. Withalm an ein Wort erinnern, das einstmals ein demokratischer Politiker prägte: Wenn auch nur wenige Menschen Cäsaren sind, so steht doch jeder einmal vor seinem Rubikon. — Ich will nicht behaupten, daß Dr. Withalm ein Cäsar

ist, bin aber der Meinung, daß er jetzt an seinem Rubikon steht und es nicht zuletzt von ihm abhängen wird, wie sich die Politik im Staate weiterentwickeln wird. Damit meine ich, daß nicht zuletzt von jener Beziehung, die diese Bundesregierung nunmehr zum Nationalrat aufbaut oder nicht, und davon, wie die Bundesregierung Klaus III das Gespräch mit dem Nationalrat führt, unendlich viel für die weitere Entwicklung der Republik Österreich abhängen wird.

Die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers war in erster Linie eine Markierung der Halbzeit der Legislaturperiode, und in der weiteren Folge ein Aufzählen der ungelösten Probleme, ohne auf die Lösung derselben einzugehen. Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß sich eine Bundesregierung bei einer Umbildung der Mühe unterziehen müßte, dem Nationalrat zu sagen, wie sie bis zum Ende der Legislaturperiode weiterarbeiten will.

Herr Bundeskanzler! Es ist kein Vorwurf, sondern nur eine Feststellung, daß man den Inhalt Ihrer Regierungserklärung längst den Zeitungen entnehmen konnte. Sie, Herr Bundeskanzler, waren es, der den Stil dieser Erklärung festgelegt hat. Diese Erklärung ist auf der Grundlage des Monologs und nicht des Dialogs errichtet. Und Sie, Herr Bundeskanzler, haben vorgestern jenen unerfreulichen Ton angegeben, der nun einmal den Unmut der Oppositionsfractionen hervorrufen mußte.

Es ist nicht unsere Schuld, daß Pisas Opus Nr. 1 eine Fehlkomposition war. (*Zwischenrufe.*) Es ist nicht unsere Schuld, Herr Bundeskanzler, daß Ihr Stoß in Pisas Horn schlecht und blechern geklungen hat. Ihre Erklärung von vorgestern, Herr Bundeskanzler, werten wir Freiheitlichen als einen neuen Beweis dafür, daß es Ihnen nicht ernst ist, eine echte Beziehung, eine echte Wechselwirkung zum Nationalrat zu schaffen. Die Mißtöne von vorgestern, Herr Bundeskanzler, sind vor allem deswegen entstanden, weil das Instrument des Regierungschefs falsch gestimmt war. Die falschen Töne des Bundeskanzlers sind den Zwischenrufen der Oppositionsfractionen vorausgegangen. (*Abg. Mayr: Verdrehen kann man alles! — Abg. Dr. Gruber: Eine lendenlahme Erklärung!*) Das ist keine lendenlahme Erklärung, sondern eine Feststellung der Tatsachen.

Herr Abgeordneter Gruber, ich wage die Behauptung, daß der bisher von der Bundesregierung praktizierte ... (*Abg. Dr. Gruber: Geben Sie zu, die Reaktion war schlecht auf Ihr Verhalten, und jetzt wollen Sie sich entschuldigen! — Zwischenruf des Abg. Dr. van Tongel. — Abg. Dr. Pittermann: Etwas hirnlahm! — Weitere Zwischenrufe. — Der*

Peter

Präsident gibt das Glockenzeichen.) Die Reaktion der Bevölkerung auf das Verhalten der Oppositionsfractionen und des Bundeskanzlers können weder Sie noch wir beweisen. Das ist eine Hypothese von Ihnen, Herr Gruber, die Sie unter keinen Umständen beweisen können, genausowenig wie ich in der Lage bin, meine Meinung unter Beweis zu stellen. *(Ruf bei der SPÖ: Sonst würden sie heute nicht so reden! — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber. — Ruf bei der SPÖ: Schwach ist der Gruber!)* Herr Gruber, ich wage trotzdem, trotz ihrer Einschränkung, die Feststellung, daß die „Kabinetts-Beigabe“ Dr. Withalm als Vizekanzler die Beendigung des „Josephinischen Verkündigungs-stiles“ in der Bundesregierung darstellt. Diese Art des Bundeskanzlers hat Schiffbruch erlitten.

Zum Unterschied von der sozialistischen Fraktion wollen wir Freiheitlichen trotz unserer Kritik an der Regierung das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. *(Abg. Lanc: Ich habe geglaubt, mit dem Gredler!)* Wir räumen dieser Bundesregierung ein, daß sie ... *(Abg. Dr. Gruber: Lanc, das haben deine Leute nicht verstanden, denn sonst hätten sie gelacht!)* Herr Lanc! In der Causa Gredler müssen Sie sich an den Herrn Bundeskanzler wenden. Mit uns Freiheitlichen hat er darüber nicht gesprochen. *(Abg. Lanc: Salzburg und Tirol liegen nahe beieinander, das kommt nicht bis Linz! — Heiterkeit.)* Schmerzt Sie das, wenn Begegnungen in Tirol stattfinden? Uns nicht, Herr Lanc!

Wir Freiheitlichen räumen dem Kabinett Klaus II ein, daß es eine Reihe von Problemen anzupacken versuchte. Es würde nicht den Tatsachen entsprechen, wollte man feststellen, daß das Kabinett Klaus II nichts getan hätte. Wir Freiheitlichen sind aber der Meinung, daß es sich zuviel zugemutet hat, daß es einer Reihe von Fehleinschätzungen unterlegen ist und daß sich das Kabinett Klaus II als äußerst kontaktarm erwiesen hat.

Darüber hinaus sind wir Freiheitlichen der Meinung, daß das Kabinett Klaus II seine Kraftreserven falsch eingeschätzt hat, was letzten Endes zu einem Erschöpfungszustand geführt hat, in dem sich sowohl die ÖVP als auch der Kanzler derzeit befinden. *(Abg. Dr. van Tongel: Den Gruber hätten wir noch gebraucht!)* Ich bin persönlich der Meinung, daß der Kanzler an diesem Erschöpfungszustand selbst schuld ist, weil er das Arbeitstempo seit dem 6. März 1966 derart forciert hat, daß er alles auf einmal machen wollte. Dadurch wurde der Motor überdreht, sowohl der der Verwaltung als auch der der Gesetzgebung. So kam es nun zu jenen Überlegungen in

der ÖVP, die in dem Ausdruck der „Hofübergabe“ gipfeln. Seinerzeit ist der Hof durch den Auszugbauern Dr. Gorbach ehrenvoll, allerdings auch mit Hypotheken belastet, übergeben worden. Bundeskanzler Klaus war es nicht möglich, die Verschuldung des Hofes abzubauen, was eben zur derzeitigen Verschuldung geführt hat. Daß auf diesem Hof komplizierte Familienverhältnisse vorherrschen, ist ebenso eine Tatsache, an der man nicht vorübergehen kann.

Dr. Schulmeister prägte jüngst im Fernsehen den Ausdruck ... *(Abg. Dr. Gruber: „Schulmeister“ Peter!)* Ich meine den Schulmeister von der „Presse“, Ihnen, der ÖVP, nahestehend! *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.)* Einen ärgeren Schulmeister als Sie, Herr Gruber, gibt es in dem Hause nicht, nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Auch keinen schlechteren!)*

Dr. Schulmeister von der „Presse“ prägte jüngst im Fernsehen den Ausdruck, daß Dr. Klaus jener Bundeskanzler wäre, der vor die größten Schwierigkeiten seit der Nachkriegszeit gestellt worden wäre. Wir wollen gar nicht verkennen, daß dieses Kabinett Klaus II die Hypotheken der Koalitionsregierungen mit übernehmen mußte. *(Abg. Dr. Pittermann: Da war er ja dabei!)* Trotzdem sind es Hypotheken, die die schwarz-rote Koalition der monocoloren Regierung der ÖVP überantwortet hat.

Wir dürfen aber auch nicht außer acht lassen, daß Dr. Klaus jener Kanzler der Zweiten Republik ist, der mit den größten Chancen ausgestattet auf Grund des Wahlergebnisses vom 6. März 1966 seine Arbeit aufnehmen konnte. Statt des Österreichkonzepts für das Jahr 2000 hat uns diese Regierung mit Hilfe der ÖVP-Mehrheitspartei eine parteiegoistische „Aktion 20“ beschert. Statt eines Programms für Österreicharbeit die Regierung mit Plakaten und Postwürfen auf Kosten des Steuerzahlers. Statt Einsparung und Verwaltungsreform hat dieses Kabinett Klaus II Parteipropagandisten für Minister mit Hilfe von Steuergeldern eingestellt. Und statt einer sachlichen und wirklich umfassenden Information der Öffentlichkeit beschreitet die Regierung den Weg der Parteitechnologie und der Propagandaökonomie mit Hilfe des Staatssekretärs Pisa.

Es ist heute eine politische Tatsache, daß das Kabinett Klaus II glücklos gewesen ist. Diese Glücklosigkeit der Regierung Klaus II ist nicht so sehr in den äußeren Umständen als vielmehr in der Struktur und in der Wesensart des Kanzlers selbst begründet: Wenig Bereitschaft, wenig Anteilnahme, wenig Auf-

Peter

merksamkeit und wenig Aufgeschlossenheit gegenüber dem Parlament kennzeichnen den Stil des Kabinetts Klaus II. Glücklos ist diese Regierung Klaus II auch deswegen geblieben, weil Wohlbehagen, Eitelkeit und Selbstherrlichkeit den Geist dieses Kabinetts ermatteten.

Der Sieger des 6. März 1966 ist mit einem so großen Übermut an seine schwierige Aufgabe herangegangen, daß er bereits darin den Keim für seinen Niedergang gelegt hat. Die Erklärung des Bundeskanzlers von vorgestern ist nichts anderes als ein vorzeitiger Nekrolog auf das Kabinett Klaus III. Der Herr Bundeskanzler hat den Ausdruck der „Halbzeit“ in die Diskussion geworfen. Beim Stand der Halbzeit dieser Legislaturperiode kann man bereits feststellen, daß Dr. Klaus das Spiel verloren hat.

Man darf dem Bundeskanzler einen Leitgedanken aus „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ für den weiteren Weg mitgeben, der zum Ausdruck bringt, daß sich mit den Jahren die Prüfungen steigern. Mit einem wird der Herr Bundeskanzler nicht das Auslangen finden, nämlich mit dem russischen Sprichwort: „Eingestanden ist schon halb gebessert.“

Folgendes war auch einer der Wesenszüge der vorgestrigen Erklärung des Regierungschefs: Aufzeigen unerfreulicher Tatbestände, ohne daraus die notwendigen Nutzenwendungen zu ziehen.

Dafür sind wir mit Pisaschen Wortspielen reichlich bedacht worden. Mit diesen Wortgebilden des Herrn Pisa wird sich mein Kollege Zeillinger noch eingehend auseinandersetzen. Aber Begriffe wie „Ungleichgewicht“, „Ursachenreihe“, „Ursachenkomplex“, „Faszinationszentrum“ sind keine Antwort auf die vielen ungelösten Probleme in unserem Staat. Das Pisasche Rezept der Kanzlererklärung bestand in erster Linie aus geschwollenen Phrasen und nicht im Aufzeigen zielführender Wege. *(Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.)*

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß die Regierungsumbildung zeitlich falsch vorgenommen wurde. Wenn man die Absicht hat umzubilden und diese Umbildung auch von der Absicht getragen ist, die Kompetenzen verschiedener Ministerien zu ändern, wäre es doch naheliegend gewesen, Regierungsumbildung und Kompetenzänderung Zug um Zug vorzunehmen. So geht nun der ausgezeichnete Fachmann Dr. Waldheim mit ungeheuren Hypotheken belastet an die Lösung seiner schwierigen Aufgaben heran.

Namens der freiheitlichen Fraktion erlaube ich mir, an den Herrn Außenminister eine Frage zur Klarstellung zu richten: Ist Herr

Botschafter Dr. Waldheim als überparteilicher technischer Fachminister in das Kabinett berufen worden, oder nimmt er in diesem Kabinett den Platz eines ÖVP-Ministers ein? Daß der neue Außenminister darauf antwortet, erachten wir Freiheitlichen als eine unerläßliche Notwendigkeit.

Wir sind auch der Meinung, daß es Botschafter Dr. Waldheim in seiner neuen Funktion außerordentlich schwer hat, und wünschen ihm, daß es ihm gelingen möge, die Außenpolitik nicht nur vor Dr. Klaus zu bewahren, sondern darüber hinaus den Kanzler von unbedachten Auslandsreisen abzuhalten. Hier erwächst der Außenpolitik und dem neuen Außenminister eine ungeheuer schwierige Aufgabe, von der wir wünschen, daß sie im Interesse Österreichs befriedigend gelöst werden möge.

Das Budget 1969 wird die Krisensituation des Kabinetts Klaus III mit aller Deutlichkeit veranschaulichen. Es wäre verfrüht, sich mit diesem äußerst schwierigen Problem schon heute auseinanderzusetzen. Nicht zuletzt geht es um die Frage: Wird es dem neuen Finanzminister gelingen, die Bevölkerung vor neuen, zusätzlichen Belastungen zu bewahren, oder wird eine der Notwendigkeiten des Finanzministers darin bestehen, Österreichs Bevölkerung und der Wirtschaft neue Lasten aufzuerlegen? Auch darauf vermag man heute keine allgemeingültige Antwort zu geben.

Wir wünschen aber, daß Finanzminister Dr. Koren von der Praxis seines Vorgängers in folgender Angelegenheit abrücken möge: Dr. Schmitz hat das Erstellen des Budgets in erster Linie in der Funktion und in der Kunst gesehen, Enttäuschungen auf alle Kreise der Bevölkerung möglichst breit zu verteilen. In dieser Beziehung gezielter, sparsamer vorzugehen, ist eine der Notwendigkeiten, die wir Freiheitlichen in den Mittelpunkt der Diskussion stellen wollen.

Die Budgetwahrheit ist etwas, womit es Finanzminister Dr. Schmitz nicht immer ernst genommen hat. Wir wissen, daß auf der einen Seite vom Staat eine große Sparsamkeit erwartet und andererseits an die Freigebigkeit der öffentlichen Hand appelliert wird. Wir Freiheitlichen sind uns klar darüber, daß wir uns nicht endlos in der Einbahnstraße der Ausgabenvergrößerung weiterbewegen können. Wir Freiheitlichen sind ebenso der Überzeugung, daß die jetzige Budgetmisere von der Einnahmenseite her nicht bewältigt werden kann und daß die Ansatzpunkte daher in erster Linie bei der Ausgabenseite gefunden werden müssen.

Wir räumen dem Herrn Bundeskanzler ein, daß er in verschiedenen Teilen seiner

Peter

vorgestrigen Erklärung den Mut zur Wahrheit zum Ausdruck brachte, aber wir bedauern außerordentlich, daß er sich nicht der Mühe unterzogen hat, die Wege aufzuzeigen, auf denen er zum Ziel zu kommen glaubt. Wir bedauern es ebenso, daß das Kabinett Klaus III nach seiner Antrittserklärung mit den notwendigen Konzepten gegenüber dem Nationalrat weiterhin in Verzug ist.

Wir Freiheitlichen müssen in einem Punkt die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers zurückweisen, nämlich daß seine Einladung vom 20. April 1966 an die Oppositionsfraktionen nach wie vor aufrecht ist. Herr Bundeskanzler! Diese Einladung ist in ihrem Grundgehalt nach wie vor dürftig. Dieser Einladung vom 20. April 1966 haben Sie bis zum heutigen Tag keine Taten folgen lassen. Solange nicht von der Regierungsbank her die Bereitschaft bekundet wird, den Gesinnungswandel gegenüber dem Nationalrat zu vollziehen, solange sind wir Freiheitlichen nicht in der Lage, dem Kabinett Klaus III Glauben zu schenken. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky das Wort.

Abgeordneter Dr. Kreisky (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Vor allem möchte ich dem sehr verehrten Herrn Altbundeskanzler aufs neue auch von dieser Stelle aus — dazu hatte ich ja früher nie Gelegenheit — meine Bewunderung dafür ausdrücken, daß er sich auch diesmal sozusagen selber zu überwinden verstanden hat, um seine nun lang geschonte Eloquenz aus Gründen, die ich nicht allzu gründlich untersuchen möchte, sowie seinen in jahrelanger Emsigkeit gesammelten Witz in den Dienst der Regierung Klaus zu stellen. *(Heiterkeit.)* Ich glaube, daß sich dieses Phänomen ... *(Abg. Dr. Gruber: Sie müssen sich zusammennnehmen, daß Sie soviel Witz aufbringen! — Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Libal: Du hast schon gestern mit deinen Zwischenrufen brilliert!)* Herr Dr. Gruber! Ich gebe zu, daß ich nicht über die gleiche Akkumulation von Witz verfüge wie andere auf Ihrer Seite. *(Abg. Dr. Gruber: Aber Witz im klassischen Sinn!)*

Er hat sich in den Dienst der Regierung Dr. Klaus gestellt, und ich kann mir, Herr Altbundeskanzler, dieses Phänomen nur so erklären, daß Ihnen dieses Opfer deshalb nicht allzu schwer zu sein schien, weil es durch die Genugtuung, die Sie in diesem Augenblick erfüllen muß, einigermaßen kompensiert wurde. Ich habe nämlich das Gefühl — ich wiederhole das, was ich Ihnen in einem Zwischenruf gesagt habe —, daß einige der politischen Lehren, die an sich durchaus

Gültigkeit haben, in einer anderen Richtung gemeint waren als in der, in der sie gesprochen wurden. Wenn die jüngste politische Geschichte unserer Republik geschrieben werden wird, wird das deutlicher werden: Sie könnten das alles an Ihrem eigenen Schicksal illustrieren. — Dabei möchte ich es bewenden lassen.

Der Herr Bundeskanzler hat das sportliche Bild der „Halbzeit“ verwendet. Wenn ich auch verstehe, daß ihm seine Public-relation-Manager raten, sich bei jeder Gelegenheit um eine Mischung von Politik und Sport zu bemühen und sich auch selbst das Image eines sportlichen Politikers zu geben, so kann ich mich noch an die Zeit erinnern, in der ich auf Fußballplätze gegangen bin, und da war das ... *(Abg. Dr. Gorbach: Linker Flügel!)* Nein, ich war Linksverbinder, das war schon damals mein Schicksal. *(Heiterkeit. — Abg. Dr. Gorbach: Das war ich in der Koalition auch: Linksverbinder!)* Ich kann mich noch erinnern — ich hoffe, es ist heute nicht anders —, daß man nach der ersten Halbzeit ungefähr weiß, was in der Mannschaft drin ist, und ungefähr abschätzen kann, wozu sie in der zweiten Halbzeit fähig ist; denn auch auf dem Fußballplatz gibt es keine Wunder *(Ruf bei der ÖVP: Aber Wunderteam!)*, Herr Bundeskanzler, dort spielen elf Leute, sie tun — das nehme ich immer an — ihr Bestes für ihre Mannschaft und für ihren Verein. Ein solches Maß an Auswechslung war seinerzeit allerdings nicht möglich; nur beim Eishockey kann man so viele Spieler austauschen, beim Fußball nicht. *(Abg. Libal: Jetzt spielt der Trainer auch mit, er ist in die Mannschaft gegangen!)*

Aber ich will jetzt nicht mit Ihnen konkurrieren und mir ein sportliches Image verschaffen, denn ich betreibe Sport zu meinem eigenen Vergnügen und möchte dabei am liebsten in Ruhe gelassen werden. Außerdem betätige ich mich nicht so erfolgreich, daß ich mich unbedingt damit in der Öffentlichkeit produzieren möchte.

Aber nun gehe ich über zu den Fragen, die uns hier zu beschäftigen haben, nämlich zu der Erklärung — eine Regierungserklärung ist es ja nicht —, die der Herr Bundeskanzler vorgestern hier verlesen hat.

Das war zum Teil die Wiederholung von Versprechen, die er gemacht hat, aber zum allergrößten Teil war es eine Sammlung der berühmten eingefrorenen Posthorntöne des Freiherrn von Münchhausen. Das haben wir immer wieder gehört, das ist von Zeit zu Zeit in der eisigen Kälte des politischen Klimas in Österreich eingefroren, und wenn es

Dr. Kreisky

wieder heißer wird, dann tauen diese Töne auf. Aber wir alle merken, daß sie eben nicht mehr echt sind.

Sie kommen und sagen, es müsse doch das gute Recht eines Bundeskanzlers sein, seine Regierung zu verändern. — Natürlich, das ist das gute Recht, wir sind ganz Ihrer Meinung, nämlich der Meinung, die Sie formell nicht zum Ausdruck gebracht haben: daß die Minister, die Sie austauschten, zum Großteil dieses Schicksal verdient haben.

Wenn Sie den Außenminister ausgetauscht haben, so finde ich das allerdings am wenigsten begründet, denn ich habe von diesem Platz aus sehr oft gefragt: Was bleibt denn für diesen armen Minister zu tun übrig, wenn Sie sich alle, meine Herren, in die Außenpolitik einmischen? Hier hat also einer der Mohren seine Schuldigkeit getan und hat zu gehen.

Was den Innenminister betrifft, so weiß die österreichische Öffentlichkeit eigentlich darüber nicht mehr, als daß die Tiroler sehr zornig sind. Was er angestellt hat, das haben Sie dem Haus nicht gesagt, obwohl die Minister eigentlich diesem Haus verantwortlich sein sollten, wie sie es auch der Verfassung nach sind. Vielleicht ist er zuwenig durchschlagskräftig, vielleicht hat er auch zu gute Manieren gehabt. Wir haben uns ja überzeugt: der nächste schaut da in das Blatt des anderen, das gehört sich, habe ich schon einmal gesagt, nicht für einen Minister, auch für andere nicht.

Vielleicht ist er im Umplacieren von politisch Mißliebigen nicht genügend durchschlagskräftig gewesen. Probiert hat er es schon. Und wenn Sie mich provozieren, werde ich Ihnen bei der allernächsten Gelegenheit einige Beispiele bringen. (*Abg. Kulhanek: Ist das eine Verteidigungsrede für einen abgetretenen Minister?*) Die Zuckerbäcker verkehren mit mir über ihre Zeitung so ausgiebig, daß ich jederzeit bereit bin, schriftlich darauf einzugehen. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*)

Den Herrn Handelsminister haben Sie fallengelassen. Herr Bundeskanzler! Wir nehmen das zur Kenntnis, weil wir ja gegen den Herrn Handelsminister einen Mißtrauensantrag gestellt haben. Wenn Sie nun meinten, daß dieser Mann nicht länger zu halten ist, so nehmen auch wir das zur Kenntnis.

Besonders auffallend ist aber — das ist, wie ich glaube, wirklich etwas ganz Außergewöhnliches —: Diese Budgetdebatte ist eigentlich noch gar nicht zu Ende, denn morgen müssen wir alle diese Gesetze nochmals diskutieren, die diesem Budget überhaupt erst einen Sinn geben; es geht um die Ein-

nahmen, die Sie haben wollen. Mitten in einer noch nicht abgeschlossenen Budgetdebatte, vor allem was die Einnahmenseite betrifft, die wir heftig bekämpfen, wie Sie wissen, schicken Sie den Finanzminister zwar nicht in die Wüste, aber in die Nationalbank.

Da stellt sich doch für uns die unentrinnbare Alternative (*Abg. Ofenböck: Sie hätten vorher sagen sollen, daß er bleiben soll!*), sie muß sich ja stellen: Entweder war das der beste Finanzminister der Volkspartei, dann würden Sie ihn jetzt dringend brauchen, Herr Bundeskanzler, oder er war das Gegenteil — das haben nämlich wir immer behauptet —, und damit geben Sie uns recht.

Ich will mich nicht sehr lange mit der Frage befassen, wie wandelbar alles in der Politik und insbesondere innerhalb der Fraktion der Volkspartei ist.

Da ich immer wieder die Reden nachlese, die gehalten wurden, weil die Politik auch der retrospektiven Konfrontation bedarf, habe ich den Satz gefunden, der vom Abgeordneten Harwalik direkt an mich gerichtet war — es ist noch gar nicht lange, noch keine zwei Jahre her — und der folgendermaßen lautet: Meine Damen und Herren von der SPÖ! Unser Bundeskanzler und unsere Minister sind die fachlich und menschlich beste Auslese dieser unserer Partei! — Dann haben wir jetzt wahrscheinlich die zweitbeste, oder es hat damals nicht gestimmt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Herr Bundeskanzler insistiert nun schon geraume Zeit — der verfllossene Finanzminister hat es auch getan —, daß er uns mitteilt, die wirtschaftliche Gesamtsituation habe sich verändert und sei heute eine andere als vor zwei Jahren.

Ich glaube, es sollte aufmerksamen Zeitungslesern doch nicht entgangen sein, daß das so ist. Die Frage ist lediglich, ob man von einer Regierung nicht ein höheres Maß an Voraussicht und Programmierung verlangen und erwarten muß. Wir haben es Ihnen ja vor zwei Jahren von dieser Stelle aus gesagt. Ich muß mich hier selber zitieren, denn ich bin ja dieser ständigen Äußerungen wegen immer angegriffen worden, sogar vom Herrn Bundeskanzler persönlich, meistens dort, wo ich mich nicht unmittelbar zur Wehr setzen konnte. Ich habe in der ersten Oppositionsrede, die ich als Redner unserer Partei gehalten habe, gesagt: „Denken Sie doch an die schwierigen innerösterreichischen Probleme, die kommen werden. Wir werden alles tun müssen, um eine wirtschaftliche Zweiteilung Österreichs zu verhindern. Denken Sie an die schwierigen wirtschaftlichen Ver-

Dr. Kreisky

hältnisse und an den ständigen Inflationsdruck, dem wir in den nächsten Monaten und vielleicht Jahren ausgesetzt sein werden.“

Wir haben Sie gewarnt, nicht nur ich, sondern auch alle anderen, die zu diesen Fragen von seiten der Sozialistischen Partei gesprochen haben, haben Sie in guter Zeit gewarnt.

Wir haben Ihnen dann weiter gesagt: Unterschätzen Sie doch nicht die Aufgaben der Reorganisation der verstaatlichten Industrie und der Bundesbahnen, und geben Sie sich doch in der Außenpolitik nicht der Euphorie hin, daß man glaubt, alles ignorieren zu können. — Das festzustellen habe ich mir erlaubt.

Wenn sich Ihre Mitarbeiter, Herr Bundeskanzler, nämlich Ihre beamteten Mitarbeiter, ein bißchen weniger mit Propagandaaufgaben beschäftigen würden, aber ein bißchen mehr in den Zeitungen und Zeitschriften lesen würden, die für sie nützlich wären, dann hätten sie auch schon vor zwei Jahren gewußt, daß sich in der Weltwirtschaft etwas tut. (*Abg. Doktor Gruber: Wir haben den Klenner-Artikel gelesen!*) Wenn Sie wollen, rede ich auch darüber, Herr Gruber. Wir weichen nicht aus. Wir haben ihn ja gedruckt, Sie haben ihn nicht gedruckt!

Ich darf Ihnen, weil Sie ja uns nicht glauben, wie sich gezeigt hat — das ist Ihr gutes Recht —, sagen: In den „Finanznachrichten“, die man eigentlich lesen sollte, auch wenn man mit vielem, was drinsteht, nicht einverstanden ist, hieß es am 4. März 1966 — da haben Sie Ihre Regierungserklärung noch gar nicht formuliert gehabt — an einer Stelle:

„Es verdichtet sich — keineswegs nur unter den Anhängern der Planifikation“ — das sind nämlich wir — „die Vermutung, daß diese Wachstumsverlangsamung“ — die es also schon gegeben hat, Herr Bundeskanzler — „Ausdruck einer Strukturschwäche der österreichischen Volkswirtschaft ist: Typische Wachstumsindustrien sind in Österreich unterdurchschnittlich schwach, tendenziell stagnierende Zweige übermäßig stark vertreten.“

Das war am 4. März 1966. Sie hatten also noch genügend Zeit, sich da informieren zu lassen.

Am 10. September 1966, immerhin auch noch in einem Zeitpunkt, der einigermaßen zurückliegt, steht etwas unter dem Titel: „Konjunkturwende oder Zweckpessimismus?“ Wenn man nur die Überschriften liest, hätte man schon einiges herausbekommen können. Es ist dort von einem spürbaren Wandel in der Tendenz der Konjunkturdiagnose die Rede, und

es heißt, daß an die Stelle der Zuversicht die Skepsis getreten ist. — Bei Ihnen und Ihren Herren in der Regierung damals noch nicht.

Weiters wird darauf hingewiesen, daß in einer Investitionspause die Steuerlast für die Wirtschaft anschwillt und daß die unterlassenen Investitionen des einen die Gewinnschmälerung des anderen sind. Dann heißt es, daß wir diesen Teufelskreis durchbrechen müßten, noch ehe uns eine neue Rezession plötzlich zu Bewußtsein bringt, daß wir die seit gut zwei Jahren anhaltende Konjunktur verschlafen haben. (*Abg. Machunze: Das war aber nicht Karl Aush, Herr Minister!*) Nein, das war er nicht, sondern das war Horst Knapp. (*Abg. Machunze: Sie sollten Karl Aush auch zitieren!*) Sie können jederzeit Zitate von ihm in unseren Zeitungen nachlesen. Wenn mir ein Zitat richtig erscheint, werde ich ihn auch zitieren.

Sie haben also genügend Möglichkeiten, nicht nur aus unseren Reden, sondern auch aus diesen Zeitschriften und aus vielen anderen Ihnen nahestehenden Zeitungen zu entnehmen, daß es ernste Anzeichen einer wirtschaftlichen Änderung gibt.

Der Herr Bundeskanzler hat aber im Radio — dort, wo ich mich nicht wehren konnte — erklärt, daß der Vorsitzende der Sozialistischen Partei fast täglich die Behauptung wiederholt, die Regierung unternehme nichts gegen die, wie er sich auszudrücken pflegt, Krise. — Ich habe schon festgestellt, daß ich das Wort „Krise“ in diesem Zusammenhang nicht gebraucht habe, sondern das Wort „Krisenerscheinungen“.

Der Herr Bundeskanzler hat alles, was ich damals gesagt habe, bagatellisiert. Ich wäre sehr froh gewesen, wenn es mir damals gelungen wäre, ihn wenigstens einigermaßen zu beruhigen. Das ist allerdings nicht möglich gewesen. (*Abg. Ing. Hämmerle: Sie waren aber gegen die Kapitalmarktgesetze!*) Jawohl, Herr Abgeordneter Hämmerle, und wir sind es noch immer, weil Ihre eigenen Zeitungen, unter anderem Ihr Organ „Die Industrie“, unlängst festgestellt haben, daß die Wachstumsgesetze nicht das gebracht haben, was Sie sich von ihnen erwartet haben. Das ist erst vor ganz kurzer Zeit dort zu lesen gewesen! (*Abg. Dr. Pittermann: Morgen stimmen Sie für die teilweise Rücknahme bei der Lebensversicherung!*)

Was wir also der Regierung Klaus vorzuwerfen haben, ist in erster Linie, daß sie die Zeichen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht rechtzeitig erkannt hat, daß sie ganz im Gegenteil an einer Finanzpolitik festgehalten hat, die diesen Entwicklungen kraß zuwiderläuft. Die Wachstumsgesetze sind ein Beispiel dafür;

Dr. Kreisky

die Art, wie Sie die Agrarpolitik subventionieren, ist ein anderes Beispiel. Ich habe Ihnen auch schon sehr ausführlich dargelegt, daß Ihre ganze Steuerreform letzten Endes dazu führen wird, daß eine Million Steuerzahler, die jetzt keine Steuern zahlen, in diesem Jahr in Wirklichkeit die neuen Lasten zu tragen haben werden. Wir haben Ihnen vorgeworfen, daß Sie eine Einkommensverteilung zugunsten der großen Einkommen vorgenommen haben, und so weiter.

Nun gibt es in dieser Erklärung des Bundeskanzlers allerdings ein paar neue Töne. Inwieweit das nur Untertöne sind und bleiben werden, weiß ich nicht. Da heißt es zum Beispiel, daß man, vor allem im Hinblick auf Wirtschaftszweige, die wenig Zukunft haben, keine konservierende Politik betreiben soll. Morgen werden Sie aber mit Ihrer Mehrheit, sofern Sie sich die Dinge nicht noch einmal überlegt haben — ich würde das von einem neuen Finanzminister eigentlich erwarten —, gerade die Industrien, die in Österreich am effektivsten arbeiten, die das höchste Maß an Rationalisierung durchgeführt haben, mit Millionen an neuen Steuern belasten und durch Steuerermäßigungen die Wirtschaftszweige konservieren, die Sie, wie der Herr Bundeskanzler in seiner Rede erklärt hat, nicht zu konservieren wünschen. Morgen werden Sie großen Unternehmungen neue Belastungen auferlegen und anderen einen Haufen Geld ersparen. Am Ende dieser Spar-samkeitskampagne werden 105 Millionen an neuen Belastungen für den österreichischen Staat herauskommen. Da muß man sich doch wirklich fragen: Wofür hält man die Opposition hier im Haus? Glaubt man, daß sie bei solchen Sätzen nicht ein bißchen mehr tut, als bloß zu lächeln?

Darf ich bei dieser Gelegenheit auch noch sagen: Ich könnte mir sehr gut vorstellen, Herr Bundeskanzler, aber vor allem Herr Finanzminister, daß es in einigen Monaten einen sichtbaren und spürbaren Konjunkturaufschwung in der europäischen Wirtschaft gibt. Ich könnte mir auch vorstellen, daß ein Teil dieses Aufschwunges in gewissen Industrien auch uns zugute kommt. Es ist ganz klar: Wenn bei den großen Automobilfabriken die Produktion voll anläuft, wird es wieder leichter möglich sein, Stahlbleche zu verkaufen. So wird es viele andere Beispiele geben.

Ich warne Sie aber heute abermals: Lassen Sie sich nicht täuschen, werden Sie nicht das Opfer einer Selbsttäuschung! Die Strukturpolitik müssen Sie in diesem Lande in Angriff nehmen, und zwar ordentlich, und nicht nur durch ein paar unverbindliche Phrasen einleiten. Wir brauchen sie, weil wir nicht wissen, wie lange ein eventueller Konjunkturaufschwung anhalten wird.

Nun kann man kommen und sagen: Was die Opposition immer will! Einmal hat sogar einer von den Herren gesagt, wir geben uns bei dieser Beschäftigung mit Programmen Phantastereien hin.

Darf ich Sie auf ein ganz konkretes Beispiel unserer Politik verweisen. Wir hatten im Winter 1952 eine beängstigende Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Ich will gerne einräumen, daß sie wesentlich beängstigender war, als es die gegenwärtige ist. Aber man soll den Anfängen wehren — ich glaube, da werden Sie mit mir einer Meinung sein —, weil das leichter ist.

Wir Sozialisten haben damals ein Programm der Vollbeschäftigung vorgelegt, in dem wir unsere wirtschaftlichen Vorstellungen für diese Phase der Zweiten Republik dargestellt haben. Wenn ich mir heute dieses Programm ansehe, muß ich feststellen, daß dieses große Investitionsprogramm, soweit es damals auf die sozialistischen Ressortminister angekommen ist, bis zum letzten erfüllt wurde — allerdings nur gegen das Konzept der ÖVP-Fraktion in der Bundesregierung, wie es der damalige Finanzminister Kamitz vertreten hat. Die Sozialisten konnten es aber nur durchsetzen, weil sie bei den Wahlen 1953 einen so überzeugenden Erfolg errungen haben, daß sie die politische Kraft hatten, dieses große zehnjährige Investitionsprogramm durchzusetzen.

Ich weiß schon, Sie wollen an das alles nicht gern erinnert werden, denn Sie haben ja auch damals in Ihrer Neigung, alles zu vereinfachen und in Propaganda umzumünzen, alles, was wir damals getan haben, um in Österreich die Grundlagen eines modernen Industriestaates zu schaffen, spöttisch und höhnisch als das „Königreich Waldbrunner“ bezeichnet, weil Dipl.-Ing. Waldbrunner der Verantwortliche, der Architekt dieses Programms gewesen ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie zeigen jetzt überall Kaprun. Aber wer dabei war und weiß, wie schwer es der Herr Ing. Waldbrunner gehabt hat, das Geld für die Fertigstellung von Kaprun von der ÖVP in der Regierung zu bekommen, der sieht wieder einmal, wie sich die Dinge bei Ihnen in ständiger Wandlung befinden.

Wieder erklären Sie, Herr Bundeskanzler, daß Sie die Zusammenarbeit mit der Opposition in Fragen der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik und der Währungspolitik haben wollen. Wir haben Ihnen schon erklärt, daß die Sozialistische Partei, die ihr hohes Maß an Verantwortung auch in der Opposition kennt, zu einer solchen gemeinsamen Politik bereit ist. Aber so, wie Sie das in den zwei Jahren praktiziert haben, geht das nicht. Sie

Dr. Kreisky

haben sich das nämlich so vorgestellt, daß Sie uns Ihre Politik vorlegen und wir sie im wesentlichen nach dem Grundsatz „Friß, Vogel, oder stirb!“ anzunehmen haben. Dann hätten Sie uns als Gegenleistung freundlich auf die Schulter geklopft und uns gedankt, daß wir ein so hohes Maß an patriotischer Gesinnung an den Tag gelegt haben.

Es tut mir leid, daß der neue Außenminister so schlecht anfängt, daß er nicht einmal da ist, wenn der Vorsitzende der größten Oppositionspartei redet. Das wird er sich noch angewöhnen müssen, das scheint mir höchst geboten zu sein. (*Beifall bei der SPÖ.*) Nur keine Nonchalance gegenüber dem Parlament! Das ist das schlechteste, was man tun kann, da haben sich schon ein paar Herren „dersteßen“ in diesem Hause. (*Bundesminister Dr. Waldheim betritt den Saal. — Ruf bei der ÖVP: Er kommt schon! Er ist schon da! — Abg. Dr. Gruber: Solche Offenbarungen sind das ja auch nicht!*) Nein, aber der Minister ist dem Haus verantwortlich, und er hat da zu sein, wenn Fragen seines Ressorts behandelt werden. Ich freue mich, daß er schon da ist.

Wenn Sie nun eine gemeinsame Politik für den Bereich des Äußeren haben wollen, dann sage ich Ihnen noch einmal, daß wir zu einer echten Beratung der Voraussetzungen einer solchen Politik bereit sind. In allen vitalen Fragen der Außenpolitik sind wir dazu bereit. Aber, meine Damen und Herren der ÖVP, da muß es schon etwas mehr Voraussetzungen geben als die, die wir jetzt aus der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers herausgelesen haben.

Da fällt mir nämlich auf, und auf das möchte ich das Hohe Haus in allerernster Form aufmerksam machen: daß in der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers ein Begriff verschwunden ist, nämlich der der internationalen Verankerung in der Südtirolfrage. (*Bundeskanzler Dr. Klaus: Das „Paket“ ist drinnen!*) Wir machen Sie aufmerksam — ich will hier nichts dramatisieren —, Herr Bundeskanzler, Sie wissen genau, das sind zwei verschiedene Sachen, wir haben oft darüber geredet. Sie haben den Begriff der internationalen Verankerung unter den Tisch fallen lassen. Ich erkläre das für eine sehr gefährliche Methode, neue Gespräche mit der italienischen Regierung zu führen. Sie muß ja zu dem Schluß kommen, daß Ihnen das nicht wichtig genug ist, sie ausdrücklich zu erwähnen. Ich warne an dieser Stelle vor dieser Politik. Das wird die Tiroler à la longue mehr aufregen als der eine Minister, den sie nicht in der Regierung haben — wenn sie schon mit dem Dr. Gruber nicht einverstanden sind, was nämlich vergessen wird.

Sie haben in der EWG-Politik die törichte Arbeitshypothese vertreten: Man müßte erst

der Bürokratie der EWG in allem, was sie sich vorstellt, nachgeben, ohne Rücksicht auf die EFTA-Mitgliedstaaten, die das sehr verstimmt hat. Und was hat sie gebracht? — Gar nichts! Heute müssen Sie selber erklären, daß Sie auch andere Wege prüfen werden.

Wenn Sie also eine gemeinsame Politik anstreben, dann sollten Sie sich schon ein bißchen darum bemühen, auf gewisse Anregungen unsererseits auch einzugehen und sie in nüchternen, sachlicher Weise mit uns zu diskutieren.

Es gibt auch noch einen zweiten, sehr interessanten Passus — sonst ist ja die Regierungserklärung eher langweilig —, er ist vielleicht von untergeordneter Bedeutung. (*Abg. Doktor Gruber: Für Sie!*) Ja, für mich, stimmt, ich gebe es zu. Was soll ich machen? Aber sie hat auch in der Presse nicht einen so ungeheuren Widerhall gefunden.

Es gibt da einen Satz, in dem Sie — nicht unumwunden, aber unendlich gewunden — zugeben, daß es nicht nur das italienische Veto ist, das uns da in Brüssel Schwierigkeiten macht. Zum erstenmal geben Sie zu, daß es einzelne Mitgliedstaaten sind. Ob Sie damit Luxemburg gemeint haben, weiß ich nicht.

Und dann stellen Sie mit Stolz fest, Herr Bundeskanzler — und das freut mich, denn ich habe da auch ein bißchen etwas dazu beizutragen —, daß internationale Organisationen nach Wien kommen und nach Wien gekommen sind. Nach der gestrigen Rede bei der 50-Jahr-Feier des Sozialministeriums habe ich nicht mehr erwartet. Aber bis dahin habe ich erwartet, daß Sie soviel Noblesse aufbringen werden, in diesen Passus wenigstens mit zwei Sätzen die wirklich großen Leistungen, die die Stadt Wien vollbracht hat, die großen materiellen Opfer, die sie gebracht hat, um Ihre Außenpolitik zu fördern, zu erwähnen. (*Beifall bei der SPÖ.*) Sie haben das nicht erwähnt, so wie Sie gestern eine vollkommen unhistorische und falsche Darstellung des größten sozialpolitischen Werkes unserer Republik gegeben und dabei vergessen haben, wer die wirklichen Baumeister des österreichischen Wohlfahrtsstaates sind. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: So wie der Herr Bundespräsident den Minister Resch nicht erwähnt hat!*) Sie wollen, daß wir viel mehr von der „vaterländischen“ Zeit reden? Ich komme schon noch auf die vaterländische Phase! Reizen Sie mich nicht! (*Abg. Dr. Gruber: Der Resch war überhaupt nicht in der vaterländischen Zeit! — Abg. Libal: Nur Selbstbeweihräucherung!*)

Ich möchte gerne sagen, daß es in der Rede der Frau Bundesminister Rehor eine große Zahl von Stellen gegeben hat, denen wir unein-

Dr. Kreisky

geschränkt unsere Zustimmung geben. Wir hoffen nur, Ihnen damit im Kreis Ihrer Parteifreunde nicht allzusehr zu schaden. Hingegen hat der Herr Bundeskanzler den Eindruck erweckt, die ganze österreichische Sozialpolitik seit 1945 sei das Werk seiner Partei gewesen.

Ich hatte einen großen Respekt für den verstorbenen Bundeskanzler Raab und habe das sogar in meiner Partei immer vertreten. Ich höre noch — das können Sie nicht wissen, da waren Sie nicht dabei —, wie er einmal gesagt hat: Der Bundesminister Maisel wird nicht früher Ruhe geben, bis nicht der letzte Lehrbub in der Altersversorgung ist.

Also sehr begeistert war damals im Ministerrat der Herr Bundeskanzler Raab — was aus seiner Stellung heraus sehr verständlich ist — von diesem großen Vertragswerk nicht! (*Abg. Glaser: Humor haben Sie niemals viel gehabt!*) Ich habe sehr viel Humor, denn ich habe damals gelacht, aber ich zitiere es nur zur Illustration dessen, was gestern gesagt worden ist.

Die Stadt Wien hat, damit die UNIDO rasch beginnen und den Amtsbetrieb sofort aufnehmen kann, ein für ihre Zwecke zur Verfügung gestelltes, für sie gebautes Amtshaus der UNIDO zur Verfügung gestellt. (*Abg. Doktor Gruber: Völlig altruistisch!*) Übrigens ein Akt nachahmenswerter Verwaltungsreform, Herr Bundeskanzler! Sie haben in dieser Zeit auch Häuser gekauft — im Budget finden wir davon noch nichts, aber darüber werden wir noch reden; diese haben Sie für Repräsentationszwecke gekauft, aber nicht für solche Zwecke. Die Stadt Wien hat sich außerdem bereit erklärt, einen wesentlichen Teil zu den Kosten der Errichtung des endgültigen Amtssitzes zu zahlen. Sie hat seinerzeit schon bei der Atomenergiebehörde mitgeholfen. Ich kann Ihnen also nur sagen: Das hätten Sie sich schon leisten können, wenigstens in einem Satz zu sagen, daß Ihnen dabei die Stadt Wien ein wenig unter die Arme gegriffen hat.

Was die Landesverteidigungspolitik betrifft, so habe ich das Gefühl — ich verstehe davon zu wenig (*Abg. Glaser: Der erste wahre Satz der heutigen Rede!*) —, als ob sich hier ein Sinneswandel andeutet. Jedenfalls hat sich der Herr Bundesminister Dr. Prader, der bei uns nicht extreme Sympathien hat, die Mühe genommen, unsere Vorschläge ernst zu prüfen. Das ist uns bisher auf anderen Gebieten nicht widerfahren.

Meine Damen und Herren! Jetzt zur Währungspolitik. Mit der Währungspolitik und überhaupt mit dieser Finanzpolitik wollen Sie immer folgendes: Wir sollen zu allem Unfug, der im Bereich der Finanzpolitik angestellt wird, aus „patriotischer Pflicht“ schweigen. Es scheint uns jedoch eine höhere Pflicht dem

Vaterland gegenüber zu sein, vor einer Politik in einem Augenblick zu warnen, in dem sie noch geändert werden kann, damit ihr Einhalt geboten werden kann, ehe das größte Malheur passiert ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Herr Minister Kreisky! Sie brauchen nicht zu schweigen, aber wahr muß es sein, was Sie sagen!*)

Jetzt ist das von mir erwartete Stichwort gefallen: Wahr muß es sein! Ich habe mir vorgenommen, dem verflorenen Finanzminister keine Steine nachzuschmeißen, weil ich meine, wenn der eine an Astrologie glaubt, kann der andere an Seelenwanderung glauben, und er wird sich vielleicht auf den Präsidenten der Nationalbank ein bißchen vorbereiten. Aber wenn Sie mich provozieren, Herr Dr. Gruber (*Abg. Dr. Gruber: Ich provoziere überhaupt niemanden! — ironische Heiterkeit bei der SPÖ*), dann zwingen Sie mich, dazu etwas zu sagen.

Man kann eben die Währungspolitik nicht von der Zahlungsbilanz trennen. Die ist jetzt überhaupt das Um und Auf der Finanzpolitik geworden. Überall, gewiß auch in Amerika, gibt es große Zahlungsbilanzprobleme. Warum wir aber die Finanzpolitik des verflorenen Finanzministers so angegriffen haben? Wir sagen Ihnen das, damit Sie unseren Standpunkt kennenlernen. Wir sind ja überzeugt, daß das nicht immer eine sofortige Änderung Ihrer Haltung in dem Sinne herbeiführen kann, daß es morgen bei einer Abstimmung zum Ausdruck kommt. Aber was ich zu wissen glaube, das ist, daß so manches, was hier gesagt wird, genauso ist wie bei uns: Wir überlegen, und dann fragt man sich, wie das eigentlich ist, oder ob es wirklich so ist. Dann überlegt man sich wenigstens nachher einiges, was man ja nicht wissen konnte, weil es einem nicht gesagt wurde. Das ist durchaus verständlich. Ich glaube an diesen subkutanen opinionbildenden Prozeß, auch was das Parlament betrifft.

Wir haben diese Kreditpolitik so bekämpft und werden sie weiter bekämpfen, weil wir das Gefühl haben, daß sie nicht bis zu Ende durchdacht ist, und weil wir glauben, daß damit eine Gefahr für uns alle heraufkommt, die wir doch nicht übersehen sollten: Wenn wir Auslandskredite in besonders hohem Maß aufnehmen, müssen wir uns doch darüber klar sein, was das aller Wahrscheinlichkeit nach bedeuten muß.

Ich habe mir eine Statistik machen lassen (*der Redner zeigt sie vor*), eine Bildstatistik. Herr Bundeskanzler! Da unten hört die Koalition auf. (*Abg. Dr. Gruber: Vom Klenner!*) Nein, von einem, der das machen kann. Der

Dr. Kreisky

Klenner kann schreiben, aber er wird das nicht bestreiten, sondern er wird das bestätigen. Seien Sie vorsichtiger!

Herr Bundeskanzler! Da haben Sie eine Kurve der Entwicklung der Auslandsschulden des Bundes (*Zwischenrufe bei der ÖVP*) — stören Sie nicht mein Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler! — seit dem Ende der Koalition; das war ein Tiefpunkt. (*Abg. Glaser: Das war wohl ein Tiefpunkt!*) Ein Tiefpunkt 1966 in der Auslandsverschuldung! Seitdem wir die ÖVP-Regierung haben, geht die Kurve so steil hinauf. Wir werden das der Öffentlichkeit schon ohne Zuhilfenahme des Herrn Pisa bekanntmachen. (*Bundeskanzler*

Dr. Klaus: Haben Sie schon gehört von einer antizyklischen Budgetpolitik?) Ja, das habe ich schon gehört, das will ich Ihnen eben sagen. Es ist nämlich, Herr Bundeskanzler, ein großer Unterschied zwischen einer inländischen und einer ausländischen Verschuldung. Das ist ein sehr großer Unterschied! Ein ebenso großer Unterschied besteht zwischen einer Verschuldung für die Bedeckung von Budgetlücken, die Sie dann in einem großen Maße als Investitionen tarnen — darüber habe ich auch eine Statistik, mit der ich Ihnen zeige, wie das alles seit Jahren heruntergeht —, und der Schuldenaufnahme, der Kreditaufnahme für Investitionen, die auch zum Tragen kommen.

Ich möchte dem Herrn Finanzminister außer Dienst Schmitz jetzt keinen Stein nachschmeißen, aber dieser Brocken bleibt uns ja, den er uns da hinterlassen hat. Dr. Schmitz hat sehr gejubelt darüber, daß wir eine so herrliche Position auf dem internationalen Kapitalmarkt haben, daß wir diese riesigen Anleihen bekommen werden. Das heißt, Anleihen sind es ja keine: Es sind, wie mir Fachleute sagen, sogenannte Schuldscheindarlehen, das heißt, sie müssen zu dem Fälligkeitstermin bezahlt werden. (*Bundesminister für Finanzen Dr. Koren: Anleihen auch!*) Ja, aber sie müssen sehr kurzfristig zurückgezahlt werden, und zwar, wie er selbst uns mitteilte — ich hoffe, es stimmt —, sind sie drei Jahre tilgungsfrei, und in den letzten zwei Jahren von den fünf Jahren sind sie dann zurückzuzahlen. Das stimmt im Prinzip, wenn Sie nicht die Verlängerungen bekommen, was ja nichts nützt.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Das heißt also: 1968 wird nicht zurückgezahlt, 1969 wird nicht zurückgezahlt und 1970 wird nicht zurückgezahlt, aber — Sie merken es — in den letzten zwei Jahren (*Abg. Czettel: Dreimal dürfen Sie raten!*), nämlich 1971 und 1972, werden die Milliarden — und jetzt passen Sie auf! — in Dollars zurückgezahlt werden!

Niemand weiß, wie dann unsere Zahlungsbilanz aussieht, niemand weiß, wie dann unsere Handelsbilanz aussehen wird, niemand weiß, welche Entwicklung der Fremdenverkehr haben wird. Ich hoffe, eine gute. Aber eines ist sicher: Wir müssen große Milliardenbeträge in der kurzen Zeit von zwei Jahren zurückbezahlen.

Wissen Sie, was der Unterschied zwischen ausländischer und inländischer Verschuldung ist? Dieser Unterschied ist nämlich der — das brauche ich dem Herrn Professor Koren nicht zu sagen —, daß Sie, wenn Sie eine Auslandsschuld zurückzahlen, in Wirklichkeit Waren an das Ausland zahlen, für die Sie keinen Gegenwert erhalten. Wenn Sie mir das nicht glauben, Herr Professor Koren, dann zitiere ich Ihnen bei allem Respekt für Ihre wissenschaftliche Qualifikation (*Ruf bei der SPÖ: Er glaubt es schon!*), aber Sie werden das Zitat nicht brauchen, was Professor Samuelson über ausländische Kredite schreibt (*Heiterkeit bei der ÖVP*), was einer der bedeutendsten amerikanischen Nationalökonominnen skandinavischer Herkunft (*neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP*) über diese Fragen gesagt hat. (*Zwischenrufe des Abg. Probst.*) Er hat gemeint, eine äußere Staatsschuld, das heißt eine Verpflichtung gegenüber einem fremden Volke haben, würde zweifellos — sagt der amerikanische Professor für Amerika — eine reale Belastung und Einschränkung der amerikanischen Volkswirtschaft mit sich bringen, denn wir werden gezwungen, wertvolle Güter und Dienste ohne greifbaren Gegenwert ins Ausland zu versenden einfach zu dem Zweck, um unseren Zinsen- und Tilgungsverpflichtungen nachzukommen.

Er folgert dann, daß das amerikanische Volk härter und länger arbeiten und auf gewisse Dinge verzichten müßte. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Genau das wird die Folge der Schuldenpolitik des Herrn Finanzministers im Ausland sein!

Er stellt dann weiter fest, daß sich die aus der inneren und äußeren Staatsschuld resultierenden Lasten qualitativ wie quantitativ voneinander unterscheiden. Und das ist eben der Vorwurf, den wir der monocoloren Regierung Klaus gemacht haben. (*Abg. Dr. Hauser: Herr Kreisky, Sie sprechen nur vom Zurückzahlen; das Geld bekommen haben wir ja schließlich auch!* — *Abg. Czettel: Sie schaffen damit keine neuen Werte!*)

Das Geld, das Sie bekommen haben — das zeige ich Ihnen an Hand einer anderen Statistik —, haben Sie in Wirklichkeit nicht in demselben Maße für Investitionen verwendet, sondern zur Deckung Ihres riesigen Defizits, an dessen Ausmaß zum großen Teil die Geschenke der monocoloren Regierung schuld sind. (*Beifall*

Dr. Kreisky

bei der SPÖ. — *Abg. Gabriele: Dr. Kreisky, Sie haben selbst erklärt, Sie könnten es nicht anders machen!*) Nein, das habe ich nicht gesagt. Wo ist das gestanden? (*Abg. Gabriele: In der „AZ“!*) Ich habe erklärt: Wir könnten nicht verhindern, daß vom Ausland Entwicklungen hereinwirken. (*Abg. Dr. Gruber: Na also!*) Jawohl, aber die Art, wie wir ihnen entgegenzutreten werden, habe ich ausdrücklich erklärt, wird fundamental anders sein als jene, welche die gegenwärtige Regierung gewählt hat.

Herr Abgeordneter Gruber, Sie haben mich vorhin ... (*Abg. Dr. Gruber: Nicht provoziert!*) Nicht provoziert, nein, ich war ja vorbereitet, daher ist das kein Problem. Sie haben vorhin immer wieder von Kreditwürdigkeit gesprochen und haben angedeutet, daß wir — Sie haben es dem Herrn Abgeordneten Vizekanzler außer Dienst Dr. Pittermann vorgeworfen — der Kreditwürdigkeit und dem Ansehen Österreichs schaden. (*Abg. Dr. Gruber: Das habe ich nicht gesagt!*) Nein, das ist ihm in dem Zusammenhang zugerufen worden. Zu Ihnen komme ich schon noch, Herr Dr. Gruber. (*Abg. Dr. Gruber: Ist recht!*)

Wenn in der „Times“, der großen konservativen Zeitung der reichen Leute in Großbritannien und überall in der Welt, die Überschrift zu finden ist: 220-Millionen-Dollar-Kredit nach Österreich, und wenn dann im Text steht — und auch in der Überschrift —, daß das alles dazu dient, um unser Budgetdefizit zu decken, dann frage ich Sie, Herr Abgeordneter Gruber und meine Herren im Hohen Haus, ob eine solche Nachricht geeignet ist, besondere Beruhigung auf den internationalen Kapitalmärkten auszulösen. Das soll man auch uns nicht einreden.

Es heißt: 220-Millionen-Dollar-Kredit, um Österreichs Budget zu helfen. Glauben Sie, daß uns eine solche Headline nützt? Ich habe Ihnen diese Frage schon gestellt. Oder glauben Sie, daß es Ihnen und daß es uns nützt, wenn jetzt Anleihebesitzer — wir mußten uns ja auch in der Vergangenheit Beträchtliches für Investitionen ausborgen — ein bißchen unruhig werden? Das wäre doch sehr schlecht. Aber daran sind doch nicht die schuld, die nicht bereit sind, diese Politik zu tolerieren, sondern die, die sie verursacht haben.

Herr Dr. Gruber! Wahr muß es sein! Ich werde Sie jetzt einen Blick in meine Gedanken tun lassen — was ich getan hätte, wenn der Herr Finanzminister noch Dr. Schmitz heißen würde. Da hätte ich heute oder morgen hier dazu Stellung genommen, und dann hätten wir in unseren Zeitungen darüber geschrieben, und wir hätten dem Herrn Finanzminister nachgewiesen, daß er die Unwahrheit gesagt hat. Er hätte dann die Möglichkeit gehabt, zu

klagen — wir hätten das von ihm erwartet —, ich hätte mich meiner Zeugenschaft nicht entschlagen, und ich hätte ungefähr zwölf sehr bedeutende Persönlichkeiten des wirtschaftlichen Lebens als Zeugen genannt. (*Abg. Dr. Gruber: Aber, Herr Dr. Kreisky, wenn Sie hier im Haus etwas sagen, kann doch Dr. Schmitz nicht klagen! Das wissen Sie doch ganz genau!*) Nein, ich habe gesagt, es wird ihm in unseren Zeitungen der Vorwurf gemacht werden ... (*Abg. Dr. Gruber: Auch dann kann er nicht klagen! Das ist jetzt eine Ausrede!*) Nein, Herr Dr. Gruber, das wird dann als redaktionelle Nachricht kommen. Aber wir können es ja probieren! Wenn ein Journalist in einem Artikel schreibt, daß Herr Dr. Schmitz eine Unwahrheit gesagt hat, so kann er die Zeitung klagen. Ich klage sie auch, damit Sie es wissen. Und wenn ich dann als Zeuge genannt werde, werde ich zwölf bedeutende Persönlichkeiten der österreichischen Finanzwirtschaft nennen, die unter Zeugeneid die Geschichte dieser Anleihen darzustellen haben. Das muß ich Ihnen sagen. Wir können es ja noch einmal ausprobieren und durchexerzieren.

Der Herr Finanzminister außer Dienst hat — ich muß es jetzt behaupten — das Haus wesentlich getäuscht. Ich werde Ihnen das jetzt beweisen und bitte, das dann im Protokoll nachzulesen.

Der Herr Finanzminister hat den Eindruck erweckt, ich hätte behauptet, daß dieser 40-Millionen-Dollar-Kredit in diesem Jahr zurückgezahlt werden müsse, und hat gesagt: Da sehen Sie, wie der sozusagen lügt, denn er hat an die Spitze gestellt: Unwahr ist die Behauptung.

Wissen Sie, was ich gesagt habe? „Erstens einmal hat sich der Herr Finanzminister zur Deckung des Defizits dieses Jahres neben der Inanspruchnahme des inländischen Kapitalmarktes“ — Sie können es nachlesen — „40 Millionen Dollar zu 7 $\frac{1}{8}$ Prozent ausborgt, und das für 18 Monate!“ Sie sehen also, daß ich von 18 Monaten gesprochen habe. Der Herr Finanzminister außer Dienst, der dem Hohen Hause sagen wollte, daß es gar nicht wahr ist, daß dieser Kredit in diesem Jahr zurückgezahlt werden muß, hat also gemeint, ich hätte das Haus angelogen. Da bin ich sehr kritisch. Das lasse ich mir unter gar keinen Umständen gefallen. Ich kann nicht ausschließen, daß wir uns in der Opposition irren, daß wir über Informationen verfügen, die nicht immer hundertprozentig sind; wir haben nicht genau den gleichen Einblick wie Sie, das muß uns zugebilligt werden, das kann man richtigstellen. Wenn man uns aber einer bewußten Lüge zeiht, dann werden wir uns wehren, weil wir der Meinung sind, daß

Dr. Kreisky

man hier in diesem Hause die Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Was habe ich gesagt? (*Abg. Dr. Gruber: Herr Dr. Kreisky! Sie kommen ja gar nicht auf den Kern der Sache!*) Moment, lassen Sie mich ausreden! (*Abg. Dr. Gruber: Ihre damalige Blamage war ja ganz anders!* — *Abg. Probst: Alles weiß der Gruber und ist trotzdem nicht in der Regierung!*) Ich werde Ihnen auch das noch sagen. Herr Gruber, Sie sind heute der Krawallmacher vom Dienst, ich habe das schon einmal gesagt, aber es macht mir nichts, ich werde mich schon noch mit Ihnen auseinandersetzen.

Ich habe eigentlich viel kürzer reden wollen, Hohes Haus. Ich habe es mir fest vorgenommen, aber es geht halt leider nicht. Aber ich werde mich trotzdem tummeln.

Herr Dr. Gruber! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich habe wörtlich gesagt, ob man glaubt, daß in diesem Jahr „ein solcher Goldregen auf Österreich niedergehen“ wird, daß der „Finanzminister diese Milliarde so mir nichts, dir nichts zurückzahlen kann“. Erstens wird im November das Budget verhandelt. Das Budget muß sich auf der Einnahmensituation dieses Jahres aufbauen. Und ich habe deutlich gesagt: In 18 Monaten, das heißt im nächsten Budgetjahr, müssen wir das zurückzahlen. Herr Dr. Schmitz hat sich also hier eines Tricks bedient, der schon sehr merkwürdig ist.

Aber jetzt etwas Zweites. Herr Dr. Schmitz hat gesagt, daß in der Schweiz kein Geld zu bekommen ist. Natürlich nicht kurze Zeit vor Weihnachten, aber er weiß ganz genau, und er hat es ja auch angedeutet, daß man, wenn man sich in der Schweiz meldet, im Laufe des Jahres auch rechtzeitig sein Geld bekommt; denn der Herr Finanzminister selber hat im vergangenen Jahr 442,4 Millionen, also eine halbe Milliarde, zu relativ günstigen Bedingungen erhalten. Das können Sie hier in einer Publikation des Finanzministers nachlesen.

Ich habe weiters gesagt: Der Herr Finanzminister hat sich teures Geld verschafft, obwohl er wußte, daß es zu dem Zeitpunkt billiger zu haben gewesen wäre, wo er von dem Defizit wußte. Sie haben in Ihren Fächern den OECD-Observator gefunden. Wenn Sie sich das genau anschauen, finden Sie auf Seite 28 eine Reihe von Kurven und Statistiken. Die rot angestrichenen — nicht uns zuliebe — sind die über den Eurodollarkurs. Aus ihnen geht hervor, daß der Eurodollarkurs zwischen Februar und Oktober zwischen 5 und 5¾ Prozent gestanden ist und daß sich der Finanzminister a. D., wenn er ein höheres

Maß an Voraussicht besessen hätte, das Geld — wie hier nachgewiesen wird — billiger hätte verschaffen können, sogar noch einen Monat vorher.

Mit der Geschichte von der kleinen Bank, die unter den Tisch gefallen ist, möchte ich mich nicht länger beschäftigen, weil das der Herr Abgeordnete Dr. Staribacher schon ausführlich getan hat. Aber ich muß sagen: Ich kann mich nur der Informationen bedienen, die mir zur Verfügung stehen. Ich muß sie auf ihren Wahrheitsgehalt prüfen und dann das Risiko auf mich nehmen, ob ich es sagen darf. Ich muß das sagen, weil ich der Meinung bin, der Finanzminister a. D. hat hier auch mit einem Trick gearbeitet. (*Ruf bei der ÖVP: Wieso „auch“?*) Ich habe Ihnen schon vorher die Sache mit den 18 Monaten gesagt. Ich habe Ihnen mitzuteilen, daß der Herr Finanzminister gemeint hat — von der kleinen Bank in Österreich hat er nicht geredet —, das wäre alles unrichtig, es habe sich bei Lehman Brothers um die drittgrößte Investmentbank der Welt gehandelt.

Nur zur Steuerung der Wahrheit: Ich habe hier eine internationale Zusammenstellung über diese Banken. Da finde ich die Firma Lehman Brothers nicht an dritter, sondern für 1966 an zehnter Stelle. Sie können sich das dann anschauen. Und an zwölfter Stelle steht gleichrangig die Creditanstalt-Bankverein und die Österreichische Länderbank. Also da hätte man sich schon auch dieser Banken bedienen können.

Aber jetzt noch etwas: Einem Extrakt aus der „Times“ vom 29. Dezember — also hochaktuell — entnehme ich, daß im Eurodollar-Bereich die Lehman Brothers — eine große Bank — an zehnter Stelle und nicht, wie der Herr Finanzminister gesagt hat, an dritter Stelle rangieren. Nur damit Sie sehen, wie auch in kleinen Dingen, in kleinen Fragen die Sache nicht ganz korrekt war.

Nun zum Schluß dieser Frage. Der Brief des Herrn Finanzministers ist eine Meisterleistung — das sage ich ganz offen — einer politischen Irreführung gewesen. Die Photokopie dieses Briefes besitze ich jetzt. Dieser Brief trägt keinen Firmenkopf, sondern ist nur mit Schreibmaschine geschrieben; mit Schreibmaschine, aber er kann trotzdem richtig sein, weil er im Hotel geschrieben worden sein könnte. Es betrifft Bankers Trust und Lehman Brothers. Aus diesem Brief an das Finanzministerium hat der Herr Finanzminister den ersten Absatz nicht verlesen, aus dem nämlich hervorgeht — (*zu Bundesminister für Finanzen Dr. Koren gewendet*) ich bitte, immer wieder zu entschuldigen, ich meine den früheren Finanzminister und nicht Sie —,

Dr. Kreisky

daß im Zeitpunkt, in dem dieser Brief geschrieben wurde, die Bedingungen der Anleihe noch gar nicht bekannt waren, sondern sich erst im Stadium — wie heißt es hier? — eines letter of proposal, also eines Vorschlages, befunden haben.

Und dann tritt sonderbarerweise folgendes ein: Die Vertreter der beiden Banken stellen fest, daß sie bei ihren österreichischen Partnern, hohen Beamten des Finanzministeriums, eine Unruhe darüber konstatiert haben, daß es vielleicht zu einer Monopolisierung der österreichischen Kredittransaktionen kommen könnte. Alle Achtung vor den Beamten, die dieses Mißtrauen gehabt haben, Hut ab vor ihrer Wachsamkeit! Aber jetzt frage ich Sie: Wenn sogar eingeweihtesten Funktionären der Staatsverwaltung derartige Zweifel kommen — dann soll die Opposition, die doch von den Dingen nur sehr am Rande erfahren kann, keine Zweifel haben, sie soll das Recht zum Zweifel nicht haben?

Das haben wir hier im Hause ausgedrückt. Wir haben erklärt, daß wir erfahren haben, daß diesen Bankhäusern Bedingungen zugestanden wurden, wie wir sie in der Vergangenheit niemandem zugestanden haben, daß sie de facto eine Art Vorentscheidung treffen können, und daß wir vom Herrn Finanzminister in aller Öffentlichkeit — denn es ist kein Geheimnis, was mit dem Geld des österreichischen Steuerzahlers geschieht — Auskunft erhalten wollen.

Das wären, glaube ich, die meisten Punkte. Wenn Sie noch ein paar haben wollen, kann ich sie Ihnen nennen.

Und so komme ich zum Schluß. Ich möchte sagen, daß es sehr ehrenvoll für den Herrn Altbundeskanzler war und wir ihm immer dafür dankbar sind, wenn er die Großen unserer Bewegung auch nach ihrem Tode im Parlament in einer so korrekten Weise zitiert. Ich kann mich an diesen Aufsatz nicht erinnern, aber ich kenne und ich weiß um die Gedanken Dr. Oscar Pollaks wie die meisten hier auf dieser Seite des Hauses.

Man muß absolutes Vertrauen in die demokratische Gesinnung haben. Und da, glaube ich, ist uns jetzt etwas passiert, was ich auch nur als eine Folge nicht zu Ende gedachter Überlegungen auffasse, nämlich diese Bestellung des ehemaligen Propagandachefs Ihrer Partei in der Kärntner Straße zum Staatssekretär. Ich verüble ihm nicht den ein bißchen schiefen Stil seiner Formulierungen. Der Name verpflichtet ihn dazu. (*Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Probst: Der schiefe Turm von Pisa!*) Was für eine Bewandnis es nämlich mit dem „Boden von Regeln“ haben soll, das weiß ich nicht. Ich könnte mir

eine Grundlage von Regeln vorstellen, aber den Boden von Regeln schlecht. (*Zwischenruf des Abg. Glaser.*) Aber das nur nebenbei. Was hat es mit der „Schallmauer“ für eine Bewandnis? (*Abg. Gratz: Die Schallmauer ist der Dr. Gruber!*) Das ist auch so ein Modernismus, mit dem man irgendeinen einfachen und klaren Zusammenhang mit einer Rauchwolke umhüllen will. Es steckt nämlich nichts anderes — und ich habe mir das zweimal durchgelesen —, nicht weniger und nicht mehr steckt in dem Satz, als daß es erst seit zwei Jahren in Österreich eine Demokratie gibt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Und dagegen müßte man sich eigentlich wehren. (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Das ist falsch!*) Lesen Sie das. So lese ich es heraus. (*Ruf bei der ÖVP: Ja Sie! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Aber ich möchte jetzt nicht von der großartigen Selbstbeweihräucherung sprechen, mit der der Herr Bundeskanzler hier festgestellt hat: Österreich ist ein demokratischer Staat auch unter der ÖVP-Regierung geblieben. — Was sind denn das für Feststellungen?

Sie reden vom Rechtsstaat. Herr Bundeskanzler! Ich kündige Ihnen heute wieder an, und wir pflegen unsere Versprechungen zu halten: Über den Fall Müllner wird in diesem Hause noch sehr gründlich geredet werden, und auch über die Versuche, die gemacht wurden, gewisse Fragen auszuschalten — über Auftrag einer bestimmten Stelle. Wir werden darüber reden.

Wir sind auch der Meinung, daß es keine Erfüllung des Rechtsstaatsgedankens ist, wenn der vom Personalsenat des Obersten Gerichtshofes für die Stelle des Kreisgerichtspräsidenten in Wiener Neustadt erstgereichte Richter einfach übergangen wird. (*Rufe bei der ÖVP: Wieso?*) Das werden wir dem Herrn Justizminister noch einige Male sagen.

Aber jetzt komme ich zum Wesentlichsten, weil ich alles andere weglassen will. Da haben wir also jetzt seit neuestem einen Staatssekretär für Informationswesen. Herr Bundeskanzler! Sind Sie sich nicht klar darüber, daß Sie auf einem sehr gefährlichem Weg sind? (*Abg. Weikhart: Das ist der neue Goebbels! — Gegenrufe bei der ÖVP.*) Was macht denn der Herr Pisa? (*Bundeskanzler Dr. Klaus: Das, was in der Verfassung steht!*) Nein, das, was in Ihrer Erklärung drinsteht. Diese schaue ich mir jetzt an, und damit komme ich zum Schluß.

Sie sagen und Sie versprechen uns, daß die Regierung „entschlossen ist, künftig der österreichischen Bevölkerung in verstärktem Maße durch Informationen Rechenschaft zu geben“. Damit wird in Wirklichkeit meiner Meinung nach eine sehr gefährliche Praxis eingeleitet.

Dr. Kreisky

Der Herr Vizekanzler Dr. Withalm hat mir in vielen Stunden den Gedanken der Parteienfinanzierung näherzubringen versucht. Ich habe ihm zugesagt, meine Freunde über seine Auffassung zu informieren. Dann sagten wir dem — damals noch — Abgeordneten Dr. Withalm, daß wir der Meinung sind, daß in Anbetracht der besonderen Krisensituation, der besonderen Lage des Budgets der Diskussion über eine solche Frage gar nicht nähergetreten werden kann. Dann geht die Regierung her und nimmt ungefähr den gleichen Betrag, den sich der Herr Dr. Withalm für seine Partei — für uns ungefähr in gleicher Höhe — vorgestellt hat, unter der Rubrik „Sparsames Budget“ ins Budget hinein und betreibt damit in Wirklichkeit reinste Parteipropaganda. Die Postwurfsendung ist eine reine Parteipropaganda, die auch zum allergrößten Teil in der Kärntner Straße hergestellt wurde. Das merkt man bei jeder Zeile.

Das ist also die objektive Information, daß Sie mit dem Geld aller Steuerzahler Propagandaschriften verbreiten? Wirgeben auch Postwurfsendungen heraus, aber das bezahlen wir uns selber, das zahlen uns unsere Mitglieder, und das ist unser gutes Recht! (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Das ist unser gutes Recht! Aber Sie werden in Zukunft Steuergelder für die Verteidigung dieser monocoloren Regierung verwenden, und dagegen werden wir uns wehren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Der Herr Bundeskanzler verspricht Objektivität, „alles transparent machen“ und so weiter — jetzt werde ich Ihnen etwas vorlesen. Ich lese in der „Wiener Zeitung“ vom 20. Juli 1934, daß ein Bundeskommissär für den Heimatdienst bei der Regierung ernannt wurde. (*Abg. Hartl: Ich glaubte, für den „Heimatschutz“!*) Gehen S', lassen Sie das jetzt! Ich weiß, daß Ihnen das unangenehm ist. Aber das müssen Sie sich halt gefallen lassen, Herr Hartl. (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Es heißt also in diesem Artikel, daß ein Bundeskommissär für den Heimatdienst ernannt wurde. Wissen Sie, was der für eine Aufgabe hatte? Ich zitiere wörtlich aus — wie es damals geheißen hat — der Zeitung der Bundesverwaltung. (*Abg. Glaser: Ist der Herr Pisa vom Herrn Bundespräsidenten bestellt oder nicht? — Rufe bei der SPÖ: Das ist ja uninteressant! — Abg. Glaser: Das ist wesentlich! — Abg. Dr. Gruber: Gibt es woanders Informationsminister? — Zwischenruf der Abg. Dr. Hertha Firnberg.*) Bei de Gaulle gibt es einen, da haben Sie recht. Lassen Sie mich bitte jetzt vorlesen.

Der neuernannte Bundeskommissär für den Heimatdienst soll „die Menschen durch ge-

diegene“ — hören Sie, bitte, das ist eine interessante Stilanalyse und ein interessanter Vergleich —, „fachliche Aufklärung gewinnen“, er will „vor allem überzeugen“. Dann legte der damalige Bundeskommissär für den Heimatdienst vor den versammelten Journalisten ein „Bekenntnis der unwandelbaren Treue zum Kanzler, dem er als Soldat“ — auf das können wir in dem Zusammenhang verzichten — „und Publizist gedient hat und nun auch in seiner neuen Eigenschaft dienen werde“, ab. Es trifft also beinahe alles zu. (*Zu Staatssekretär Pisa:*) Sie haben dem Herrn Bundeskanzler in bisher unwandelbarer Treue als Publizist gedient und nun in Ihrer neuen Eigenschaft.

Dann heißt es weiter: „Ich will jene Mitbürger“ — sagt er selber, der Propagandachef der Regierung Dollfuß —, „die auf dem Standpunkte negativer Kritik stehen, davon überzeugen“ — einige von uns konnte er nicht überzeugen; wir waren im Landesgericht und haben, bis auf einige, damals keine Zeitungen lesen dürfen (*Abg. Hartl: Vor 35 Jahren!*) —, „daß der Kurs, den unser Kanzler vorgezeichnet hat, ein klarer, vernünftiger und ehrlicher Kurs ist, ja unter den gegebenen politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen wahrscheinlich der einzig mögliche Kurs. Ich will zu der Überzeugung beitragen, daß es tüchtige und tapfere Männer sind ...“, und so weiter.

Es heißt dann weiter: „Wenn Sie fragen, mit welchen Mitteln ich überzeugen will, so antworte ich: Mit allen Mitteln und Einrichtungen, die auf die Bildung der öffentlichen Meinung von Einfluß sein können, unmittelbar und mittelbar.“

Ich sagte Ihnen schon, meine Damen und Herren: Bis auf den Soldaten stimmt alles bei dem Herrn Staatssekretär, auch er will „objektiv überzeugen“.

Ich frage von dieser Stelle die österreichische Öffentlichkeit, ob sie nicht auch der Meinung ist, daß wir die Information der Öffentlichkeit den Zeitungen überlassen sollten. Ich bin der Meinung, wenn die Regierung einen Informationschef braucht, der ihr noch dazu mehr oder weniger angehört, dann soll sie den Journalisten konkretes, objektives Material zur Verfügung stellen, dann soll sie es den Journalisten erlauben, die Öffentlichkeit zu informieren. Wir brauchen in Österreich keinen Propagandaminister oder Propagandastaatssekretär auf Kosten der Steuerzahler! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es wird Ihnen nichts nützen: So wie es uns in den ersten zwei Jahren gelungen ist, die österreichische Öffentlichkeit von der Schwäche, von der Unzulänglichkeit, von der Unfähigkeit

Dr. Kreisky

dieser Regierung zu überzeugen — in der „zweiten Halbzeit“ wird es noch leichter sein, das sage ich Ihnen! *(Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zeillinger das Wort. *(Abg. Hartl: Der Oberzauberer! — Abg. Zeillinger begibt sich nicht sofort von seinem Platz zum Rednerpult.)*

Abgeordneter Zeillinger! *(Abg. Zeillinger: Die Wortmeldung ist zurückgezogen! Ich melde mich dann noch einmal zum Wort! Ich werde das jetzt aufklären! Ich möchte mich zweimal zum Wort melden! Ich melde mich jetzt zum Wort, um festzustellen ...)*

Zur Klarstellung: Hier stehen zwei Namen: als erster Zeillinger, als zweiter Dr. van Tongel. Wenn der Herr Abgeordnete Zeillinger zugunsten des Herrn Abgeordneten Dr. van Tongel verzichtet, so habe ich gar keinen Einwand. Ist das der Fall, Herr Abgeordneter, bitte? *(Abg. Zeillinger: Ich darf klarstellen, daß vor etwa einer Stunde meine Wortmeldung zurückgezogen wurde!)*

Bitte, dann ist der Herr Abgeordnete Doktor van Tongel am Wort.

Ich nehme also zur Kenntnis, daß der Herr Abgeordnete Zeillinger gestrichen wurde. *(Zwischenruf des Abg. Zeillinger.)* Bitte, darüber sollte es doch keinen Streit geben. Wenn nicht Sie, dann ist der Herr Abgeordnete Dr. van Tongel ... *(Abg. Zeillinger: Das ist etwas, wo wir nicht mitmachen, Herr Präsident! — Abg. Melter: Das ist nicht in Ordnung! — Abg. Zeillinger: Da wird zusammengespült zwischen Regierungspartei und hier!)*

Abgeordneter Dr. van Tongel (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke zunächst dem amtierenden Herrn Präsidenten für die korrekte Erledigung dieser noch unklaren Angelegenheit. *(Weiterer Zwischenruf des Abg. Zeillinger.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Herr Abgeordneter Zeillinger! Die Sache ist erledigt. Ich bitte um Ruhe für den Redner!

Abgeordneter Dr. van Tongel *(fortsetzend)*: Meine Damen und Herren! In einer bemerkenswerten, wirkungsvollen Rede hat der Herr Altbundeskanzler Dr. Gorbach heute zu einem Zeitpunkt, da das Fernsehen eingeschaltet war, die Erklärung abgegeben, er werde in Objektivität in gleicher Weise auch für seine eigene Partei Lob und Tadel verteilen. Wir haben allerdings in dem weiteren Verlauf seiner ganzen Rede dann von Tadel an der eigenen Partei kein Wort mehr gehört. Ich möchte das hier nur anmerken.

Bei der Besprechung der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers ist es unerlässlich, die Frage der Kompetenzregelung anzuschneiden. Der Parteiboss der Freiheitlichen Partei hat das bereits angedeutet. Wir haben neue Minister mit den alten Kompetenzen. Wir haben gestern den grotesken Fall erlebt, daß sich zu den fünf Personen, die sich in Österreich mit Außenpolitik beschäftigen, noch eine sechste gesellt hat: die Frau Sozialminister Rehor, die nun also auch schon in Außenpolitik macht.

Wir haben dann heute in den Zeitungen eine Erklärung des neuen Herrn Außenministers gelesen, die sehr aufklärungsbedürftig ist. Es ist richtig, daß unter den gegenwärtigen Kompetenzen die neuen Minister sich eigentlich sehr bald ebenso verschleifen müßten wie die alten „freiwillig“ abgesetzten.

Ich darf auf einen weiteren Fall zu sprechen kommen. Wir hören — nicht hier im Hause, allerdings außerhalb des Hauses — von einer „Hofübergabe“. Dieses Wort ist sehr schön, nur möchten wir gerne wissen, welcher Hof denn eigentlich übergeben wird: der „Parteihof“ vom Obmann Klaus an den neuen Obmann Withalm, oder wird das Lehen der Bundesregierung, über das ja nicht eine Partei allein verfügen kann — denn wir sind ja nicht mehr im Mittelalter —, vom Bundeskanzler Klaus an den Bundeskanzler Withalm übergeben werden? Hierüber möchten wir gerne Aufklärung haben, denn das schöne Wort „Hofübergabe“ allein genügt nicht.

In diesem Zusammenhang muß ich auf einen Zwischenfall zurückkommen, der sich gestern ereignet hat. Als der Herr Abgeordnete Minister außer Dienst Dr. Broda in einer Zusatzfrage den Herrn Bundeskanzler gefragt hat, ob er auch an seinen Rücktritt denke, hat der amtierende Präsident des Nationalrates, Herr Dr. Maleta, diese Frage nicht zugelassen.

Ich bin der Auffassung — ich werde das auch in der Präsidialsitzung vertreten, und auch meine Fraktion teilt diese Auffassung —, daß die Zurückweisung dieser Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Broda nicht zulässig war. Aber wir werfen diese Frage jetzt in Fortsetzung der gestrigen Fragestunde hier in der Debatte auf. Die Öffentlichkeit will wissen, wie es in Österreich weitergeht. Man hat die Regierungsumbildung damit begründet, daß man gesagt hat, es gehe nicht an, daß Minister im Amt sind, von denen man nicht weiß, wie lange sie noch im Amt bleiben. Darüber müsse Klarheit geschaffen werden. Nun haben Sie, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, selbst eine neue Unklarheit geschaffen, indem Sie das ominöse Wort von der „Hofüber-

Dr. van Tongel

gabe“ in die Öffentlichkeit geworfen haben. — Was wird übergeben? Wann wird übergeben, und wann wird Klarheit geschaffen werden?

Nun zum Thema Sparsamkeit. Die Regierung mahnt die österreichische Bevölkerung zur Sparsamkeit. Aber was tut sie selbst? Die ganze Einsparung lautet: ein Staatssekretär. Das Bundeskanzleramt hatte bisher zwei Staatssekretäre und wird zwei behalten; das Innenministerium hatte bisher einen Staatssekretär, dieser erwies sich sogar in den Augen der Bundesregierung und des Bundeskanzlers als überflüssig. Trotzdem wird es weiterhin im Innenministerium einen Staatssekretär geben. Es scheint ein „Bauernbund-Bündeproporz-ausgleich“ zu sein, um das „Ungleichgewicht“ — wie es in der Regierungserklärung heißt — an anderer Stelle auszuschalten. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hatte einen Staatssekretär — er ist avanciert. Das Ministerium bekommt jetzt einen neuen — über Vorarlberger Protest; darüber werde ich noch reden. Das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist das einzige Ministerium, in welchem künftig ein Staatssekretär eingesparspart wird. Darüber haben sich die Vorarlberger aber sehr aufgeregt.

Warum hat die Bundesregierung entgegen ihren ursprünglichen Plänen nur einen einzigen Staatssekretär eingespart? — Über den Protest des Bauernbundes. Weil aber die Bundesregierung so sparen will, hat sie sich einen Propaganda-Staatssekretär beigelegt. Ist das so zu verstehen, daß der Ghostwriter, der Geheimschreiber des Herrn Bundeskanzlers, der mit der Parole: „Es steht 79 : 78“ und mit der Erfindung der kommunistischen Volksfront im Jahre 1966 zweimal der ÖVP bei Wahlen gedient hat, nunmehr irgendwie belohnt werden mußte, da seine Abordnung ins Fernsehen offenbar nicht genügt hat?

Meine Damen und Herren! Es ist also nicht der Staat, der auf die Staatssekretäre etwa nicht verzichten will, vielmehr ist es die ÖVP, die auf die Staatssekretäre aus innerparteilichen Bünde-Proporzgründen nicht verzichten kann. Die Staatssekretäre, die wir haben, sind derzeit im wesentlichen nichts anderes als eine ÖVP-Institution des bündepolitischen Interessenausgleiches. Deshalb haben wir weiterhin vier Staatssekretäre, obwohl es vor der Regierungsumbildung geheißen hat, man könne ruhig auf die Staatssekretäre verzichten.

Wenn bei der Verteilung der Regierungsposten ein ÖVP-Bund dem Bundeskanzler nur droht, daß er „einen Baum aufstellen wird“, dann kommt man ihm eifertigst mit der bei Greißlern üblichen Frage zuvor: Darf's ein bißerl mehr sein? — Und als Zugabe erhält dann dieser ÖVP-Bund doch noch einen Staatssekretär!

Meine Damen und Herren! Schon vor einem Jahr wollte Bundeskanzler Klaus umbilden, doch damals wollte Withalm noch nicht. Jetzt will auch Withalm, daher durfte von Klaus umgebildet werden. Klaus wollte sich schon vor einem Jahr der angeschlagenen Minister entledigen: Dr. Bock — Bauskandal, Prader — Personalkartei und Parteiuwesen im Bundesheer und Dr. Tončić, der der ÖVP nicht mehr gepaßt hat.

Es ist klar: Wäre es Klaus schon vor einem Jahr gelungen, sich seiner angeschlagenen Kabinettsmitglieder zu entledigen, wäre er selbst heute nicht so angekratzt. Gerade daran aber kann Dr. Withalm kein Interesse haben. Daher hat es Withalm Dr. Klaus vor einem Jahr noch nicht erlaubt, sich vom Bauskandal und von den skandalösen Vorgängen im Verteidigungsministerium wirkungsvoll zu distanzieren. Mitgefangen, mitgegangen — so wollte es Generalsekretär Dr. Withalm.

Heute, da man Vizekanzler Dr. Bock, die Minister Tončić, Schmitz und Hetzenauer sowie die Staatssekretäre Bobleter und Haider mit der Begründung nach Hause schickt, sie seien verbraucht, müßte man doch auch annehmen, daß der Bundeskanzler verbraucht ist. Warum sollte auch beispielsweise der nur 45 Jahre alte Dr. Schmitz, der erst seit 1964 wirklich in der Politik steht, verbrauchter sein als der derzeitige Bundeskanzler nach einer, wie er selbst sagte, zwanzigjährigen politischen Tätigkeit?

Seine Unverbrauchtheit hat jedenfalls der Verteidigungsminister Dr. Prader unter Beweis gestellt. Allen Fehlleistungen und Bundesheerskandalen zum Trotz gehört er nach wie vor dieser Bundesregierung an. Er sitzt fester denn je im Sattel, und er beweist die in der Zweiten Republik entstandene These: Je mehr sich ein ÖVP-Minister zuschulden kommen läßt und je mehr er wegen dieser Vorkommnisse angegriffen wird, desto länger wird er gehalten und desto länger sitzt er im Sattel. — Fürwahr eine neue, aber eine alarmierende und provozierende politische These.

Vor einem Jahr noch hätte der Herr Bundeskanzler die Regierungsumbildung nicht so teuer erkaufen müssen wie heute, nämlich um den Preis einer Verpflichtung zur „Hofübergabe“ und um den Preis einer Aufnahme Dr. Withalms als Vizekanzler und erklärten Kronprinzen, der sich noch dadurch auszeichnet, daß er bis dahin keine Ressortverantwortung zu tragen hat. Der neue Vizekanzler weiß ganz genau: Die Fehler, die die ÖVP-Regierung in den kommenden zwei Jahren noch begehen wird, können ihm, Dr. Withalm, der keine konkrete Ressortverantwortung trägt, in seiner Karriere keinen Schaden zufügen.

Dr. van Tongel

Heute sagt Dr. Klaus: Meine Hoffnung heißt Withalm. Hätte ihn Withalm und die ÖVP vor einem Jahr seine Regierung umbilden lassen, hätte Dr. Klaus wahrscheinlich in seinem Sendungsbewußtsein noch gesagt: Meine Hoffnung heißt Klaus.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang sei auch noch auf die Äußerung des neuen Herrn Vizekanzlers verwiesen, die Vorgänge in der vorgestrigen Nationalratssitzung seien „skandalös“ gewesen. Gleichzeitig erwähne ich auch den Hinweis des Herrn Dr. Gorbach in seiner heutigen Rede, in der er es als unzulässig hinstellen wollte, daß man während einer Rede des Bundeskanzlers Zwischenrufe macht. (*Abg. Dr. Gorbach: Das habe ich eigentlich nicht beabsichtigt!*) Doch, ich habe es Ihnen schon dazwischengerufen, Herr Dr. Gorbach. Sie sprachen von Lärmszenen. Es waren aber keine Lärmszenen. Wenn auf Zwischenrufe der Oppositionsparteien von seiten der ÖVP-Fraktion gleichzeitig mehrere Herren — darunter sehr lautstark Dr. Gruber und Abgeordneter Glaser — antworten, dann herrscht natürlich ein Stimmengewirr. Das ist aber doch kein von der Opposition erzeugter Lärm oder ein Wirbel des Lärmes wegen, sondern das ist eben eine Diskussion von Zwischenrufern.

Nehmen Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, zur Kenntnis: Wir lassen uns auf gar keinen Fall die Redefreiheit in diesem Parlament abschneiden. Und zur Redefreiheit gehören auch die Zwischenrufe. Wenn in einer Erklärung eines Regierungsmitgliedes nach Inhalt und Form Umstände zutage treten, die sogleich einen Protest oder eine Insistierung erfordern, dann muß es jedem Mitglied des Nationalrates möglich sein, sich in einem Zwischenruf zu äußern. Ich darf das hier deponieren, und wir verwahren uns dagegen, daß ein solcher Vorgang als „skandalös“ bezeichnet wird.

Meine Damen und Herren! Das Bundesland Tirol, das bei der Umbildung der Bundesregierung zu kurz gekommen ist, erhebt lautstark Protest. Der Herr Landesparteiobmann Wallnöfer hat Wert darauf gelegt, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß sich die Tiroler Vertreter in der ÖVP-Bundesparteileitung der Stimme enthalten haben, während der Öffentlichkeit durch den ÖVP-Pressedienst mitgeteilt wurde — was formal zwar richtig ist —, daß die Abstimmung über die Regierungsumbildung einstimmig erfolgt ist. Aber dieses nachträgliche Eingeständnis der Tiroler ÖVP ist bemerkenswert.

In diesem Zusammenhang kann ich es mir nicht verkneifen, das zur Kenntnis zu bringen, was die gesamte Redaktion der „Vorarlberger

Nachrichten“ in einer Erklärung am Mittwoch, dem 17. Jänner 1968, in dieser Zeitung veröffentlicht hat, als die fünf Königsmacher der ÖVP ihre erste Kabinettsliste veröffentlicht haben. Hier sind einige Worte enthalten, die man doch zitieren muß. Es ist bemerkenswert, daß diese Worte die ÖVP, ihr Bundesparteibeamten und ihre Bundesparteileitung, doch als so ernst erkannt haben, daß sie sofort danach Herrn Staatssekretär Doktor Haider abservierten — er ist dann auch „freiwillig“ zurückgetreten, nachdem er schon in die neue Liste der Regierungsmitglieder aufgenommen war (*Abg. Dr. Pittermann: Er wäre aber auch freiwillig geblieben!*); er wäre gerne freiwillig geblieben — und Herrn Bürkle aus Vorarlberg schnell noch in die Bundesregierung berufen haben.

Man hört, daß die Frau Sozialminister Rehor in diesem ihrem eigentlichen Arbeitsbereich darüber nicht sehr glücklich ist. Ich habe von einer neuen Ressortverteilung in diesem Ministerium gelesen, die einen wesentlich geringeren Aufgabenbereich für Herrn Bürkle enthält, als dem früheren Staatssekretär Soronics zugewiesen war. Mich interessiert das deshalb, weil ich Angehöriger eines Gesundheitsberufes bin und der frühere Staatssekretär und jetzige Bundesminister Soronics im Sozialministerium mit der Führung der Angelegenheiten der Volksgesundheit betraut war. Dieses Ressort will nunmehr Frau Rehor an sich ziehen, habe ich gelesen. Wir werden ja noch davon hören. Alle diese Kompetenzen hängen überhaupt in der Luft, und man weiß gar nicht, was los ist, also wer eigentlich was tun darf.

Aber zurück zu den „Vorarlberger Nachrichten“ mit ihrem Untertitel „Auflagenstärkste und parteiunabhängige Tageszeitung des Landes Vorarlberg“. Sie schreiben:

„Vorarlberg steht hinter Bobleter.

Als wir in der Redaktion die Liste für das Kabinett Klaus III betrachteten, wie sie von den „großen Fünf“ — na, wirklich große Fünf? — „der ÖVP zusammengestellt worden ist, hatten wir den Eindruck, es handle sich teilweise um ein unterschobenes Produkt politischer Gegner. Als aber Eingeweihte und Kompetente uns zugaben, daß die „Fünf“ schon am Wochenende zu diesem in ganz Österreich mit Kopfschütteln aufgenommenen Ergebnis gekommen sind, erfaßte uns Erschütterung. Ein der ÖVP angehörender Kollege philosophierte, daß die mächtigen Wale von Zeit zu Zeit an Land schwimmen und die Wissenschaft vor einem Rätsel stehe, wieso es zu solchen Selbstmorden komme.“

Der freiwillige Rücktritt war also ein Anland-Schwimmen von mächtigen Walen, bei

Dr. van Tongel

dem die Wissenschaft vor einem Rätsel steht. Eine neue Formulierung für freiwillige Rücktritte!

„Uns bewegt“ — so schreiben die „Vorarlberger Nachrichten“ weiter — „weniger das Schicksal der ÖVP und ihrer Schocks, von denen Generalsekretär Withalm am Wochenende als heilsam sprach. Uns interessiert, wie dieses Land in zweifellos unterschätzt schwierigen Zeiten besser regiert werden kann und muß. Und da hört jede Schönfärberei auf und fängt die bittere Sorge an, warum die Wale freiwillig sich ins Trockene setzen wollen. Es erhebt sich die Frage, ob in der Mehrheitspartei noch Kräfte vorhanden sind, dieses Phänomen abzuwenden, und ob die Volkspartei in den Bundesländern noch Kräfte besitzt, die mithelfen können, das Steuer herumzureißen, oder ob die Regeneration der politischen Verhältnisse außerhalb dieser Partei gesucht werden muß.“

Man wird uns vielleicht mißverstehen, daß unsere Zeitung nur aus menschlicher Treue zum Vorarlberger Staatssekretär (der nach zuständigen Aussagen aus Gründen der ‚Geometrie‘ in der Neubildung der Regierung wahrscheinlich keinen Platz mehr habe) die Dinge zu einseitig sehe. Aber nicht nur wir, auch ganz anders denkende Redaktionen ... sehen im Abgang Bobleters etwa den mutigsten Kämpfer in der Regierung für die Südtiroler entfernt. Eine andere Stimme, die ‚Wiener Wochenpresse‘, wartet auf die ‚Landesfürsten‘, die in Wien noch auftreten, bringt den Affront gegen den Föderalismus mit der Möglichkeit eines zweiten Fußach in Zusammenhang und glaubt, daß Klaus und Withalm nun um die eigene politische Zukunft zu kämpfen haben könnten.“

Meine Damen und Herren! Ich darf hier einschalten, daß die Vorarlberger ÖVP-Treue zu Bobleter sehr rasch ins Wanken gekommen ist, als Herr Bürkle auf der Liste der umgebildeten Regierung aufgetaucht ist. Treue um Treue in der ÖVP!

„Es muß in aller Offenheit ausgesprochen werden“ — so schreiben die „Vorarlberger Nachrichten“ weiter —: „daß, wenn ein Bobleter in Wien nicht mehr gebraucht werden kann, dann gilt eben dort Ehrlichkeit, Sauberkeit und echter politischer Gestaltungswille für ein föderalistisches Österreich gar nichts mehr, und die daraus folgenden Konsequenzen muß man hinnehmen. Es ist nicht Art der Vorarlberger zu kuschen.“ Die Vorarlberger brauchen ja nicht zu kuschen, sie haben es erreicht; jetzt müssen die Tiroler kuschen — das sage ich.

Die Zeitung schreibt weiter: „Wir wissen nicht, wieweit solche Vorgänge im Willen

und in der Absicht des Kanzlers und ÖVP-Chefs Klaus liegen. Es geht nicht in unseren Kopf, daß Klaus, der den Vorarlbergern sehr viel verdankt, eine Kabinettsliste ohne Vorarlberg und Tirol wünscht, falls er sie aber akzeptieren will, würde es ihn zum Gefangenen der Zentralisten machen, die ihn bei der nächsten Station ausbooten. Ein Withalm als Vizekanzler ohne verantwortliches Ressort markiert eine Absicht, die leicht durchschaubar ist, hoffentlich nicht zu spät auch für Klaus und die Landesparteiobmänner. Withalm“ — so heißt es recht bemerkenswert weiter — „soll einmal eine fachliche Leistungsprobe ablegen!“ — So sage nicht ich, sondern das sagen die „Vorarlberger Nachrichten“. Sie sagen weiter:

„Ein Kabinett Klaus III, wie es die ‚Fünf‘ wollen, dürfte ein Kabinett Kreisky I förmlich provozieren. Zumindest aber ein Kabinett Kreisky-Withalm I oder Kreisky-Maleta I. Die Erregung über die Fehlleistung der Regierungsmacher hat ganz Österreich erfaßt. Die Niedergeschlagenheit kam aus vielen Anrufen aus Wien und den Bundesländern in unserer Redaktion zum Ausdruck. Sollte das Schauspiel wie geplant über die Bühne gehen, ohne westösterreichische Beteiligung und mit einem Kanzler auf dem Tiefpunkt an persönlichem Prestige und verlорener Autorität, werden viele zentrifugale Kräfte frei. Die ‚Fünf‘ würden sich wundern, wie weit sie sich vom geschenkten Sieg vom 6. März 1966 entfernt haben, den sie selbst nicht errungen haben. Wahrscheinlich müßte auch die Vorarlberger ÖVP, um die Kontrolle über ihren Bereich nicht zu verlieren, sich früherer Überlegungen erinnern, unabhängiger zu werden.“ — Das ist eine ganz schöne Ankündigung. (*Abg. Weikhart: Ganz hart, nicht?*) — „Ein Mitmachen der Vorarlberger ÖVP mit den ‚Fünf‘ oder ein bloßes Protestieren gegen die Zentralisten wäre unzulänglich.“

Und zum Schluß dieser sehr bemerkenswerten Darlegungen heißt es:

„Am Rande vermerkt, ist es ein politischer Roheitsakt, einen Staatssekretär wie Dr. Bobleter am Samstag noch ins Ausland auf ein Politikertreffen zu schicken und am Sonntag denselben Mann als Regierungssprecher in Aufklärungsversammlungen in Vorarlberg einzusetzen, während kurz zuvor schon die obersten ‚Fünf‘ beschlossen hatten, ihn abzusetzen.“ — (*Abg. Dr. Pittermann: Da hat der Bobleter noch gar nicht gewußt, daß er freiwillig zurückgetreten ist!*) — „Als die SPÖ es seinerzeit mit Olah ähnlich in Niederösterreich machte, zeigten die gleichen Leute in der ÖVP höchste Entrüstung.“ — Der Olah hat es aber gewußt. — „Gleichfalls markiert es einen

Dr. van Tongel

Tiefpunkt im Denken, wenn die Parteiführer nicht eine Regierung anstreben, die auf die herrschenden schweren Probleme abgestimmt ist, sondern bloß auf die Partei-Geometrie und statt auf das notwendige Staatsdenken auf ... ein neues Team für den Wahlkampf der ÖVP, wobei freilich in der Einschätzung der Wähler sehr wirklichkeitsfremde Gedanken vorherrschend zu sein scheinen.“ (*Abg. Weikhart: Kein sozialistisches Blatt!*)

Meine Damen und Herren! Das waren die „Vorarlberger Nachrichten“. Ich glaube, man kann dieser trefflichen Darlegung nichts mehr beifügen, hier steht alles darin.

So hoffen wir, meine Damen und Herren — das hat unser Parteiobmann ja schon zum Ausdruck gebracht —, daß die Hofübergabe bald stattfinden wird. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Staudinger das Wort.

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Sie können sich gar nicht vorstellen, wie überrascht und perplex wir waren, als wir hier von den Rednern der Oppositionspartei hörten, daß sie dieses neu formierte Kabinett Klaus ablehnen. Es ist wirklich eine große Überraschung.

Es ist auch einiges an Begründung dazu gegeben worden. Der Herr Vizekanzler a. D. Dr. Pittermann hat die Begründung zuerst einmal in eine nette Rechenaufgabe gekleidet, wie das mit den Verschiebungen bei den Staatssekretären sei. Nun, ich glaube, die Frage, welche Regierung hier antreten müßte, um Ihre Zustimmung zu finden, ist mit Rechenaufgaben gar nicht zu lösen. (*Heiterkeit und Zustimmung bei der ÖVP.*) Eine solche Regierung gibt es einfach nicht, denn für Sie gilt das, wie es etwa im „Faust“ steht, daß man „von dem Rechten allzuweit“ entfernt ist, wie es der pensionierte Minister sagt, „denn freilich, als wir alles galten, da war die gute goldene Zeit“, und heute ist das alles natürlich ganz anders.

Es sind heute hier parteiinterne Vorgänge angerührt worden, ganz bestimmt schmerzliche Vorgänge, wie wir zugeben müssen, es ist die Frage der freiwilligen Rücktritte besprochen worden. Wir haben dazu zu sagen, daß das der normale Vorgang ist. Gerade die Kollegen von der sozialistischen Fraktion fragen wir, wie das denn seinerzeit gewesen ist, als der sozialistische Innenminister Olah „freiwillig“ zurückgetreten ist. (*Abg. Ing. Häuser: Das stimmt ja nicht!*) Natürlich stimmt das nicht, natürlich ist er nicht freiwillig zurückgetreten, aber die offizielle Version war die Freiwilligkeit — zum gleichen Zeitpunkt, wo Nennung im „Forum“ von den geheimnisum-

witterten Vorgängen um Olah geschrieben hat, die an die besten Zeiten im Kreml gemahnen. Wir haben nicht gefragt, als seinerzeit Tschadek „freiwillig“ zurückgetreten ist.

Es wurde gesagt: Wenn Harwalik seinerzeit das Kabinett Klaus als das bestdenkbare Kabinett, das erstbeste sozusagen bezeichnet hat, dann muß das jetzt das zweitbeste sein. Dann wurden Sie, Herr Vizekanzler a. D. Dr. Pittermann, durch Zwischenrufe an die Vorgänge auf dem Sozialistischen Parteitag erinnert. Auch damals hat es noch geheißen „Pittermann für jedermann“, der Allerbeste. Ich muß jetzt fragen: Wie ist das jetzt mit Dr. Kreisky? Ist er der Zweitbeste oder ist er der Erstbeste, oder waren Sie vielleicht gar nicht der Erstbeste? (*Beifall bei der ÖVP.*) Damals, beim Sozialistischen Parteitag, wurde uns gesagt, daß Pittermann der Gordische Knoten der SPÖ ist. Nachdem dieser Gordische Knoten seinerzeit nicht gewaltsam durchschlagen wurde, warten wir darauf, daß er später einmal friedlich aufgeknüpft wird. (*Heiterkeit bei der ÖVP. — Zwischenrufe. — Abg. Dr. Withalm: Beim Pittermann nicht leicht vorstellbar!*) Ich habe vom Knoten gesprochen.

Sie haben natürlich auch einiges an sachlichen Begründungen gebracht. Sie haben zum Beispiel von der Mißachtung der sozialistischen Alternativen bei den Wachstumsgesetzen, bei der Wohnbauförderung, bei der Mietrechtsänderung und so weiter gesprochen. Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, Sie haben seinerzeit, als hier im Hause die Wachstumsgesetze verabschiedet wurden, nicht aufgepaßt, sonst würden Sie sich erinnern, welche inferiore Rolle die sozialistische Opposition damals gespielt hat! (*Beifall bei der ÖVP.*) Es tut mir leid, daß ich diese langweiligen Dinge aufzählen muß, daß wir immer von den alten Sachen reden müssen. (*Abg. Dr. Pittermann: Nicht ein Abgeordneter von Ihnen hat dazu gesprochen! Vier Stunden haben Sie im Ausschuß zugehört!*) Ich werde Ihnen beweisen, daß wir immer von alten Sachen reden müssen, denn die Sozialistische Partei, die moderne Partei, bereitet sich ständig auf die Krisen von gestern vor, redet immer wieder von den alten Dingen und wiederholt sie mit einer Konsequenz sondergleichen. Ich erinnere Sie daran, daß die SPÖ Vorschläge gemacht hat, daß die steuerliche Begünstigung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln erfolgen soll, daß der Verlustvortrag statt auf fünf Jahre nur auf drei Jahre erfolgen soll. Es war der Abgeordnete Dr. Weihs, der das vorgebracht hat. Dann hat Dr. Weihs Bedenken gegen die steuerfreien Investitionen geäußert. Nach ihm hat sich der Abgeordnete Kostroun gemeldet und justament, obwohl Weihs Be-

Staudinger

denken geäußert hat, eine Verdopplung der steuerfreien Rücklagen aus nichtentnommenen Gewinnen verlangt, weiters eine Begrenzung der Bewertungsfreiheit mit 1971, eine Differenzierung der AfA und eine Bewertungsfreiheitsbegrenzung für den Ausbau von Portalen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Czettel: Selektiv!)* Es tut mir leid, ich muß diese langweiligen Dinge erzählen. Kommen Sie nicht mit den alten Kalauern, dann entgegennahm wir nicht mit solchen Argumenten! *(Abg. Dr. Pittermann: Für die Steuerfreiheit der Lebensversicherungen haben Sie gestimmt! Morgen heben Sie sie wieder auf! Schattenpolitik!)*

Ich muß Ihnen folgendes sagen: Die Alternativen, die hier die Sozialistische Partei durch ihre Sprecher Dr. Weihs und Kostroun geboten hat, sind zweifellos Grund genug gewesen, die Wachstumsgesetze abzulehnen. Wir müssen uns nur fragen: Wären wir diesen Alternativen gefolgt, was wäre anders? Wäre eine andere Wachstumswirksamkeit ausgegangen? Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, lesen Sie doch bitte die Protokolle nach *(Abg. Dr. Pittermann: Sie haben nicht einmal diskutiert! „Wir haben die Mehrheit — Schluß!“)*, und Sie werden das bestätigt finden. Sie haben aus den „Oberösterreichischen Nachrichten“ — vorsichtigerweise natürlich nur zum Teil — zitiert: „Tausende Mieter suchen Rat“, also über das Desaster auf dem Gebiet des Mietrechtes. Sie haben nicht vorgelesen, daß es hier in diesem Artikel heißt: „Eine Umfrage unter Linzer Wohnungsvermittlungsbüros ergab die einhellige Meinung“ — das ist jetzt vorerst einmal negativ gemeint —: „Die Preislage der Wohnungen ist völlig unverändert, ein größeres Angebot nicht zu bemerken.“ — Nun gestatten Sie mir den Rückschluß: Wenn die Preislage der Wohnungen völlig unverändert ist, was stimmt denn dann an der sozialistischen Propaganda, daß diese Mietrechtsänderungen die Mieten hinauf-treiben werden? *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Sie haben gesagt, es wird billiger! — Abg. Weikhart: Billiger werden die Wohnungen, haben Sie gesagt! Niedriger soll es werden, lieber Herr! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Moser: Sie haben gesagt, die Ablösen verschwinden!)*

Ich muß Ihnen auch den letzten Absatz vorlesen, über den Mieterschutz. „Nur für jede freiwerdende Wohnung, sei es weil sie leer steht oder weil Kündigungsgründe vorhanden sind, ist der Zins sechs Monate nach dem Freiwerden frei vereinbar. In falscher Auslegung dieser Gesetzesstelle wurde versucht, in manchen wie bisher weiterbestehenden Mieterschutzwohnungen freie Mietvereinba-

rungen durchzusetzen.“ Und hier ist eben die klare rechtliche Situation ausgesprochen. *(Abg. Dr. Pittermann: So klar, daß die Bezirksrichter eingesetzt werden!)*

Sie haben sich auch nicht geniert, Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, das Problem der Krise im Kohlenbergbau hier hereinzuziehen, die Schließung von Kohlenbergwerksbetrieben *(Abg. Dr. Pittermann: Was heißt „geniert“? Ich habe mich nicht zu genieren! Zu genieren hat sich der Bundeskanzler, der hat seine Zusage nicht gehalten!)*, denn Sie wissen ganz genau, wo die Ursachen der Kohlenbergbaukrisen sind, und in Fußnote dürfen wir vermerken — was manchmal von der Planung zu halten ist —, daß die Hohe Behörde Kohle und Stahl zu Luxemburg im Jahre 1957 den forcierten Abbau der Kohle gefordert hat, um eine drohende Energielücke in Westeuropa zu schließen. *(Abg. Eberhard: In Kärnten wurden Tausende Arbeiter entlassen!)* Herr Abgeordneter Eberhard, das ist ein Faktum! Ein Jahr später ist die Kohlenkrise ausgebrochen *(Abg. Weikhart: Tausende Leute wissen nicht, wohin sie gehen sollen!)* und hat mit kurzen Unterbrechungen sich ständig verschärfend bis zum heutigen Tage angedauert. *(Abg. Weikhart: Der Kanzler verspricht, und was ist geschehen? Nichts ist geschehen! — Abg. Eberhard: Gehen Sie nach St. Stefan! Schauen Sie sich das Elend der Arbeiter an! — Abg. Weikhart: Sagen Sie das den Bergarbeitern!)* Sie wissen ganz genau, daß die Kohlenkrise eine Begleiterscheinung auch der Wohlstandswährung ist, weil eben die privaten Haushalte, weil eben die Betriebe die Mittel hatten, auf das zweckmäßigere Heizöl umzustellen *(Abg. Eberhard: „Arbeitsplätze für alle Österreicher“!)*, daß die Rationalisierungserfolge im Kohlenbergbau durch die Kostensteigerungen ständig überkompensiert werden und daher die Gestehungskosten steigen. *(Abg. Czettel: Wo sind die 900 Arbeitsplätze?)* Herr Abgeordneter Czettel! Der Herr Abgeordnete Guggenberger hat einen sehr interessanten Brief einer Kärntner Firma, die 100 bis 150 Arbeitsplätze geschaffen hat *(Abg. Weikhart: Der Herr Guggenberger ist uns nicht maßgebend! — Abg. Czettel: Wo sind die 900 Plätze? — Abg. Eberhard: Gehen Sie mit mir nach Wolfsberg!)*, mit der Auflage, daß 50 Arbeitsplätze durch aus den Kohlenbergbaubetrieben Freiwerdende besetzt werden müssen. *(Abg. Czettel: Wollen Sie 50 gegen 1100 austauschen?)* Und er schreibt: Obwohl er diese Arbeitskräfte dringend braucht, obwohl das eine Bedingung ist, die er eingehen mußte, um überhaupt den ERP-Kredit zu bekommen, ist es ihm unmöglich; er kann niemanden bekommen, es wird niemand zugewiesen. Er beschwert sich bei Guggenberger

Staudinger

darüber und ersucht ihn, er möge im Sozialministerium vorsprechen. (*Abg. Dr. Pittermann: Wo ist der Betrieb, Herr Staudinger? Wo ist der Betrieb?*) Sie wissen alle genauso gut wie wir, daß die extrem defizitären Kohlenbergbaubetriebe einfach nicht zu halten sind, und Sie wissen so wie wir, daß die Umstellung in der Hochkonjunktur, zu einem Zeitpunkt, wo Sie noch alles galten, Herr Vizekanzler, zweckmäßiger gewesen wäre.

Aber für die Kohlenkrise gilt dasselbe wie für die ganze Budgetdemagogie (*Abg. Moser: Wo ist der Betrieb? — Abg. Eberhard: Er ist nicht imstande, es zu sagen!*), gilt das gleiche, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt und muß es wieder zitieren, weil es Franz Psik als Sozialist so großartig im „Forum“ formuliert hat:

„Die fundamentalsten volkswirtschaftlichen Wahrheiten ... wurden von diesen Demagogen“ — er spricht nicht von der ÖVP, sondern er redet seinen Parteifreunden ins Gewissen, lesen Sie im „Forum“ Juni/Juli 1966 nach! — „mit souveräner Verachtung negiert. Als Effekt dieser ... demagogischen Propaganda bleibt zuletzt bei den meisten Wählern ein gänzlich verzerrtes Bild vom Wesen der Politik und der Wirtschaft ... zurück. Eine wüste Schwarz-Weiß-Malerei feiert hier ... ihre Orgien und kurzfristigen Erfolge. Jede in den realen wirtschaftlichen Tatsachen begründete Schwierigkeit, Mißerfolge und Probleme auf irgendwelchen Gebieten des öffentlichen Lebens werden kaltblütig den politischen Gegnern in die Schuhe geschoben.“

Das gilt auch für die sogenannte Budgetkatastrophe! Das gilt auch von dem, was der Abgeordnete Dr. Kreisky gesprochen hat, der uns hier eine hochinteressante Vorlesung darüber gehalten hat, wie vorteilhaft es ist, wenn man keine Kredite, keine Darlehen aufnehmen muß, wie vorteilhaft das ist, wenn man — wenn man schon fremder Mittel bedarf — diese im Inland aufreiben kann, und wie weniger vorteilhaft, wie schädlich es ist, wenn man sich ins Ausland begeben muß, wenn man sich also im Ausland verschulden muß. Auch hier geht Kreisky konsequent den Weg, den er geht, seit er Vorsitzender der Sozialistischen Partei ist (*Abg. Weikhart: 7 1/8 Prozent und 18 Monate!*), daß er zwar den Finger auf Wunden legt, daß er selber aber nicht die geringste Andeutung macht, wie er es wohl gemacht hätte.

Wir müssen fragen: Wenn wir vom Ausland kein Geld bekommen hätten, hätte dann der österreichische Kapitalmarkt durch die Anforderungen der öffentlichen Hand vollkommen zerschlagen werden sollen (*Abg. Pansi: Weniger Schulden machen!*) — mein Gott, Herr

Pansi! — oder hätte man darauf verzichten sollen, daß zwei Fliegen auf einen Schlag getroffen werden: erstens einmal, daß die Konjunktur angekurbelt wird (*Abg. Moser: Die 40 Millionen Parteipropaganda hätte man nicht gebraucht!*), und zweitens in die Infrastruktur mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln investiert wird? Hätte der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky denn wirklich gewollt, daß nicht wenigstens vom Haushalt der öffentlichen Hand her Konjunkturstützungen, Konjunkturbelebungen ausgehen? Hätte er denn gewollt, daß wir mehr Arbeitslose haben?

Wir müssen diese Fragen schon stellen, und wir müssen ihm auch zu der Hereinnahme ausländischen Kapitals den Dr. Fritz Klenner zitieren, der hier in der letzten Nummer der „Zukunft“ schreibt. (*Abg. Moser: 40 Millionen für Parteipropaganda wären nicht notwendig gewesen!*) Ja, darauf komme ich noch zu sprechen. Bitte, bleiben Sie noch so lange herinnen!

Dr. Fritz Klenner spricht in diesem Artikel in der letzten „Zukunft“ davon, daß wir Geld nehmen müssen. „Unsere Ökonomen und Techniker“ — sagt er — „können zwar ein Reformprogramm erstellen, aber um es durchzuführen, brauchen wir Geld und wieder Geld. Da wir nicht genügend davon haben, müssen wir es nehmen, von woher wir es bekommen können.“

Ich weiß, Dr. Klenner meint hier in erster Linie Beteiligungskapital, aber in gleicher Weise gilt das auch für Darlehen, denn Dr. Hauser hat sehr richtig die Frage gestellt: Was wäre geschehen, hätten wir diese Mittel nicht bekommen? Aber hier versucht der Abgeordnete Dr. Kreisky ein wenig die Scharte auszuwetzen (*Abg. Weikhart: Aber billiger hätten wir sie haben können! Das hat Kreisky bewiesen!*), die sich er, die sich die Sozialistische Partei überhaupt immer dann holt, wenn sie konkret wird, nämlich den peinlichen Ausrutscher, den er erlebt hat, als er den Herrn Finanzminister Dr. Schmitz angegriffen hat. Es ist sehr erstaunlich, daß der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky fünf Wochen — fünf Wochen! — dazu braucht, um hier zu entgegnen, und vorsorglicherweise den Zeitpunkt abwartet, bis der Finanzminister Dr. Schmitz nicht mehr im Hause ist. (*Abg. Weikhart: Warum haben Sie ihn überhaupt weggeschickt? — Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.*)

Wir haben Ihnen Beweise gebracht, wir haben Ihnen hier im Haus in endlosen Diskussionen bewiesen, daß dieses Budget eben kein „Katastrophenbudget“ ist, daß dieses Budget absolut den konjunkturpolitischen Grundsätzen entspricht, die auch von den sozialistischen Nationalökonomen postuliert werden. (*Abg.*

Staudinger

Dr. Pittermann: Herr Staudinger! Wo bleibt das Eventualbudget? — Abg. Dr. Withalm: Kommt schon!) Das Eventualbudget? Darüber wird noch zu reden sein. Wir haben den Beweis geführt, wir haben Ihnen die sozialistischen Wirtschaftsexperten zitiert, aber als das geschehen ist, hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky hierhergestellt und hat im milden Ton, einschmeichelnd, mit der Stimme eines 200.000 S-Autoverkäufers gesagt: Wissen Sie, der Aush — das ist schon ein sehr betagter Herr! — Das erinnert mich haargenau an das, was Dr. Winter seinerzeit hier stehend gesagt hat, als wir Nenning zitierten. Da hat Dr. Winter gesagt: Sie können ihn haben, packen Sie sich ihn ein! — Also allmählich geht es bei Ihren Leuten offenbar auch so.

Das Budget als die wichtigste Konjunkturstütze und das Budget als die Voraussetzung — unser Budget! — für die Sicherung der Arbeitsplätze. Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, Sie haben gesagt, die Klaus-Erklärung strotzt ... (*Abg. Eberhard: So wie bei der LAKOG! 1300 Arbeiter auf die Straße gestellt!*) Lassen Sie sich Zeit, ich komme auch darauf noch zu reden! Lassen Sie sich ein wenig Zeit, Herr Abgeordneter Eberhard!

Herr Vizekanzler Dr. Pittermann! Sie haben gesagt, die Klaus-Erklärung strotze von Formeln über wirtschaftliche Schwierigkeiten oder so ähnlich, wobei vor zwei Jahren davon noch nichts zu hören war. Ich weiß, vor zwei Jahren oder meinetwegen noch etwa vor eineinhalb Jahren oder vor einem Jahr haben Sie davon geredet, daß die ÖVP nichts anderes tue, als die österreichische Wirtschaft gesundzubeten. Ich weiß, daß ein „Gesundbeten“ natürlich nicht genügt, aber Sie alle wissen ganz genau, daß die Regierungen oder meinetwegen auch die Planungsbehörden denken und die Wirtschaftssubjekte lenken, und Wirtschaftssubjekt ist jeder einzelne Unternehmer und auch jeder einzelne Verbraucher.

Auch dabei müssen wir darauf hinweisen, daß es sozialistische Politiker sind, die auf die Bedeutung der „psychologischen Grundbefindlichkeit“ nachdrücklich hinweisen. Ich erinnere Sie daran, mit welcher Unentwegtheit Herr Professor Schiller in der Bundesrepublik davon geredet hat, daß die Talsohle erreicht und durchschritten sei, als noch lange keine Anzeichen dafür da waren, als klar erkennbar war, daß die sogenannte konzentrierte Aktion mit ihrem kurzfristigen Programm nicht zum Erfolg wird führen können. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber Mussil hat es geglaubt!*)

Ich kann Ihnen auch dazu Professor Fritz Klenner zitieren, der sagt, es sei allerdings nicht opportun, die Zukunft schwarzzumalen,

psychologische Faktoren können weitgehend und anhaltend das Wirtschaftsleben beeinflussen.

An dieser Stelle muß ich auch auf die Berufung eines Staatssekretärs für das Informationswesen im Bundeskanzleramt zu sprechen kommen. Abgeordneter Dr. Kreisky redete davon, daß hier ernste Zweifel an der demokratischen Gesinnung der ÖVP auftreten. Wir müssen ihm das Wort sagen, das Kurt Vorhofer irgendwann einmal im „Forum“ geschrieben hat: Die Sozialisten spielen sich immer als die Lehrmeister in Demokratie auf und weisen auf ihre Verdienste in der Vergangenheit hin. Sie haben ganz vergessen, daß Österreich eine demokratische Republik ist, daß alle Vorrechte der Geburt abgeschafft sind. Das gilt auch für die politischen Parteien. Wir lassen uns von Ihnen keinen Mangel an demokratischer Gesinnung vorwerfen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es gibt eine Fundgrube von Zitaten: Wir müssen Professor Klenner wirklich danken, daß er gerade rechtzeitig in der letzten „Zukunft“ vor dieser Debatte noch einen Artikel unterbrachte. Klenner sagt: Steuern zahle niemand gern, und so weiter (*Abg. Eberhard: Was hat das mit Pisa zu tun?*), daher werde Aufklärung über das Wie und Wo doppelt notwendig sein, um einer falschen Steuermentalität zu begegnen, und so weiter. Aber hier empört sich mit schöner sittlicher Entrüstung Herr Abgeordneter Dr. Kreisky darüber, daß seiner Version nach sozusagen mit Steuergeldern Parteipolitik getrieben werde. (*Abg. Weikhart: Na was denn?*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Warten wir das ab! In einer modernen Zeit muß auch eine Regierung das Recht haben, Informationen zu geben. Abgeordneter Doktor Kreisky sagt, das solle man den Zeitungen überlassen. (*Abg. Moser: Den Parteijournalisten!*) Dazu müssen wir fragen: Was glauben Sie: Wird sich Pisa an eine Rotationsmaschine setzen und vielleicht im Hektographieverfahren Postwürfe abziehen, oder wird er nicht jener sein, der eben den Zeitungen die Informationen gibt? (*Abg. Eberhard: Österreichs Steuerzahler werden es zahlen!*) Die Zeitungen werden selbstverständlich das Recht haben, diese Informationen auch entsprechend zu kommentieren.

Ihre sittliche Entrüstung wirkt ein bißchen grotesk, wenn man bedenkt, daß erst vor relativ kurzer Zeit die Stadtgemeinde Wien eine ganz neue Propagandaabteilung geschaffen hat. Wie man hört — nehmen Sie mich bitte nicht beim Wort, es braucht nicht genau zu stimmen —, sind dort 30 bis 40 Personen beschäftigt. (*Abg. Dr. Kreisky: Auch ÖVPler!*)

Staudinger

Wie man hört und wie aus dem Budget hervorgeht, stehen für Propaganda 20 Millionen Schilling zur Verfügung. Haben Sie das Plakat schon gesehen, das hier in Wien affiziert wurde, unterschrieben mit „Der Rathausmann“? Ich weiß es nicht genau, aber der Verdacht ist wohlbegründet, daß dieses Plakat, mit dem gegen das Mietengesetz polemisiert wird, von der Stadtgemeinde Wien stammt und von dort finanziert wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Fällt Ihnen etwas auf? Da wird mit Steuergeldern ein Plakat finanziert (*Abg. Weikhart: Mit den Stimmen der ÖVP!*), um ein Gesetz anzugreifen, das die frei gewählte Vertretung des österreichischen Volkes in diesem Hause mit Mehrheit beschlossen hat! Fällt Ihnen da etwas auf? (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Moser: Parteipropaganda um Steuergelder!*)

Während die sozialistischen Gebetsmühlen mit einer Unentwegtheit sondergleichen das Wort von der „Krise“ plappern, hat die ÖVP-Regierung gehandelt (*Abg. Weikhart: Tausende Bergarbeiter suchen Arbeitsplätze! Diese Feststellung nennen Sie „plappern“!*) und hat die Vollbeschäftigung im Prinzip aufrechterhalten können und auch die Masseneinkommen, sie hat die Einkommen der Rentner und Pensionisten erhöhen können. Herr Staatssekretär Weikhart! Sie wissen das selbst ganz genau, Sie reden jetzt wie in einem Wirtshaus. (*Abg. Weikhart: Sie vergessen, daß ich in kein Wirtshaus gehe! Wirtshausbesucher sind Sie!*) Sie wissen ganz genau, daß im Kohlenbergbau die Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist. (*Abg. Machunze: Staudinger! Weikhart ist Abstinenzler! Er geht nicht ins Wirtshaus!*) Pardon! — Sie wissen ganz genau, daß es keinen pragmatisierten Arbeitsplatz gibt. (*Abg. Moser: Wo sind die Ersatzarbeitsplätze?*) Die Vollbeschäftigung ist unser unangefochtenes Dogma, aber das kann nicht heißen, daß jeder, der einmal einen Arbeitsplatz eingenommen hat, dort sitzenbleiben kann. (*Abg. Eberhard: Das werden wir den Bergarbeitern sagen!*) Das geht eben in einer Zeit der sich rasch wandelnden Wirtschaft nicht, das ist in einer solchen Zeit einfach unmöglich.

Ich könnte Ihnen, wäre ich auf diesen lächerlichen Einwand vorbereitet, x sozialistische Publizisten zitieren, die das gleiche sagen.

Wir müssen die Frage stellen und stellen sie insbesondere Herrn Abgeordneten Dr. Kreisky: Was würden denn die Sozialisten tun, wenn sie an der Macht wären? (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das werden Sie schon sehen!*) Welche Alternativen — ich weiß, das Wort „Macht“ hören Sie nicht gern — werden geboten? Kreisky sagt: Ich weiß nicht, in

Österreich gibt es Leute, die haben einen Alternativen-Komplex. (*Abg. Dr. Kreisky: Sie zitieren mich falsch!*) Nein, ich zitiere den Sozialisten Franz Friedrich Koja, der im „Forum“ schrieb, subjektiver Zweck der Opposition sei es, die Regierung zu stürzen und das nächste Mal selbst die Mehrheit zu kriegen, und er fügt hinzu, die objektive Aufgabe der Opposition sei es, dem Wähler in sachlicher und in personeller Hinsicht Alternativen zu bieten zu der herrschenden Mehrheit und zu deren Politik. Das ist bisher von den Sozialisten nicht geschehen. (*Abg. Dr. Pittermann: Doch!*) Nein, das ist nicht geschehen. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie haben es immer abgelehnt! Ihre Gewerkschafter durften nicht so stimmen!*) Ich zitiere Kreisky. (*Zwischenrufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Wir haben mehrere Alternativen vorgeschlagen! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*) Wenn die Fernsehlampen verlöschen, werden sich die Zwischenrufe schon wieder verlieren. Ich zitiere Kreisky, der gesagt hat: In Österreich gibt es einen Alternativen-Komplex! Wir werden es schon zeigen! (*Abg. Dr. Pittermann: Aber es liegt ja im Haus!*) Was die Opposition zum Budget 1968 sagen wird, das halten wir noch ganz geheim! Wir werden dann schon damit kommen.

Es wird damit die Auffassung gestützt, von der eine österreichische Wochenzeitung schreibt, daß der Sozialistischen Partei sehr wohl ein wirtschaftspolitisches Konzept ihrer Nationalökonom vorgelegen sei, daß man sich aber gehütet habe, dieses Konzept vorzulegen, weil das politischer Selbstmord gewesen wäre. (*Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Beifall bei der ÖVP.*) Darin steht nämlich, die einzige Rettung Österreichs — daran ist ja absolut Wahres — liege darin, daß Österreich sich aus der Mittelstandsromantik lösen müsse und daß das Glück eben im Ausbau der verstaatlichten Betriebe und im Zerschlagen des steuerpauschalierten Gewerbes und der subventionsverhätschelten landwirtschaftlichen Minibetriebe liege. Ferner steht dort drinnen, man solle ruhig die Luxusgüter straffer und strenger besteuern, denn — so wird wörtlich gesagt, ich habe es aus der Zeitung — schließlich brauche nicht jeder Hausmeister ein Auto zu haben. (*Hört! Hört!-Rufe bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: Woher haben Sie das?*)

Herr Abgeordneter Dr. Pittermann! Von der Erhöhung der Vermögensteuer — das scheint mir im Hinblick auf den Artikel des Professors Dr. Klenner durchaus erklärlich zu sein — halten sozialistische Experten wenig. Sie betrachten das als eine Floskel aus dem sozialromantischen Ausgedinge und eher als

Staudinger

eine Verbeugung vor dem Stammwähler denn als einen ernst zu nehmenden Akt politischer Klugheit. (*Abg. Dr. Pittermann: Zwingen Sie uns zur Zustimmung! Schlagen Sie es vor! Machen Sie die Probe!*)

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky ist uns als Diskussionsmatador längst bekannt. Wir hätten ihn doch gerne auch einmal als Wirtschaftsfachmann kennengelernt. Ich war darauf gefaßt, daß er uns heute überrumpelt und daß er hier sein Konzept ausbreitet, er ist ein phantastischer Formulierer, obwohl er heute zeitweise ein bißchen müde gewirkt hat. Allerdings glauben wir: Mit Belletristik ist die Wirtschaft, ist das Budget nicht zu sanieren! Und wo konkrete Alternativen geboten wurden, da hat es ja immer mit einer Blamage geendet. Ich erinnere an den Minderheitsbericht, der hier zur Diskussion gestanden ist. (*Abg. Sekanina: Herr Kollege Staudinger! Nach welcher Methode sanieren Sie das Budget?*) Ich erinnere, Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, an das „Programm für Österreich“ gottseligen Angedenkens, wo Sie sich von Ihrem Parteifreund Butschek sagen lassen mußten: Auch nachdem die ärgsten Widersprüchlichkeiten daraus beseitigt waren, blieb dieses „Programm für Österreich“ noch immer ein Dokument ökonomischer Ahnungslosigkeit! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Eberhard: Die „Aktion 20“!*)

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky spielt hier ein Spiel, das uns bereits seit den Brüdern Grimm bekannt ist: Ach, wie gut, daß niemand weiß, daß ich Rumpelstilzchen heiß! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*) Ob es aber mit dieser Methode geht, ist die Frage! Da uns keine Alternativen geboten werden, stellen wir die Frage ... (*Abg. Dr. Pittermann: Aber die liegen in den Ausschüssen! Beraten Sie sie einmal! Haben Sie den Mut, hier nein zu sagen! Sie reden nicht darüber! Sie haben Angst!*) Herr Abgeordneter Doktor Pittermann! Ich lasse mir von Ihnen meine Fernsehzeit nicht stehlen. Wir stellen die Frage: Wie ist es denn dort, wo Sozialisten am Ruder sind? Wir müssen diese Frage stellen (*Abg. Dr. Pittermann: Schauen Sie die Einlaufnummern an! Sie haben keine Ahnung, was im Haus liegt!*), nicht deswegen, damit wir uns mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten in anderen Ländern trösten, wir müssen diese Frage vielmehr deswegen stellen, um den Sozialisten auf den Zahn zu fühlen. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie stellen sich gegen die Alternativen, sie liegen im Hause! Sie verhindern nicht die Einbringung, das können Sie nicht, aber die Debatte!*) Wie ist es denn dort, wo Sozialisten am Ruder sind?

Herr Abgeordneter Dr. Pittermann! Das einzige Ergebnis der Unterhausdebatte im Juli des vergangenen Jahres war die Tatsache,

daß die Regierung Wilson am Ende ihres Lateins ist und daß sie nur mehr auf bessere Zeiten hoffen kann. Der Schatzkanzler Callaghan hat expressis verbis zugegeben, daß die englische Wirtschaft einen gefährlichen Seiltanz aufführt und daß die Arbeitslosigkeit noch zunehmen wird. Handelsminister Jay hat seine ganze Weisheit ausgebreitet, indem er gesagt hat, es bleibe nichts anderes zu tun, als die Exporte zu fördern und alle geeigneten Maßnahmen zur Ankurbelung des Verbrauches zu ergreifen. Nach 1000 Tagen Wilson-Regierung war kein einziges finanzielles und kein einziges wichtiges wirtschaftspolitisches Problem gelöst. Die Deflation mit einkalkulierter Arbeitslosigkeit sollte die Zahlungsbilanz sanieren. Das Ergebnis war ein Zahlungsbilanzdefizit mit einer stärkeren Arbeitslosigkeit.

Mit dem Auslaufen des ersten Lohnstopps, wird uns berichtet, sind Lohnforderungen von 800.000 Arbeitern der Metallindustrie vorgelegen, und niemand hat daran gezweifelt, daß diese Lohnforderungen ... (*Abg. Sekanina: Warum reden Sie nicht von den österreichischen Verhältnissen? Wann reden Sie über Österreich?*) Nein! Da Sie es uns schuldig bleiben, sich mit Ihren Alternativen auseinanderzusetzen, reden wir von den Ländern, in denen Sozialisten ihre Wirtschaftspolitik exerzieren können. Obwohl niemand daran Zweifel hatte, daß diese Lohnforderungen gerechtfertigt waren, mußten sie abgelehnt werden, weil sie sich die englische Wirtschaft überhaupt nicht leisten konnte. (*Abg. Dr. Pittermann: Jetzt wissen wir das Rezept, und jetzt kennen wir das ÖVP-Rezept von Klaus!*)

Nach 1000 Tagen Wilson waren einige Maßnahmen zur Unterstützung sozial Hilfsbedürftiger gesetzt, war eine einigermaßen nützliche Kontrolle der Mieten erreicht, war die Todesstrafe abgeschafft, war die heißumstrittene Stahlverstaatlichung durchgeführt, und — großartiger Erfolg! — die Homosexualität war straffrei gestellt. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Lesen Sie in „Financial Times“ aus der jüngsten Zeit nach! Lesen Sie über die Einsparungen, die dort auf dem Gebiet der Verteidigung, des Unterrichtswesens, des Gesundheitswesens, des Wohnbaues, des Straßenbaues und so weiter vorgenommen werden müssen!

Auch die von Ihnen so sehr geschätzten beziehungsweise verpönten Maßhaltappelle fehlen in der englischen sozialistischen Politik nicht! Es wird hier von der Eindämmung der Konsumanforderungen geredet, es wird von der Unabdingbarkeit der Respektierung einer gemäßigten Einkommenspolitik seitens beider Sozialpartner geredet.

Staudinger

Außerdem bitte auch folgendes unseren außenpolitischen Experten ins Stammbuch: Die EWG-Hoffnungen Englands sind nach der Abwertung nicht erfüllt. Es ist schon einmal die Frage gestellt worden — wir müssen sie wiederholen —: Warum macht der Abgeordnete Dr. Kreisky seinem Parteifreund Wilson nicht den Gefallen, daß er einmal übers Wochenende hinüberfliegt (*Abg. Dr. Kreisky: War er schon, zweimal!*) und ihm sagt, wie er es machen muß? Oder fahren Sie meinetwegen in die Bundesrepublik Deutschland (*Abg. Dr. Kreisky: War er auch schon!*), das ist näher; da brauchen Sie nicht so lange auszubleiben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann hat ja Klage darüber geführt ... (*Abg. Dkfm. Androsch: Wo ist das mittelfristige Budgetkonzept, das es in der Bundesrepublik schon gibt?*) Ja, ja, ich komme dazu. — Herr Abgeordneter Dr. Pittermann hat ja Klage darüber geführt, daß wir, die irregeleiteten Schafe — das ist sozusagen eine Entschuldigung für uns —, noch immer die Politik unserer Regierung unterstützen, sehr zum Unterschied von Deutschland, wo man sich gegen diese Politik in der sogenannten mittelfristigen Finanzplanung erhoben hat. Obwohl es einen sozialistischen Wirtschaftsminister gibt und obwohl dort Sozialisten maßgeblich mitarbeiten, sind Kürzungen vorgesehen. Es wird heute in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung von Steuererhöhungen in den konjunkturellen Erfordernissen zuwiderlaufenden Ausmaßen geredet. Es wird von riskanten Kreditaufnahmen gesprochen, von der Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer, vom Abbau der steuerlichen Begünstigungen bei den Sparkassen, der Erhöhung der Körperschaftsteuer für die Kreditgenossenschaften von 19 auf 40 Prozent, um nur einige Beispiele zu bringen. (*Abg. Dkfm. Androsch: Die Investitionen wurden um 32 Prozent erhöht!*) Kürzungen auf dem Gebiet der Verteidigung! Das wird natürlich nichts machen! (*Abg. Konir: Strauß heißt der Finanzminister!*) Kürzungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit von 1968 bis 1971 im Ausmaß von 1,2 bis 2,1 Milliarden. (*Abg. Konir: Strauß ist Finanzminister!*) Und Schiller ist Wirtschaftsminister! Kürzungen beim Familienlastenausgleich von 140 bis 470 Millionen Mark. In der Kriegsopferversorgung ein Verzicht auf die Anpassung, lieber Freund Libal. (*Abg. Libal: Kein Verzicht!* — *Abg. Doktor Pittermann: Ist das das Programm von Klaus?*) Das bedeutet, daß damit Ersparnisse von jährlich 660 bis 670 Millionen D-Mark erreicht werden. Kürzungen der Subventionen der Landwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft und der Entwicklungshilfe!

Wissen Sie, was uns interessiert? Schreiben Sie sich das folgende ins Stammbuch! Wissen Sie, wer der Prügelknabe dieser wirtschaftlichen Entwicklung ist? Vielleicht Finanzminister Strauß? Nein, eben nicht. Der Prügelknabe dieser wirtschaftlichen Entwicklung ist — siehe Wahlergebnisse — die SPD. Sie kriegt nämlich jetzt die Quittung dafür, daß sie in der Opposition die Illusion genährt hat, sie könne alles viel besser machen. (*Abg. Dr. Pittermann: Das war der Erhard wie bei uns der Klaus!*) Heute muß Carlo Schmid, Herr Vizekanzler Dr. Pittermann, bekennen, daß es auch der SPD unmöglich wäre, eine fundamental andere Politik zu machen, auch wenn sie die Alleinregierung hätte. Heute muß Helmut Schmidt bekennen, daß er auch dann, wenn es eine Alleinregierung gäbe, die sozialen Spannungen, die Schwierigkeiten mit den Gewerkschaften und so weiter nicht beseitigen könnte. (*Abg. Dr. Kreisky: Nach dem Debakel Erhard!* — *Abg. Dr. Pittermann: Wenn der Klaus noch lange bleibt, geht es uns auch so!*)

In der Bundesrepublik machen sich Demagogen diese Situation zunutze, nämlich jene, die noch weit genug entfernt sind, um jemals beim Wort genommen zu werden. Diese streuen hier ihren politischen Samen aus, und Sie machen hier in Österreich dieses Spiel sozusagen im „Abschreibeverfahren“ mit.

Dort, wo Sozialisten regieren, ist es eben leider nicht so, daß man die wirtschaftlichen, die finanziellen Probleme einfach mit Lösungen, die man aus dem Ärmel beutelt, regeln kann. Sie haben ja erst gestern von der Situation in Dänemark, von dem Rechtsruck nach der Abwertung und dem Anti-Inflationsprogramm gelesen.

Das alles ist uns kein Trost. Wir wissen das. Wir sagen nicht: Schaut dorthin, dort ist es noch viel schlimmer, bei uns muß es erst so schlimm werden!, und so weiter, sondern wir zeigen damit die Alternative auf, die dem österreichischen Volk geboten ist. (*Abg. Doktor Pittermann: Sie reden sich darauf aus!*) Herr Vizekanzler Dr. Pittermann! Was geschähe in Österreich, würde die SPÖ an die Macht kommen? Klenner sagt, man solle nicht von der Macht reden, sondern man solle nur von der Mehrheit reden. (*Abg. Doktor Kleiner: Warten Sie einmal ab!*) Herr Dr. Kleiner, ich hoffe, ich erlebe es nicht mehr, obwohl ich hoffe, sehr alt zu werden. (*Abg. Dr. Kleiner: Ich wünsche Ihnen keinen baldigen Tod!*) Er sagt weiter: „Es ist gut, den Tatsachen rechtzeitig ins Auge zu sehen. Wir müssen daraus die Erkenntnis gewinnen, daß, falls wir die Mehrheit erreichen, wir vorerst keine Gaben zu verteilen haben.“

Staudinger

Und dann — das ist sozusagen zum Trost und zur Verbeugung —: „Natürlich können wir die Reichen mehr besteuern, das allein aber bringt zuwenig, denn wir dürfen die Steuerschraube nicht überdrehen, wenn die private Investitionstätigkeit nicht erlahmen soll. Also werden auch wir“ — Herr Vizekanzler Doktor Pittermann, erinnern Sie sich, was Sie vor wenigen Wochen hier gesagt haben — „zu Massensteuern greifen müssen.“ (Abg. Doktor Pittermann: Und morgen Steuergeschenke verteilen!)

Daß Professor Dr. Klenner das sagt, ist ja kein Wunder, denn er genießt immerhin einen Ruf, bei dem er es sich nicht leisten kann, ausgelacht zu werden. (Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Nun, hier sehen wir also, was uns bevorsteht. „Das Regierungsprogramm einer sozialistischen Mehrheit“ — noch einmal Klenner — „wird möglichst gerecht verteilte ... absolute Gerechtigkeit und keine Umsatzsteuererhöhung...“ (Abg. Dr. Pittermann: Richtig! Keine Margarinesteuer, Herr Staudinger!) — was gibt es denn sonst noch für Massensteuern? — „... wird möglichst gerecht verteilte Opfer fordern müssen.“ (Abg. Dr. Pittermann: Vielleicht wird man den Schnaps höher besteuern als Sie!)

Das sind die Prognosen für Österreich. Wir haben uns von dieser Diskussion ja nichts Besonderes erwartet. Wir haben ja gewußt, daß praktisch ein Neuaufguß der Budgetdebatte erfolgen wird, nur mit einem etwas anderen Aufhänger. Wir haben gewußt, daß Sie dagegen sind, wie Sie in letzter Zeit überhaupt den Stil des Dagegenseins merklich entwickeln.

Koref hat einmal gesagt: Die Rolle der Opposition legt uns ungewohnte, ernste Verpflichtungen auf. Sehen wir zu, daß jene Gefahr nicht eintritt, die diese Rolle bei ungezügelterm Temperament allzu leicht herbeiführen kann: die Gefahr der Negation um ihrer selbst willen, der Überspitzung und der Lizitation.

Und nun, bitte, reden wir vom ungezügelterm Temperament. (Abg. Gratz: Reden wir von der Regierungserklärung!) Alle meine Voredner waren sich darüber einig, daß das, was am Dienstag in Gegenwart des Herrn Bundespräsidenten geschehen ist, mit einem würdelosen Parlament nichts zu tun hat. (Heiterkeit und Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Ich stimme zu, Herr Staudinger! Wir sind einverstanden!) Alle Voredner der Opposition waren sich darüber einig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stimme Ihnen zu. Wenn Sie der Meinung sind, daß die Veranstaltung eines parlamentarischen Happenings, eines Cry-in in Gegen-

wart des Herrn Bundespräsidenten nichts mit Redefreiheit zu tun hat und die Würde des Parlaments nicht angreift, dann machen Sie es weiter so und hören Sie sich an, was die Jugend oben auf den Rängen dazu sagt. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Ihre Belehrungen brauchen wir nicht!) Ob Sie meine Belehrungen brauchen oder nicht (Abg. Dr. Pittermann: Packen sie die Majestätsbeleidigung des Bundeskanzlers in Seidenpapier!), oder ob Sie glauben, Sie zu brauchen oder nicht, das überlasse ich Ihnen. Herr Abgeordneter Sekanina! Ich gebe Ihnen diese Belehrung, weil ich es gut mit Ihnen meine. (Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. Sekanina: Ich brauche sie nicht!)

Ich muß auch davon reden, und Sie können das noch hundertmal entschuldigen: Der Stil, der in letzter Zeit unter weitestgehender Ausnützung der vom Präsidium gewährten Redefreiheit bei Anfragen zu finden ist, entwickelt sich auch allmählich, glaube ich, nicht gerade zur Würde des Parlaments. (Abg. Dr. Pittermann: Weil es dem Kanzler unangenehm ist!) Der Herr Abgeordnete Dr. Broda hat hier vorgestern eine Anfrage gestellt. Ich muß in dem Zusammenhang sagen, daß es ein sozialistischer Publizist war, der einmal von irregeleiteter Advokatenintelligenz gesprochen hat. Ich persönlich habe nichts dagegen, wenn sich Abgeordneter Broda zum dialektischen Schausteller entwürdigt, nur glaube ich, dem Parlament tut es nicht gut. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Mayr: Er hat seine kommunistische Vergangenheit noch nicht vergessen!)

Herr Abgeordneter Dr. Kreisky hat hier davon geredet, daß unsere wirtschaftspolitischen Maßnahmen den Notwendigkeiten widersprechen (Abg. Dr. Kreisky: Das sagte der Bundeskanzler!) daß wir morgen also hier einen Beschluß fassen, mit dem den Großbetrieben zusätzliche Lasten auferlegt werden und mit denen eine Struktur konserviert wird, die sozusagen abserviert werden müßte. Gemeint kann hier nur die Erhöhung der Ausgleichsteuer und der Umsatzsteuer sein. Gemeint kann nur die Erhöhung der Umsatzsteuerbegünstigung bei Einzelhandelsumsätzen bis 850.000 S sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt sagen Sie nicht, daß ich etwas verdrehe: Wir nehmen zur Kenntnis, daß der Herr Abgeordnete Dr. Kreisky, der Vertreter jener Partei, die es vorgeblich immer so mit den Kleinen hat, dafür ist, daß diese Maßnahmen nicht erfolgen, daß 30.000 Kleingewerbetreibende sozusagen krepieren sollen. Ich frage Sie, ob nicht auch der Kleingewerbetreibende das Recht hat, kein Hund zu sein. Das muß ich Sie fragen. (Beifall bei der ÖVP.)

Staudinger

Ich weiß, daß das mit Wachstumspolitik nichts zu tun hat. Das wissen wir ganz genau. Aber wir müssen wohl auch darauf hinweisen, daß alle Wirtschaft dem Menschen zu dienen hat — das wissen doch Sie am allerbesten, hoffe ich —, und wenn wir jetzt den Menschen vergessen, dann kriegt unsere Rechnung einen Rechenfehler, aus dem die größten Gefahren für ein freiheitliches Staatswesen erwachsen können.

Wer davon redet, daß mit dieser Steuerfreiheit eine Struktur zementiert wird, der hat keine Ahnung von der mittelständischen Struktur. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Bei einem Umsatz von maximal 850.000 S im Jahr, wo vielleicht maximal rund 500.000 S auf Waren entfallen, für die überhaupt keine Umsatzsteuer zu entrichten ist, kommt eine Strukturzementierung für den einzelnen in der durchschnittlichen Größe von 3000 bis 4000 S im Jahr heraus. (*Abg. Dr. Kreisky: Über 100 Millionen Schilling kostet es dem Staat, und das legen Sie auf die Kleinen, auf die Konsumenten!*) Jawohl. Das kostet etwas.

Herr Abgeordneter Minister außer Dienst Dr. Kreisky! Wir haben nicht die Absicht, die Struktur zu zementieren. In gewissen Anspielungen in Ihrer Presse, in Rundfunkinterviews und so weiter wurde auf unseren neuen Handelsminister angespielt, als sei er derjenige, der strukturzementierend wirken würde. Ich darf Ihnen aber sagen: Das Bild, das seit Jahren geprägt wurde, entspricht nicht der Wirklichkeit. Ich arbeitete mit diesem Minister nun seit etlichen Jahren zusammen. Ich habe ihn gut kennengelernt. Ich muß Sie fragen, wo er jemals Protektionismus gefordert hat, wo er jemals die Zementierung des Status quo gefordert hat.

Anpassungshilfen, Übergangshilfen, daß wir neue Formen der Selbständigkeit finden müssen, daß sich unsere Industrie gruppieren muß, daß sie zu enger Zusammenarbeit kommen muß mit Handel und mit Gewerbe, daß sie Kontakte suchen muß mit den Gewerkschaften, die doch an der Existenz dieser -zigtausend Betriebe mit -zigtausend Arbeitnehmern interessiert sind, das ist uns alles bewußt.

Bewußt sind uns auch die Notwendigkeiten der Industriepolitik, die der heutige Finanzminister Dr. Koren im Koren-Bericht eingehend genug formuliert hat.

Wir nehmen das zur Kenntnis. Sosehr wir die Notwendigkeit der Industriepolitik anerkennen, sosehr wir die Notwendigkeit einer zielbewußten Konjunkturpolitik anerkennen, glauben wir dennoch, es muß für die Unternehmungen, die im Zuge der Konjunkturentwicklung allmählich ausscheiden, Hilfen geben, um dieses Ausscheiden nicht von heute auf

morgen zu erleben. (*Abg. Moser: Sanikt Stefan! — Abg. Pay: Kohlenbergbau!*) Sie schreien mit dem gleichen Recht, und das ist ja auch unser Wunsch: Ersatzarbeitsplätze für Bergarbeiter. Wir haben allen Grund, dieser Regierung Vertrauen entgegenzubringen. (*Abg. Weikhart: Sie schon, wir nicht!*) Sie bringen dieser Regierung kein Vertrauen entgegen, das wundert uns nicht.

Sie sind einfach überfordert. Sie hätten das, selbst wenn Sie wollten, noch nicht gelernt. Von Kennedy stammt das Wort, daß diese Zeit eine Zeit der Berufung und eine Zeit der Tapferkeit ist. Wir wissen, daß Berufung und Tapferkeit allein nicht genügen, wir wissen, daß Sachkundigkeit dazugehört.

Aber wir vertrauen dieser Regierung, der Berufung und der Tapferkeit, wir vertrauen dieser Regierung der Sachkundigkeit. Wir gehen zuversichtlich den Weg mit ihr, der uns hoffentlich aufwärtsführt in Österreich. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weikhart: In zwei Jahren! — Abg. Lanc: Gesprochen hat der Pater Leppich des Parlaments! — Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Präsident Wallner: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zeillinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Zeillinger (FPÖ): Hohes Haus! Meine überlebenden Herren Minister! Meine neu erlebenden Herren Minister! Meine Herren Exminister! Meine verhinderten Herren Minister, die Sie diesmal noch nicht die rettende Ministerbank erreichen konnten! (*Heiterkeit.*) Wir stehen heute in der Debatte über das Opus 1, ein Neulingswerk des neuen Propagandaministers Pisa, der offensichtlich von seinem Verbleib in der Regierung genauso wenig wie Tončić überzeugt ist, denn beide, auch er, sitzen bereits auf gepackten Koffern, für alle Fälle, man weiß nie, wie lange die Anwesenheit in der Regierung dauern wird. Sein Opus hat vorgestern der „Kanzler auf Abruf“ hier verlesen.

Bevor ich aber in die Diskussion darüber eingehe, darf ich kurz jenes Zwischenspiel aufklären, das vorher zu einer — wie es schien — Rückziehung meiner Wortmeldung führte. Dahinter stehen taktische Probleme, die in dem Augenblick aufgetaucht sind, in dem die Regierungsfraktion durch den Abgang ihres Sprechers Withalm, ihres Klubobmannes in die Regierung und anderer Herren so geschwächt ist, daß sie es sich nicht mehr leisten kann, nach der alten Spielregel Regierung gegen Opposition weiterzugehen und sie einfach — diese Taktik steht Ihnen nach der Geschäftsordnung zu — die freiheitlichen Oppositionsredner verlassen wollte in der Absicht, Ihr einziges Paradeferd zu schonen, das mittlerweile schon wieder den Vizekanzlerhut mit dem Klubobmannhut

Zeillinger

vertauscht hat und hier sitzt, um eine Rede vorzubereiten. Withalm sollte nach den freiheitlichen Rednern drankommen. Dieses Spiel haben wir auch einmal ausgenützt — nach der Geschäftsordnung —, aber da wollten wir nicht ganz mitgehen, weil wir nicht einsehen, daß sich sechs Abgeordnete dauernd von 85 Abgeordneten überfahren lassen müssen. Ich habe daher meine Wortmeldung zurückgezogen. Es wurde mir mehrmals bestätigt, daß sie zurückgezogen worden ist.

Interessant war, daß mir draußen in einem Gespräch versichert worden ist, die Debatte werde trotzdem nicht aus sein; denn es war Vorsorge getroffen, daß auf jeden Fall, auch wenn niemand auf dem Zettel steht, irgend jemand aufgerufen werde. (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*) Nun sehen Sie, warum wir sagen: Hier in diesem Hause reißt eine Praxis ein, und das sind Spiele, die hinter den Kulissen gespielt werden (*Abg. Czettel: Der Herr Mayr war das!*) und die mit Parlamentarismus nichts mehr zu tun haben. (*Zwischenrufe.*) Es sind Spiele Withalmscher Prägung. Dagegen protestieren wir!

Hier ist bis zum heutigen Tage — ich gehöre dem Parlament 15 Jahre an — korrekt gearbeitet und derjenige aufgerufen worden, der eingetragen war. Aber daß den Oppositionellen die Auskunft gegeben wird: Es ist niemand mehr zum Wort gemeldet!, aber gleichzeitig draußen gesagt wird: Keine Angst, meine Herren von der Regierung, die Debatte ist nicht aus, der Withalm bereitet sich ja auch noch vor!, das geht nicht.

Ich bin überzeugt, daß der gerade den Vorsitz führende Präsident von dem Spiel keine Ahnung gehabt hat. Es wurden ihm Meldungen zugespielt, die nicht erfolgt sind, meine Herren! Das ist ein Spiel, das Sie spielen können, aber so wird das Ende des Parlamentarismus vorbereitet. Herr Kollege Staudinger, Sie haben zuvor von der Abwertung des Parlaments gesprochen. Damit werten Sie das Parlament ab: dann, wenn Sie die Geschäftsordnung, die Gesetze brechen, wenn Sie glauben, das Parlament besteht nur mehr aus den ÖVP-Abgeordneten, und es muß das geschehen, was Withalm anschafft. Das ist ein Irrtum! Sie müssen machen, was er anschafft! Wir Freiheitlichen können uns Gott sei Dank noch zum Wort melden oder die Wortmeldung zurückziehen, wann wir wollen. Dieses Mitspielen des Tisches da oben ist ein sehr gefährliches Spiel. Dagegen habe ich protestiert! Das ist der Grund, warum ich gesagt habe: Ich gehe nicht ans Rednerpult, wann Herr Withalm will, sondern dann, wenn es die freiheitliche Fraktion will.

Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir wissen genau, daß Ihr Herr Vizekanzler der einzige Parade-redner ist, den Sie noch haben, nachdem

offenbar das zweifellos gute Bemühen des Herrn Altkanzlers, in die nicht vorhandene Regierungserklärung irgendwie Leben hineinzubringen, durch die weiteren Ausführungen zunichte gemacht worden sind. Wie Sie sehen, schreibt jetzt der Vizekanzler — das ist auch wiederum ein Novum. Wir erleben lauter Neues; Figaro hier, Figaro dort, Figaro in allen Gassen. Wir erleben es also neuerlich: er sitzt schon wieder hier.

Es ist ja sehr schwierig: Der neue, teure Propagandaminister kann keine Rede mehr für den Kanzler machen, der an und für sich antworten müßte. Außerdem ist uns bisher noch nicht bekanntgegeben worden, ob nicht der derzeitige „Kanzler auf Abruf“ von der Partei bereits entmündigt worden ist. (*Heiterkeit.*) Es wurde mir zugetragen: Er darf heute nicht mehr antworten. Es heißt, es müsse Withalm antworten. Der Kanzler hat angeblich Redeverbot bekommen. (*Neuerliche Heiterkeit.*) Wir werden dann sehen, ob sich Withalm zu Wort meldet oder nicht. Das wird sich ja herausstellen, meine Herren, ob es noch der Tradition entspricht, daß der Minister ... (*Zwischenruf des Abg. Machunze.*)

Herr Kollege Machunze! Ich gehöre dem Parlament erst 15 Jahre an. Sie vielleicht länger, das weiß ich nicht. (*Abg. Machunze: 19 Jahre!*) Gut, 19 Jahre! Zeigen Sie mir einmal, daß ein Minister für einen anderen beziehungsweise daß der Vizekanzler bei einer Regierungserklärung geantwortet hat und nicht der Kanzler das Wort ergriffen hat. Das ist ein neuer Stil, das ist der neue Stil: Withalm stellt sich eben vor: das ist der Stil, den er spielt.

Es wurde mir von Journalisten erzählt, Klaus darf nicht mehr reden, er ist bereits „entmündigt“. Die Partei hat beschlossen, Withalm müsse antworten. (*Abg. Weikhart: Das ist vorzeitige Hofübergabe!*) Wir werden heute nachmittag noch erleben, ob dieses in der Journalistenloge kursierende Gerücht auf Wahrheit beruht oder nicht. (*Abg. Machunze: Sie machen den Brüdern Grimm Konkurrenz!*)

Den Brüdern Grimm mache ich Konkurrenz? Ich habe geglaubt, Sie meinen den Withalm. Aber so gut Märchen erzählen wie Pisa und Withalm, das werde ich nie lernen. Ich bemühe mich zweifellos auch, so gut als möglich hier zu dem Märchen, das augenblicklich zur Debatte steht, zur Regierungserklärung eine Stellungnahme abzugeben. (*Abg. Machunze: Aber, Kollege Zeillinger! Als alter Parlamentarier sollten Sie einmal die Protokolle nachschlagen! Die früheren Bundeskanzler haben die Debatte angehört und kein Schlußwort gehalten!*)

Zeillinger

Herr Kollege! Die Möglichkeit, kein Schlußwort zu halten, ist durchaus gegeben. Es ist auch die Möglichkeit gegeben, daß der Kanzler das Schlußwort ergreift. Neu ist ja nur, daß der Kanzler die Erklärung abgibt und dann nichts mehr reden darf. Dann läßt man die Opposition vor und läßt man den Vizekanzler antworten, offenbar weil man den Kanzler nicht mehr für verlässlich genug hält. Ich kenne ja nicht die Gründe des Entmündigungsverfahrens. In jedem Entmündigungsbescheid steht eine Begründung drinnen. Herr Kollege Machunze, schütteln Sie nicht die Hände, einigen wir uns. Warten wir bis sechs Uhr abend, dann werden wir wissen, ob der Kanzler oder der Vizekanzler reden darf; angeblich darf der Kanzler nicht reden. Mehr habe ich nicht behauptet. (*Abg. Machunze schickt sich an, den Sitzungssaal zu verlassen.*) Sehr richtig, gehen Sie hinaus, trinken Sie einen Kaffee! Sie werden dann, wenn Sie hereinkommen, sehen, ob Klaus noch reden darf oder ob er dann überhaupt nicht mehr im Hause ist. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Herr Kollege! Ich bin nicht so unfrein wie andere, die sagen: Er kann es nicht so gut. Ich bin nämlich davon überzeugt, daß es der Klaus wahrscheinlich mindestens so gut, wenn nicht besser als der Withalm könnte. Es dürfte eher die Version stimmen: Er darf nicht. (*Zwischenrufe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.*)

Aber ich darf Ihnen versichern — und das wird vielleicht auch eine Beruhigung für den Kanzler sein —, daß die Debatte — wir wollten es nicht auf die Länge ziehen, es wird sich möglicherweise der Vizekanzler melden — nach der Meldung des Vizekanzlers weitergehen wird und genug Freiheitliche zu einer zweiten Wortmeldung zur Verfügung stehen werden. Es wird nicht so sein, daß in diesem Hause nur ein Mann ... (*Zwischenruf des Abg. Suppan.*) Bitte, Herr Kollege, sagen Sie es lauter! (*Abg. Suppan: Der Zwischenruf ist schon vorbei!*) Ach so, es ist schon wieder alles vorbei. (*Abg. Czettel: Die haben alle Rede- und Rede-!*) Sind Sie auch schon kanzlerverdächtig und haben Sie auch schon Rede- und Rede-? Sie dürfen noch reden? Sie haben zwar nichts zu reden, aber Sie dürfen reden. (*Heiterkeit. — Abg. Krottendorfer: Sie reden und sagen nichts!*)

Ich darf diesen Zwischenruf wiederholen. Es wurde von der Regierungsseite festgestellt, ich rede nichts und sage nichts. Wissen Sie, Herr Kollege, ich habe schon zu sehr vielen ... (*Abg. Krottendorfer: Umgekehrt! Sie reden viel und sagen nichts!*) Ich rede viel und sage nichts, bitte sehr. Na ja, viel — ich meine, wenn man auf die Uhr schaut, Herr Kollege,

kommt etwas anderes heraus. Ich werde einmal auf die Uhr schauen bei euren Rednern, wie lange die reden.

Aber ich darf Ihnen noch etwas ruhig sagen. Sie haben damit eigentlich schon die Hand auf die Wunde des heutigen Tages gelegt. Wir sollen nämlich zu etwas reden, was inhaltslos ist. Ich kann Ihnen sagen, das ist das schwerste, was es gibt. Sie, Herr Kollege, der Sie mir jetzt Ratschläge geben, habe ich noch nie zu einer Regierungserklärung reden gehört! Aber vielleicht haben Sie auch Rede- und Rede- bei Regierungserklärungen.

Ich habe schon öfters die Ehre gehabt, zu Regierungserklärungen Stellung zu nehmen. Ich darf Ihnen nach 15 Jahren Mitgliedschaft in diesem Hause sagen: Eine so inhaltsleere Regierungserklärung, in der nichts drinnen steht, überhaupt nichts drinnen steht, eine so inhaltslose Regierungserklärung ist mir in diesen abgelaufenen Jahren nicht untergekommen! Die vorliegende Kanzlererklärung ... (*Bundeskanzler Dr. Klaus: Es ist keine Regierungserklärung!*) Ich darf das wiederholen. Ich möchte korrekt sagen, der Herr Kanzler macht keinen Zwischenruf, sondern er stellte fest, es sei keine Regierungserklärung. Eine Erklärung des Bundeskanzlers ist es aber. Darüber sind wir uns einig, Herr Kanzler: eine Erklärung des Kanzlers. Ich bin gerne bereit, zu korrigieren: keine Regierungserklärung, sondern eine Erklärung des Kanzlers. Es ist durchaus möglich, daß sich die übrigen Regierungsmitglieder — ich werde im einzelnen darauf zu sprechen kommen — von einzelnen Stellen distanzieren. Das halte ich für möglich.

Aber weil Sie nun sagen, Herr Kanzler, es sei nur eine Erklärung von Ihnen, wird sie nicht inhaltsreicher. (*Heiterkeit.*) Die Inhaltslosigkeit bleibt nach wie vor bestehen. Die vorliegende Kanzlererklärung unterscheidet sich von den bisherigen dadurch, daß endlich einmal der verantwortliche Redakteur in der Person des Informationsministers Pisa auf der Regierungsbank sitzt. Ob der neue Staatssekretär für Information eine aufrechte Sendestation oder den schiefen Turm von Pisa abgeben wird, werden die Perspektiven zeigen, die er in der Öffentlichkeit von der Regierungsarbeit zeichnet. Auch hier ist aber eher eine schiefe Angelegenheit zu erwarten.

Die Erklärung, die heute zur Debatte steht, bringt uns eine Schilderung des Kriegs in Vietnam, sie schildert den Krieg im Nahen Osten, sie stellt die Abschwächung der Expansion in den USA fest, die Verlangsamung des Wachstumstempos in Westeuropa, die Stagnation in Großbritannien, den Nachfragerückgang in der Bundesrepublik Deutsch-

Zeillinger

land, die Konjunkturlaute in Westeuropa, die Konjunkturlaute in den USA, die Budgetkürzungen in Deutschland, die Pfundabwertung in England, drastische Sparmaßnahmen in England, Sparprogramm in USA und die Interdependenz der Völker — aber von Österreich lesen wir darin nur: „Es gilt das gleiche, was ich schon im Jahre 1966 gesagt habe.“

Herr Kanzler! Wir Freiheitlichen hätten erwartet, daß Sie in dieser Stunde — das ist heute schon gesagt worden — nicht nur einen Satz des Dankes an die Scheidenden verlieren, sondern daß Sie auch dem Hohen Hause sagen, warum Minister ausgewechselt worden sind. Die Begründung, daß die bisherigen so gut waren, daß es nicht ein Zeichen von Schwäche ist, sondern ein Zeichen für die Güte, daß sie ausgewechselt wurden, ist keine Begründung. Es wäre notwendig gewesen, Herr Kanzler, mit einem Satz hier zu sagen, welches die Gründe waren, die Sie veranlaßt haben, die angeblich so guten und von Ihnen noch vorgestern so gelobten Minister auszuwechseln. Warum haben Sie gute Minister nach Hause geschickt und neue, von denen wir noch gar nicht wissen, ob sie gute werden, an deren Stelle gesetzt? Ich glaube, daß das Parlament schon das Recht hätte, mit einigen wenigen Sätzen zu erfahren, welche Überlegungen dafür maßgebend waren.

Ich glaube auch, daß die Flucht in die neuen Ausdrücke — ich nehme an, das war gar nicht Ihr Werk, sondern das war ein Werk des neuen Propagandaministers, der vom „wirtschaftlichen Ungleichgewicht“, von der „Ursachenreihe“, vom „Ursachenkomplex“, vom „Faszinationszentrum für die junge Generation“ und von der „Schallmauer zur echten Demokratie“ gesprochen hat — nicht gut war. Ich habe durchaus Verständnis für diese moderne Ausdrucksweise, nur das Volk, Herr Kanzler, wird es nicht verstehen. Die Leute — ich weiß nicht, Sie waren vielleicht schon lange in keiner Versammlung mehr — fragen: Werden unter den neuen Ministern ... (*Zwischenruf des Bundeskanzlers Dr. Klaus.*) Wenn ich mich irre, warum beantworten Sie nicht die Frage? Ich kann mir nicht vorstellen, Herr Kanzler, daß Sie die Leute in den Versammlungen nicht fragen: Werden unter den neuen Ministern die Preise genauso steigen, wie es die alte Regierung angekündigt hat? Bleiben die Preiserhöhungen? — Denn wenn das alles bleibt, dann sagt das Volk mit Recht: Wozu haben wir denn die „Krot“ g'fressen? (*Heiterkeit.*) Dann könnten die alten auch bleiben.

Das sind die Fragen, Herr Kanzler, nicht die Budgetkürzungen in Deutschland. In

Österreich haben Sie nicht gekürzt. Sie reden von Budgetkürzungen in Deutschland in dem gleichen Atemzug, in dem Sie zugeben müssen, daß Sie in Österreich im nächsten Jahr um Tausende Millionen mehr ausgeben wollen, weil Sie jedes Prinzip der Sparsamkeit in Österreich ablehnen, weil Sie es sich sogar leisten können, Minister und Vizekanzler ins Amt zu rufen, die von vornherein erklären, daß sie nicht daran denken, Verantwortung und Arbeit zu übernehmen. Sie reden von einer Stagnation in Großbritannien und wissen, daß die Lebensmittel bei uns teurer werden. Sie reden von einer Abschwächung der Expansion in den USA und wissen, daß bei uns Tausende Arbeitsplätze frei werden und wir nicht wissen, wohin wir die Arbeitskräfte geben sollen.

Herr Kanzler! Das wären die Probleme gewesen, das wäre zu beantworten gewesen, darüber würden wir gerne diskutieren und nicht über eine Regierungserklärung, in der alles steht, nur nicht das, worauf das österreichische Volk gewartet hat.

Herr Kanzler! Es ist kein Wunder, ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist, es hat noch nie ein Kanzler von seiner eigenen Partei so wenig Applaus bekommen. Erst als wir in Zwischenrufen gefragt haben — Sie verdanken ihn letzten Endes den Zwischenrufen —, was mit dem Applaus ist, ist es gegen Schluß der Rede Ihrer eigenen Fraktion eingefallen, daß man auch einen Applaus geben müsse.

Weil ich gerade bei den Zwischenrufen bin, möchte ich auch hier feststellen — es ist heute schon mehrmals dazu Stellung genommen worden —: Ich glaube, es ist das Recht eines Kanzlers, aufzustehen, sich zu einer Erklärung zum Wort zu melden und nichts zu sagen. Einverstanden — das ist das Recht. Es ist aber auch das Recht der Parteien und der Abgeordneten, dann festzustellen, daß sie davon enttäuscht sind und daß Sie nichts gesagt haben.

Es ist das Recht jedes Abgeordneten hier in diesem Hause — und mehr ist nicht geschehen —, einen Zwischenruf zu machen. Sie zitieren so oft — komischerweise immer dann, wenn es Ihnen in den Kram paßt — das Staatsoberhaupt, obwohl es keineswegs der Regierungspartei angehört hat. Das Staatsoberhaupt ist viele Jahre hier in diesem Saal gesessen, wir haben ihn in dieser Zeit kennengelernt, und ich bin überzeugt, er ist ein so guter Demokrat, daß er sich zum Unterschied von Ihnen über einen Zwischenruf bestimmt nicht aufgeregt hat. Aber Sie glauben, daß es hier im Hause verboten ist, einen Zwischenruf gegen einen Klaus oder einen Withalm zu machen. Am liebsten

Zeillinger

möchten Sie sie unter einen Glassturz stellen. Kein Wort darf gegen sie gesagt werden.

Ich bekenne mich dazu; wenn Sie das Protokoll nachlesen, können Sie feststellen, daß ich beim Vorlesen der Regierungserklärung, die der Herr Kanzler mit der ihm nun einmal eigenen Leidenschaftslosigkeit vorgelesen hat, immer dann, wenn er eine größere Pause machte, die Frage gestellt habe: Wo bleibt die Erklärung? Ich frage Sie heute noch. Sie haben sich zu einer Erklärung zum Wort gemeldet, Herr Bundeskanzler: Wo bleibt die Erklärung? Ich kann nur annehmen, daß der Herr Generalsekretär, da er hier bereits emsig schreibt und blättert, vielleicht heute die Erklärung abgeben wird, die wir vorgestern von Ihnen vergebens erwartet haben. Dann haben wir wahrscheinlich sechs Stunden vergebens debattiert. Wir werden erst dann die Debatte über das abführen müssen, was uns der wirkliche Chef, der Hausherr Ihrer Partei, als Erklärung der Regierung mitteilen wird. *(Abg. Mondl: Der Hoferbe! Der Jungbauer!)*

Wir haben im Zuge der Regierungsumbildung eine ganze Reihe von Pressemeldungen gelesen. Wir haben gelesen, daß die Bundesländer enttäuscht sind und daß die Tiroler weitergekämpft haben; es wurden aus sachlichen Gründen — wir hätten gerne darüber diskutiert, da Sie zuerst sagten, Sie waren dazu gezwungen — die Besten nach Hause geschickt. Sie haben gesagt, es waren die Guten, und Sie haben sogar einmal gesagt, das Gute sei des Besten Feind. Sie mußten also die Guten nach Hause schicken, und Sie haben sich ganz neue genommen. Es hat sich dann herausgestellt, daß plötzlich einige Bundesländer einen parteiinternen Aufstand gemacht haben, und dann haben Sie, der Sie zuerst angekündigt haben: Sparen, sparen will ich, die Regierung verkleinern!, plötzlich neue Staatssekretäre ernannt.

Das Abgeordnetenhaus würde interessieren, welche Gründe für Sie ausschlaggebend waren, daß Sie zuerst angekündigt haben: weniger Staatssekretäre, und daß Sie dann, nachdem sich einige Bundesländer zur Wehr gesetzt hatten, wieder neue Staatssekretäre in die Regierung berufen haben. Das sind doch alles Gründe, die zumindest in diesem Hause diskutiert werden müssen. Es ist doch nicht gleichgültig, wenn in einem Bundesstaat ein Bundesland — noch dazu die Regierungspartei — offen erklärt: Wir werden weiterkämpfen wie zu Napoleons Zeiten. Ich glaube, darüber kann man doch nicht einfach hinweggehen, wenn nicht nur die Opposition, sondern wenn bereits Teile der Regierungspartei in den Bundesländern erklären, daß weitergekämpft wird.

Herr Kanzler! Wenn wir schon die Frage: Wozu Regierungsumbildung? anschneiden, möchte ich sagen: Es hat sicherlich Minister gegeben, bei denen man eine Umbildung erwartet hätte und wo sie ausgeblieben ist. Vielleicht können Sie dafür auch eine Begründung geben. Denn darf ich daran erinnern, daß die Ihnen gefälligen Zeitungen, die der ÖVP nahestehenden Zeitungen, seinerzeit, als hier im Haus gegen den Verteidigungsminister der Vorwurf erhoben wurde, er hätte Verbrechen begangen und diese Verbrechen müßten durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß untersucht werden, unisono schrieben: Das ist nicht notwendig — das war im Dezember 1966 —, es wird ohnehin im Jänner eine Regierungsumbildung durchgeführt werden. Dann wird sich das ergeben.

Das Haus hat damals geschwiegen, weil man es als selbstverständlich angenommen hat, daß entweder, Herr Kanzler ... *(Abg. Peter: Er ist schon zurückgetreten! — Heiterkeit.)* Darf ich es vielleicht dem Chef hier weitergeben. *(Abg. Dr. Withalm: Dem Klubobmann!)* Dem Klubobmann möchte ich es nicht weitergeben, weil der Klubobmann für diese Frage eigentlich wieder nicht zuständig ist. Hier wäre der Regierungschef zuständig. Wenn Sie den Verteidigungsminister im Amte belassen, dann müssen Sie zustimmen, daß der Vorwurf, er hätte verbrecherische Handlungen begangen, untersucht wird. Aber zuerst zu sagen, er wird ohnehin möglicherweise abgelöst, damit die Öffentlichkeit beruhigt wird, und jetzt die Umbildung zu machen und ihn wieder zu belassen, damit geben Sie sich als Parteigeneralsekretär offen zur Deckung von möglicherweise verbrecherischen Handlungen her. Denn der Vorwurf, der von hohen Offizieren erhoben worden ist, die sich bereit erklärt haben, als Zeugen vor diesem Parlament zu erscheinen, dieser Vorwurf besteht weiterhin. Und die neue Regierung ist damit belastet, daß die Partei einerseits die Untersuchung gegen Prader verhindert hat und andererseits den Mann — ich glaube, es gibt keinen anderen Staat der Welt, der so etwas macht —, gegen den Abgeordnete im Parlament und Generäle erklären: Wir behaupten, der Mann ist nach unserem Strafgesetzbuch ein Verbrecher, wir verlangen die Untersuchung, in der Regierung beläßt. Die Partei sagt: Er ist immun, ihr könnt gar nichts machen, der Prader bleibt im Amt! Das wäre es zumindest wert gewesen, daß der Kanzler oder irgendeiner der Herren darauf eine Antwort gegeben hätte.

Meine Damen und Herren! Weil ich gerade bei den einzelnen Ressorts bin, möchte ich noch das eine oder andere kurz erwähnen.

Zeillinger

Ich beginne der Höflichkeit halber, weil gesagt worden ist, er wäre parteilos, mit dem Herrn Außenminister, wobei ich gleich die Frage hinsichtlich der Parteilosigkeit, die von meinen beiden Vorrednern aus der freiheitlichen Fraktion gestellt worden ist, wiederhole. Denn es war für uns überraschend, daß auf der einen Seite gesagt worden ist, er sei ein parteiloser Außenminister, und auf der anderen Seite die erste Vorstellung innerhalb des Parteirates der niederösterreichischen Volkspartei erfolgte. Ich glaube, man sollte mit offenen Karten spielen. Es ist ja gar kein Fehler, wenn jemand Mitglied einer Partei ist, aber man soll ihn nicht offiziell als parteilos deklarieren, wenn er in Wirklichkeit Mitglied einer Partei ist. Das würde keineswegs, wenn er fachliche Qualitäten besitzt — ich möchte gleich sagen: Wir zweifeln von vornherein nicht daran —, eine Schmälerung bedeuten. Nur sollte man mit offenen Karten spielen.

Sie wissen, daß es einer Tradition der freiheitlichen Fraktion entspricht, daß wir in der Politik völlig neuen Ministern und Mitgliedern der Bundesregierung dort, wo es möglich ist, eine gewisse Schonzeit einräumen. Es gibt aber doch zwei Fragen, die wir hier aufwerfen müssen.

Die erste Frage — sie ist heute schon behandelt worden — betrifft die Erklärung, die der Herr Kanzler abgegeben hat. Ich glaube, Sie haben es alle verstanden. Vielleicht wird es dann der wirkliche Sprecher der Regierung korrigieren und sagen, daß es keine Erklärung der Regierung war, sondern nur eine persönliche Erklärung des Kanzlers. Wenn es aber eine Erklärung der Regierung war, dann ist jener Teil über die Außenpolitik, der sich mit Südtirol beschäftigt, mehr als dürftig und ist ein Zurückstecken gegenüber dem Jahre 1966.

Der Kanzler hat immer wieder erklärt, daß das gilt, was er 1966 gesagt hat. Aber dort, wo er neue Formulierungen gebraucht hat, kann das von 1966 nicht mehr gelten. Hinsichtlich Südtirols hat er eine neue Formulierung gebraucht, die ein weites Zurückstecken gegenüber dem Jahre 1966 bedeutet. Er hat hier erklärt, nachdem er schon die anderen als wichtiger vorgezogen hat: „Unter den offenen Problemen möchte ich nur noch das Problem Südtirol erwähnen, das eine Herzensangelegenheit für alle Österreicher ist und das leider noch immer in seiner Auswirkung unsere Beziehungen zu unserem Nachbarland Italien, mit dem uns so vieles verbindet, beeinträchtigt.“ Aus.

Und dann kommt noch ein kurzer Absatz — wenn Sie wollen, lese ich ihn vor —,

der sich mit wenigen Worten damit beschäftigt. Aber das Kernproblem, erstens die Enttäuschung, daß wir seit dem Jahre 1966 nicht nur nicht weitergekommen, sondern sogar zurückgefallen sind, und zweitens die Verankerung, wird mit keinem Wort erwähnt. Ja glauben Sie, daß man das in Italien nicht liest?

Ich frage den neuen Herrn Außenminister, den ich seinerzeit in der Südtirolkommission schätzen gelernt habe, wo er als Berufsdiplomat ganz anders gekämpft hat, ob er mit dieser dürftigen Formulierung, die eine halbe Kapitulation gegenüber Italien bedeutet, einverstanden ist. Das wollen wir wissen. Das hat gar nichts mit der Frage zu tun, ob er parteilos oder ob er ÖVP-Mann ist. Nur das wollen wir wissen, und dann werden wir ihm die entsprechende Antwort geben. Denn wenn er damit einverstanden ist, dann ist Südtirol verloren. Wir wollen es ganz offen aussprechen. Denn die Regierungserklärung ist ein den Italienern In-die-Hände-Spielen, ein Zurückstecken, eine halbe Kapitulation. Das wird auch der Grund sein, weshalb die Tiroler, die das mit Recht gesehen haben, entsprechend empört sind.

Jetzt kommt noch eine zweite, eine formelle Frage. Gestern war ein Vorfall, auf dessen Hintergrund ich gar nicht mehr näher eingehen möchte. Das war jene dringliche Anfrage von sozialistischer Seite, die dann zu der ungewöhnlichen Tatsache führte, daß ein vor Monaten eingeladenen Minister, der bereits in Wien eingetroffen war, ausgeladen wurde.

Uns Freiheitliche hat dabei der neue diplomatische Stil überrascht. Wir fragen den Herrn Außenminister — ich bitte, es ihm dann zu sagen, denn wir möchten eine Antwort —, ob das der Stil der neuen Außenpolitik in Österreich ist, ob das die neue Diplomatie ist, die von ihm eingeleitet wurde. Wir haben gestern mit verschiedenen Journalisten, mit Vertretern der griechischen Botschaft, Regierungsmitgliedern und mit vielen anderen gesprochen und haben festgestellt, daß man darüber konsterniert ist und daß man in der vielhundertjährigen Geschichte Österreichs kein vergleichbares Beispiel weiß. Nachdem sich bisher schon fünf Ministerien mit der Außenpolitik befaßt haben, hat sich gestern als sechstes Ministerium noch das Sozialministerium hineingemischt, es hat aber nicht etwa im Umweg über das Außenministerium einem ungebetenen Gast nahegelegt, eine Veranstaltung nicht zu besuchen, sondern er ist hier im Hause offen „ausgeladen“ worden.

Zeillinger

Mit diesen diplomatischen Methoden wollen wir Freiheitlichen uns nicht identifizieren. Daher möchten wir vom neuen Außenminister gleich ganz klar wissen: Ist das der neue diplomatische Stil der Regierung Klaus III, oder war das gestern eine Panne? Denn unwidersprochen blieb, daß sich der Außenminister, wie die heutigen Zeitungsberichte melden, nachträglich mit der „Ausladung“ durch die Frau Sozialminister — das muß man einmal beobachten — voll und ganz einverstanden erklärt hat. Es geht nicht um das Inhaltliche; über das Inhaltliche können wir debattieren. Sie wissen, daß wir Freiheitlichen auf dem Standpunkt stehen, man soll um die Freiheit überall kämpfen. Nur sind wir Freiheitlichen der Meinung, man soll um die Freiheit im Westen genauso wie im Osten kämpfen. Es ist deswegen eine Diktatur, weil sie mit dem Westen befreundet ist, nicht schlechter als Diktaturen, die mit dem Osten befreundet sind. Und es sind Länder zu verurteilen, wo Menschen, die ihre Meinung äußern, eingesperrt werden, aber es sind auch jene zu verurteilen, wo solche Menschen gleich in den Kerkern verschwinden und gar nicht mehr begnadigt werden können, weil sie umgebracht worden sind. Diese Nachbarschaft mit den anderen Diktaturen hat uns bisher nicht gestört. Nun aber, weil auf einmal der Vertreter einer prowestlichen Diktatur kommt, entsteht hier nahezu ein Skandal.

Im Parlament entsteht nun ein neuer diplomatischer Stil, mit dem wir Freiheitlichen uns nicht identifizieren wollen, wie ich vor aller Öffentlichkeit sagen möchte. Das sind Methoden, die vielleicht auf Kuba oder in einem afrikanischen Staat möglich sind, nicht aber in Österreich. Nachdem es aber die erste Amtshandlung des neuen Außenministers war, diese sehr ungewöhnliche „Ausladung“ durch die Frau Sozialminister voll und ganz gutzuheißen, also diesen neuen Stil, wollen wir an ihn die Frage richten, ob er damit einverstanden ist.

Nun dürfen wir hier auch noch an den neuen Informationsminister Pissa eine Frage richten. (*Abg. Hartl: Pisa! Ein „s“!*) Ein „s“? Pisa. So wie der schiefe Turm. (*Abg. Hartl: Aber er ist mit Bart!*) Aha, der eine ist schief, und er hat einen Bart. Daran unterscheidet man Sie, meinen Sie. Das, was keinen Bart hat, ist der Turm. Gut. — Nein, ich merke es mir anders: Der, der immer mit dem Koffer in der Hand geht, ist der Informationsminister. Vielleicht kann man es so besser unterscheiden.

Wir haben also hier in der Erklärung des Herrn Kanzlers gehört, daß die Bundesregierung nun entschlossen sei, künftighin der österreichischen Bevölkerung im verstärkten Maße durch Information Rechenschaft zu geben.

Diese Information kann aber nicht nur darin bestehen, daß um Millionenbeträge Postwurfsendungen gemacht werden.

Ich möchte hier gleich ein Thema anschneiden, eine ganz kleine Anregung geben. Von jeder Broschüre, die ein Minister herausgibt — ganze Bücher werden gedruckt, weniger gelesen als gedruckt —, bekommt jeder Abgeordnete ein Exemplar. Solche Berge haben wir immer. Nur von den parteipolitischen Propagandabroschüren, die der Staat, die das Volk für die Volkspartei bezahlt und die als Postwurfsendung hinausgehen, habe ich noch nie ein Exemplar bekommen und noch nie eines gesehen. Ich gebe es ehrlich zu, ich habe mir einmal eines von einem Kollegen ausgeliehen. Ich glaube, man könnte ruhig auch den Abgeordneten, wenn diese Broschüren schon mit Staatsmitteln hergestellt werden, ein Exemplar davon zur Verfügung stellen, damit man darüber diskutieren kann. (*Abg. Peter: Ein Belegexemplar!*) Ein Belegexemplar.

Die Information, Herr Informationsminister, kann aber nicht nur darin bestehen, daß Ihr Gehalt, das seinerzeit von der ÖVP bezahlt worden ist, nun vom Volk bezahlt werden muß, sondern diese Information muß darin bestehen, daß eine richtige und objektive Darstellung der Vorgänge und auch der Vorgangsweise der Opposition gegeben wird. Denn in einer Demokratie — und zu dieser bekannte sich ja die neue Regierung laut der Erklärung wiederholt — spielt die Opposition eine genauso wichtige Rolle wie die Regierung.

Es besteht folgender Verdacht — wir haben nur den Verdacht, kein Mensch kennt ja noch Ihre Kompetenzen, es ist ja alles noch ein Geheimnis —: Auf der einen Seite wird jede freie Übertragung von Rundfunk und Fernsehen aus dem Parlament verhindert, auf der anderen Seite werden ungeheure Mittel über das Informationsministerium oder vom Staatssekretär dafür verwendet, um die Politik der ÖVP-Regierung dem Volk gegenüber bekannt zu machen. Das heißt, mehr Geld für die ÖVP-Propaganda auf Staatskosten, aber die Antwort der Opposition darf nicht mehr übertragen werden.

Wir möchten gerne eine Aufklärung haben, wie Sie die Entschlossenheit der Regierung — wie es hier heißt —, der Bevölkerung durch Information Rechenschaft zu geben und sie im verstärkten Maße zu informieren, verstehen. Soll das Volk nur zahlen, damit es nun die ÖVP-Propaganda auf Staatskosten serviert bekommt, oder glauben Sie, daß es zum Wesen der Demokratie gehört, die Meinung anderer Parteien nicht nur mitzuveröffentlichen, sondern es auch zu ermöglichen, daß sie mitver-

Zeillinger

öffentlich wird? Denn in diesem Fall möchte ich an Sie gleich den Appell richten, sich einmal in Ihrer Partei — ich weiß nicht, wieweit Sie sich gegen Vormund Withalm durchsetzen können — dafür einzusetzen, daß die freie Übertragung, und zwar nicht die Proporzübertragung, wo also immer dann, wenn es irgendwie einmal der Regierung unangenehm wird, wieder der berühmte Schnitt kommt, sondern die freie Übertragung aus dem Parlament ermöglicht wird.

In der Regierungserklärung ist noch etwas auffallend gewesen, was ich hier erwähnen möchte. Der Herr Kanzler hat zum Schluß plötzlich immer in der „Wir“-Form gesprochen. Vielleicht kann uns dann der Klubobmann, der sicherlich auch ein Interesse daran hat, daß das geklärt wird, aufklären. Ist das der Plural majestatis? (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Majestaticus!*) Es wäre ohne weiteres möglich, daß er sich schon mit einem regierenden Monarchen verwechselt. Oder ist das „Wir“ die Regierung? Dann stimmt nicht, was nachher steht. Wenn es aber heißt: Wir, die Volkspartei!, dann hat das nichts in einer Erklärung zu suchen, die der Kanzler von der Regierungsbank abgibt. Wenn er in der „Wir“-Form namens der Volkspartei redet, muß er herunterkommen und hier die Erklärung abgeben. Wenn er in der „Wir“-Form namens der Regierung spricht, kann er wieder nicht alles sagen, was sich nur auf die Volkspartei und nicht auf die Regierung bezieht. Bleibt also nur die Erklärung übrig, daß er von sich aus im Plural majestatis (*Abg. Dr. Kranzlmayr: Majestaticus!*), „majestaticus“, gesprochen hat: Wir Klaus, Kanzler von Gottes Gnaden.

Es wäre also interessant, zu erfahren, wer mit diesem „Wir“ gemeint ist. Wer sind die „Wir“, die im Besitz der Mehrheit Demokraten geblieben sind, wie es in der Erklärung heißt?

Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt also eine neue Regierung oben sitzen, und wir haben uns nun damit zu beschäftigen, was uns diese neue Regierung bieten wird. So ist Withalm der Strohalm geworden, an den sich die abgewirtschaftete Regierung Klaus hängt und von dem sie hofft, daß er sie wieder aus diesem Schlamassel herausziehen wird. Aber alles, was wir bisher gesehen und gehört haben, sind einige neue Gesichter, und die Versicherung, es wird alles beim alten bleiben, es wird sich nichts ändern, es wird künftig genauso gemacht werden wie bisher. Das ist aber die entscheidende Frage. Das heißt, es bleiben auch mit den neuen Ministern und unter Withalm die Steuererhöhungen, es bleiben die angekündigten Preiserhöhungen, sodaß wir, wie ich schon gesagt habe, die Frage er-

heben: Wozu das Ganze? Wozu die neuen Gesichter? Nur damit wir einen Vizekanzler ohne Portefeuille haben? Damit kein Mißverständnis entsteht: nicht ohne Portemonnaie — ohne Portefeuille! Das heißt: Geld ja, Arbeit nein. Das ist auch ein Novum, daß jemand von vornherein sagt: Ich übernehme keine Arbeit, ich lasse mich nur bezahlen. Auch Verantwortung übernehme ich keine, sonst würde ich vielleicht eines Tages nicht mehr als der Hofübernehmer, als der Nachfolger in Betracht kommen. Die Hofübergabe, also seinen Rücktritt, hat der Herr Kanzler ja schon angekündigt. (*Abg. Sekanina, auf die Regierungsbankweisend: Der Sessel ist schon frei!*) Er hat bereits angekündigt, daß er sich freiwillig zurückziehen wird, so wie uns dargelegt worden ist, daß sich alle Minister freiwillig zurückgezogen haben. Ich muß Ihnen offen sagen: An diese „Freiwilligkeit“ glaubt außer der Volkspartei niemand. Es glaubt niemand daran, daß sich alle Minister freiwillig zurückgezogen, daß sie freiwillig auf ihre Ministerschaft verzichtet haben. Warum kämpften dann die Bundesländer weiter um die Vertretung in der Regierung?

Es war ein weiterer Reformversuch des Generalsekretärs, der alle jene Leute, die ihm auf dem Weg zur Kanzlerschaft unangenehm sind, über die Klinge hat springen lassen (*Heiterkeit bei der ÖVP*), der seine Leute hineingesetzt hat. — Lachen Sie nicht, meine Herren von der Volkspartei, warten wir ab, ob Josef Klaus das Jahr 1970 erleben wird! Warten wir, ob der Generalsekretär nicht auch noch Klaus über die Klinge springen lassen wird. Warum geben Sie darauf keine Antwort? (*Zwischenrufe bei der ÖVP*.) Hier wird schon lange nicht mehr die Politik Österreichs und auch nur in beschränktem Maße die Politik der Volkspartei gemacht. Hier sitzt ein Mann, der eiskalt seinen Weg geht und der sagt: Jetzt gehe ich in die Regierung! Mit dem Dolch stehe ich hinter ihm. Verantwortung? Keine! Arbeit? Keine! Geld? O ja! Auch darüber wollen wir reden. In einer Zeit, in der vom Volk Sparsamkeit verlangt wird, wollen wir das Volk aufklären, daß in der Regierung alles beim alten bleibt, daß die Preiserhöhungen notwendig geworden sind, weil es die Volkspartei für notwendig befunden hat, neue Minister in die Regierung zu schicken, Minister, die nichts arbeiten, die aber sehr wohl hohe Gehälter beziehen.

Meine Damen und Herren! Das ist die Einstellung der Freiheitlichen zu dieser Regierungserklärung, die im übrigen nichts Neues bildet. Und wenn, was wir hoffen, der Mann, der keine Verantwortung und keine Arbeit hat, hier erklärt, was die Regierung wirklich beabsichtigt

Zeillinger

und was sie tut, werden wir Freiheitlichen selbstverständlich auch darauf eine Antwort geben! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Auf meiner Vormerkliste habe ich keinen Redner mehr vorgemerkt. Ich frage: Wünscht sonst jemand das Wort? — Es ist das nicht der Fall. (*Abg. Weikhart: Das haben Sie nicht zu fragen, Herr Vorsitzender!*)

Die Debatte ist geschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Freitag, den 26. Jänner, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Einspruch des Bundesrates (721 der Beilagen) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Jänner 1968, betreffend Abgabenänderungsgesetz 1968 (732 der Beilagen) (*Unruhe — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen*); ich bitte um Ruhe!

2. Bericht des Verfassungsausschusses über den Einspruch des Bundesrates (723 der Beilagen) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Jänner 1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz hinsichtlich der Verwaltungs-

abgaben geändert wird (731 der Beilagen) (*neuerliche Unruhe — Präsident Wallner gibt neuerlich das Glockenzeichen*); ich bitte um Ruhe!

3. Bericht des Justizausschusses über den Einspruch des Bundesrates (724 der Beilagen) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Jänner 1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gerichtliche Einbringungs-gesetz 1962 neuerlich geändert wird (734 der Beilagen);

4. Bericht des Justizausschusses über den Einspruch des Bundesrates (725 der Beilagen) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 11. Jänner 1968, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gerichts- und Justiz-verwaltungsgebührengesetz 1962 neuerlich geändert wird (735 der Beilagen);

5. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Einspruch des Bundesrates (722 der Beilagen) gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 10. Jänner 1968 über ein Bundesgesetz, betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1968 (733 der Beilagen).

Diese Sitzung beginnt mit einer Fragestunde.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr 10 Minuten